Sommer '95

KlaroFix

editorial

Noch zwei Tage bevor das Heft fertig ist, weiß ich jede Menge, was ins Editorial unbedingt reinmuß, aber dann, in der letzten Minute, bin ich leer wie mein Portemonnaie. Ich kann ja mal schreiben, wonach ihr in diesem Heft vergeblich suchen werdet. Also erstmal hat die Geschichte des Films ein abruptes Ende gefunden. War dem jungen Mann zuviel Arbeit und zu wenig Feedback. Obwohl ich versichert habe, daß ich jede Folge mit Interesse gelesen habe, hat sich das jetzt erledigt. Dann fehlen Rezensionen diesmal völlig und Details zu den Terminen gibts auch keine. Zu Eggert und seinen Annäherungsversuchen an seine Mitarbeiter schreiben wir auch nichts, das überlassen wir der Regenbogenpresse, obwohl das natürlich in unser Weltbild passt (Bullen - Sexismus - Kapitalistenpack). Und schon gar nicht verwenden wir in diesem Zusammenhang das Wort Jugendpfarrer (Klerikale Sexisten), das ist uns echt zu doof, wir wußten das ja eh schon lange.

Ansonsten gibt´s noch zu sagen, daß unsere Redaktion bei den Razzien Mitte Juni nicht durchsucht wurde und daß also die Listen mit unseren AbbonentInnen noch fest in unserer Hand sind. Fragen tu´ ich mich allerdings, ob wir auch eine terroristische Organisation sind, so wie die Redaktion der Radikal. Immerhin drukken wir auch manchmal BekennerInnenschreiben ab, wenn wir welche kriegen (is aba nich so häufig). Und da wir die radi ja auch manchmal in unserer review-Ecke haben, is das doch dann auch Werbung für eine terroristische Vereinigung. Wir dachten bisher, wir werben für jemanden, der wirbt. Aber dabei werben wir ja für die TerroristInnen selber. Au weia. Eh, tut uns echt leid, wir ham´auch schon mal ´n Text aus der radi abgedruckt, und die hat doch jetzt "durchweg strafbaren Inhalt", wie die Bundesanwaltschaft mitteilt, das war ja dann verboten. Naja seid uns nicht böse, wir hacken euch nach der Revolution auch den Kopf nicht ab.

Bis dahin

Euer Foxi

inhalt

4 Razzia in Deutschland

8 Fröbelstraße geräumt

12 Shell bringt die nationale Einheit

15 Mexico-Die unvollendete Revolution

20 Besetzte Kaffeeplantagen in Mexico

22 Sexisten? Wir?

28 ganz viel RAF-Zeug - keine Buchbesprechung

38 news - GESCHNIPSELTES

42 Chronik deutscher Abschiebepolitik

48 Zwischen Arbeit und Abschiebung MigrantInnen in Deutschland

58 Mumia Abu Jamal lebt noch

66 russland und Klassenkampf

72 Termine, Reistips und so fürs Sommerloch

76 Kreuzer und die Szene

80 was zu Design und Formgebung

82 Important Shit

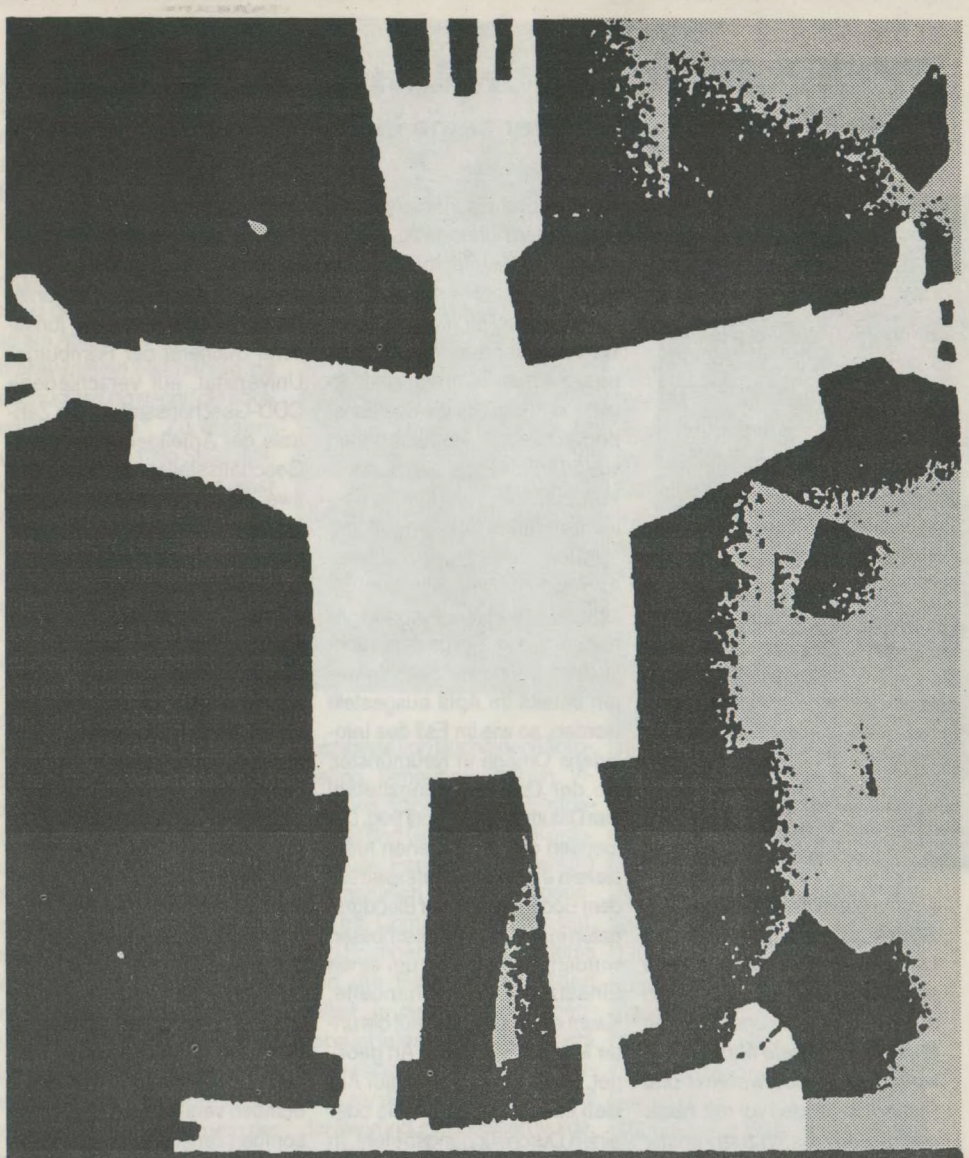
83 Rundumschlag

86 Kreuzwort- und andere Rätsel

88 Adressen

89 Filmriß

Herausgeberin:
DRUCK c/o Infobüro
Petersteinweg 13
Leipzig 04107
E-Mail: Druck@Link-L.cl.sub.de



KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN

"Präventiv gegen Linke vorgehen"

Wie Innenminister Kanther seine Linksextremisten macht

»Ich wurde wach durch "Hilfe!"-Schreie. gleichzeitig hatte ich den Lauf einer Pumpgun auf mich gerichtet. Zwei Vermummte in Jeanskutten und kugelsicheren Westen gekleidete Männer, bewaffnet mit Feuerwehraxt und Pumpgun standen vor mir. Nazis oder Bullen? Als ich zum Fenster herausschauen konnte, sah ich Bullen vom MEK und SEK, teils mit Stahlhelmen, kugelsicherer Weste, vermummt, mit Maschinenpistolen und Pumpguns bewaffnet. Ich forderte den Bullen auf, das auf mich gerichtete Gewehr herunterzunehmen, was dieser auch tat, nachdem klar war, daß ich keinen Widerstand leisten würde. Der zweite Bulle hatte jetzt anstatt der Axt eine Pistole in der Hand...«

Was sich hier liest wie eine Szene aus einem Film, war am Morgen des 13. Juli für die BewohnerInnen bzw. die BetreiberInnen von 80 linken Projekten bundesweit Realität. An diesem Tag nämlich führte der Apparat den "großen Schlag gegen Linksextremismus und -terrorismus", zu dem er seit Monaten ausgeholt hatte, aus. Einige der Durchsuchungs- und Haftbefehle waren bereits im April ausgestellt worden, so wie im Fall des Infoladens Omega in Neumünster, wo der Durchsuchungsbefehl das Datum vom 19. April trug. Die meisten der Überfallenen realisierten erst, als sie gefesselt auf dem Boden lagen oder Blendgranaten in ihre Häuser geschossen wurden, daß es sich um einen Einsatz der Bullen handelte. Kaum eine Tür wurde auf die unter Menschen übliche Art geöffnet. Selten sah jemand auf Anhieb einen Polizeiausweis oder einen Durchsuchungsbefehl. In Köln wurde sogar die Polizei um Hilfe bei dem vermeintlichen Nazi-Überfall gebeten. Als Vorwand für die Durchsuchungen und Festnahmen dienten die "Anti-Imperialistischen Zellen" (AIZ), das K.O.M.I.T.E.E., die linksradikale Zeitung "radikal" und natürlich die RAF.

Den AIZ werden nach Pressemitteilungen 7 Anschläge der letzten drei Jahre zugerechnet, darunter Brandanschläge auf die juristische Bücherei der Hamburger Universität, auf verschiedene CDU-Geschäftsstellen, die Zentrale der Arbeitgeberverbände, Geschäftsstellen der FDP und zwei Anschläge auf Privatwohnungen. Obwohl die AIZ in einem Schreiben vom April bekennt, "man habe sich entschieden, potentiell tödliche Aktionen dort durchzuführen, wo die BRD-Eliten wohnen/arbeiten", ist bisher bei ihren Anschlägen noch niemand verletzt worden. Dem Staatsschutz kommt eine solche Gruppe gerade recht, nachdem die RAF in den letzten zwei Jahren kaum noch als Buh-Mann herhalten konnte. Entsprechend schätzt man dort die AIZ auch "als mindestens ebenso gefährlich wie die frühere RAF" ein. Ein Griff in die Zauberkiste, und die Welt stimmt wieder. Während europaweit Linke, AusländerInnen und Nicht-Weiße von Briefbomben verstümmelt, von Rohrbomben zerfetzt und von rechten Schlägerbanden totgeschlagen werden, zaubert der deutsche Staatsschutz eine terroristische Gruppe AIZ aus dem Ärmel, die klar macht, wo die echten TerroristInnen stehen. Daß im Laufe der Durchsuchungen niemand im Zusammenhang mit den AIZ in Haft

genommen wurde, verwundert nicht, schließlich wisse man da auch nichts genaues. Überhaupt stellt der mangelnde Fahndungserfolg der Aktion am Abend des 13. Juni für Innenminister Kanther kein Problem dar. Was am Morgen noch als entscheidender Schlag gegen Terrorismus galt, wird am Abend zur *"zielgerichteten präventiven Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene"*. Zu diesem Zweck muß der §129a StGB (Mitgliedschaft/Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) seit seinem Bestehen herhalten. Die meisten 129a-Verfahren wurden bisher eingestellt. Nicht ergebnislos. Denn der Paragraph hat nicht das Ziel, irgendwen zu verurteilen, nein, der 129a ist ein Einschüchterungs- bzw. Schnüffelparagraph.

Das mußten auch die Betroffenen an jenem Dienstagmorgen feststellen, als entgegen den Durchsuchungsbefehlen ganze Häuser durchwühlt wurden, obwohl oft nur ein Zimmer auf der Liste stand. In den seltensten Fällen ließen sich die Bullen dabei eine Begründung (etwa "gemeinschaftliche Nutzung") einfallen, bisweilen ordneten anwesende VertreterInnen der Bundesanwaltschaft, offensichtlich von der Ergiebigkeit des Objektes fasziniert, vor Ort die Durchsuchung weiterer Räumlichkeiten an. Mitgenommen wurde aus den durchsuchten Häusern so ziemlich alles, was irgendwie nach Schrift aussah. Eine Patientinnenliste eines Therapiezentrums für vergewaltigte Mädchen/Frauen, Verzeichnisse von Buchläden/Bibliotheken, Schreibmaschinen, Video- und Adiokassetten, Telefonbücher und Gelbe Seiten, Kontoauszüge, Faxgeräte, Kopierer(!) und natürlich alles, was irgendwie mit Computern zu tun hat, also Scanner, Drucker, Modems und die Rechenmaschinen selbst. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß einem Frauennotrufprojekt in Neumünster die Computeranlage mit der Begründung gelassen wurde, das Programm PGP wäre nicht auf dem Rechner installiert. PGP (Pretty Good Privacy) ist ein Programm, mit dem innerhalb von Datennetzen private Nachrichten verschlüsselt werden können. (Ist dummerweise relativ sicher) Nachdem der Programmierer von PGP schon in den USA Proble-

Was durchsucht wurde:

Köln: 2 Häuser, dabei Infoladen, Antifa.Café, Bücherei, Frauenraum, eine Wohnung
Begründung: Herstellung bzw. Verbreitung der "radikal" / Mitgliedschaft in der RAF
Neumünster: Infoladen, Informationsdienst S-H, Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.
Begründung: Herstellung und Verbreitung der "radikal"
Berlin: 2 Häuser, 3 Wohnungen
Begründung: Mitgliedschaft im K.O.M.I.T.E.E. / Herstellung und Verbreitung der "radikal"
1 Verhaftung wegen "radikal" (Werner)
Bremen: 5 Wohnungen, Infoladen, Frauenbuchladen Hagazussa
Begründung: AIZ
Hamburg: mind. 15 Wohnungen
Begründung: AIZ und "radikal"
4 vorläufige Festnahmen wegen AIZ, 2 vorläufige Festnahmen wegen Mitarbeit an der "radikal", 2 vorläufige Festnahmen wegen Unterstützung der "radikal"
Lübeck: Arbeitslosenzentrum, Alternative incl. Bauwagen, 2 Wohnungen
Begründung: keine
1 Festnahme wegen "radikal" (Andreas)
Münster: fünf Wohnungen/Häuser
1 Verhaftung wegen "radikal" (Rainer)
Oldenburg: 1 Wohnung
Begründung: Herstellung der "radikal"
Rendsburg: 1 Wohnung
Begründung: "radikal"
1 Verhaftung wegen "radikal" (Ralf)

me wegen des Exports "militärisch relevanter Technologie" hatte, stehen die Zeichen in diesem Land nun darauf, daß allein die Benutzung eines Codierungsprogrammes (eines Briefumschlages sozusagen) in Datennetzen Grund für eine Kriminalisierung sein kann. Der Informationsdienst Schleswig-Holstein konstatiert in diesem Zusammenhang "in verstärktem Maße Versuche, die Verschlüsselung mit PGP höchstrichterlich zu verbieten".

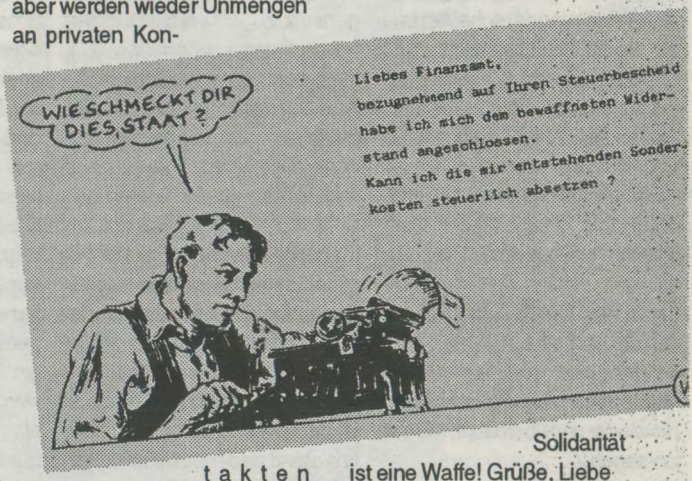
Listen der beschlagnahmten Gegenstände wurden an diesem Morgen nur vereinzelt angefertigt. Oftmals wurden den BewohnerInnen von Häusern solche Listen mit der Begründung vorenthalten, das sei ja schließlich nicht ihr Zeug. Auf unabhängige ZeugInnen wurde während der Durchsuchungen größtenteils verzichtet, ZeugInnen, die während der Verhöre anwesend waren, wurden unter Druck gesetzt und eingeschüchtert, wie in Lübeck: *»...Die Vertrauensperson wurde während des Verhörs von dem Staatsanwalt gefragt, ob das, was der Zeuge hier äußert, auch den Tatsachen entspricht. Als die Vertrauensperson die Aussagen bestätigte, wurde sie selber in einen anderen Raum gebracht und dort einem Staatsanwalt, der schon auf sie wartete, zwangsvorgeführt. Begründung: Da sie die Aussagen des vorgeführten Zeugen bestätigen könne, müsse sie ja selber etwas wissen...«* (Anna und Arthur!) In Münster wurde drei Beschuldigten nahegelegt, von der Kronzeugenregelung gegen Rainer, der im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die "radikal" festgenommen wurde, Gebrauch zu machen. Will heißen: Wenn sie gegen Rainer aussagen, wird ihnen in Aussicht gestellt (nicht garantiert!), daß ihre eigenen Verfahren zu keiner weiteren Strafverfolgung führen. Insgesamt wurden vier Männer verhaftet, die jetzt in Isolationshaft sitzen (nach dem berüchtigten "24-Punkte-Haftprogramm"), nicht weil sie jemanden erschossen hätten, oder weil sie Menschen in die Luft gesprengt hätten. Nein, ihnen wird vorgeworfen, an der Herstellung der "radikal", einer seit 20 Jahren erscheinenden linksradikalen Zeitung, mitgewirkt zu haben. Die "radi" sei, so die Bundesanwaltschaft, von "durchweg strafbarem Inhalt". Abgesehen von der Tatsache, daß die "radi" in den linken Auseinandersetzungen immer mehr an Bedeutung verliert, wird hier eine "terroristische Organisation" konstruiert, weil "25 namentlich bekannte Leute" eine Zeitung unter konspirativen Bedingungen herstellen. Bisher galt der Abdruck von BekennerInnenschreiben als "Werbung für eine terroristische Vereinigung", diesmal soll die redaktionelle Arbeit selbst die "Mitgliedschaft" in einer solchen dar-

Aus dem 24-Punkte Haft-Programm:

- kein Kontakt zu anderen Gefangenen
- Tag und Nacht "unauffällige" Beobachtung
- Tag und Nacht Neonlicht
- Verteidigerpost wird mitgelesen
- private Kleidung ist verboten
- regelmäßige Leibesvisitationen

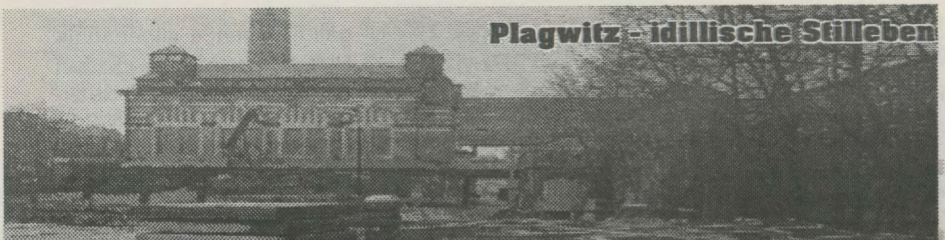
stellen. Inwieweit der Abdruck von BekennerInnenschreiben überhaupt gegen ein geltendes Gesetz verstößt, ist bislang nicht ganz klar. Ein gegen zwei Leute anhängiges Verfahren wegen Mitarbeit an der "radi" aus dem Jahre 1984 wurde 1991 mit einem Vergleich beigelegt. Während es Mitte der 80er in der Presselandschaft noch zu lauten Protesten gegen die Zensurmaßnahmen, die schließlich die "radi" in den Untergrund trieben, kam, bleibt es heute eher ruhig. Zu sehr haben sich die Menschen hier an den Gedanken gewöhnt, nicht mehr sagen zu dürfen, was sie sehen, nicht mehr schreiben zu können, was sie denken.

Daß von den *"25 namentlich Bekannten"* nur vier verhaftet wurden, macht bei dem aufgefahrenen Aufgebot schon stutzig. Die Vier bleiben dann auch der einzige "Erfolg" des Tages. Sowohl die Ermittlungen gegen das K.O.M.I.-T.E.E., das im Oktober 94 für einen Brandanschlag gegen eine (leerstehende) Bundeswehrkaserne sowie für die fehlgeschlagene Sprengung des Abschiebeknast-Neubaus in Berlin Grünau vom April diesen Jahres verantwortlich zeichnete, als auch gegen die AIZ haben offensichtlich zu keinen großartigen Ergebnissen geführt. Nun ist noch nicht klar, was sich aus der Auswertung der (oft widerrechtlich) beschlagnahmten Sachen ergibt, aber daß dadurch eine "terroristische Vereinigung" auffliegt, ist nicht anzunehmen. Wohl aber werden wieder Unmengen an privaten Kontakten durchleuchtet werden, Zusammenhänge konstruiert werden, wo keine sind, Angehörige und Bekannte unter Druck gesetzt werden und die Fahndungscomputer mit neuem Material gefüttert werden. Denn, machen wir uns nichts vor, einzig und allein diese Drohung an die linke Adresse war Sinn der Mammutaktion. Auch die erkennungsdienstliche Behandlung (ED) der in Köln lebenden ehemaligen RAF-Gefangenen Ingrid Barabaß, der vorgeworfen wird, "sich als in der Legalität lebende sogenannte Nahtstellenperson zu Mitgliedern der Kommandoebene für die terroristische Vereinigung RAF mitgliedschaftlich betätigt zu haben", wird kaum nennenswerte Neuigkeiten über die Fingerabdrücke der Frau offenbart haben. Das einzige, was wirklich bleibt, ist die nun ausgesprochene Drohung: *"Paßt bloß auf, wenn ihr bloß zuckt, haben wir euch alle"*. Bleibt zu hoffen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen.



Solidarität ist eine Waffe! Grüße, Liebe und Kraft an unsere FreundInnen und GenossInnen in den Knästen!
-Werner in Heinzheim - Rainer in Karlsruhe - Ralf in Rastatt - Andreas in Bruchsal - die Abgetauchten Peter, Bernd und Thomas sowie alle anderen betroffenen Menschen!

Sach- und Geldspenden: Konto: Wohnen und Leben e.V. / Kto.Nr.: 8132 501 Postbank Köln, BLZ 370 100 50 / Kennwort: Durchsuchung



Plagwitz - idillische Stilleben

Eine kurze Geschichte zur Fröbi

Teil 1 einer Hausbesetzung, Fortsetzung garantiert

Wir sind OpportunistInnen. Gehen immer den Weg des geringsten Widerstands, scheuen uns vor Arbeit und lieben den Luxus. Dachten wir zumindest bislang. Bis zu jenem merkwürdigen 13. Juni im Jahre 1995, so gegen 20 Uhr. Bis uns nämlich mit aller Härte deutlich gemacht wurde, daß in diesem Lande, welches eigentlich vor OpportunistInnen nur so wimmelt, uns, den etwas anderen, aber auch sehr opportunen OportunistInnen keine Chance gelassen wird. An diesem Tage haben wir uns geschworen, nie wieder und überhaupt, wie soll ich sagen...

Aber mal von Anfang an, wie es dazu kam.

Da gab es eine Stadtratssitzung, irgendwann im Frühjahr. Es ging um die Connewitzer Projekte, die alle platt gemacht werden sollten. Und da sagte so ein T-Mensch (ob es nun Tschense oder Tiefensee war, spielt keine Rolle), daß mensch sich doch nicht so auf Connewitz versteifen sollte, es gibt ja auch noch andere Stadtteile. Und mit einem Unterton tiefer Trauer fügte er an, daß ja Projekte „alternativen Wohnens" in Plagwitz leider irgendwie nicht so richtig geklappt haben. Im Gegensatz zu unseren ständigen NörglerInnen aus Connewitz (C.), die erbost fragten, wer denn die Aurelienstraße geräumt habe, gaben wir uns damals, der Zukunft zugewandt, froheren und konstruktiveren Gedanken hin. Denn wenn dieser T-Mensch immer noch unter dem Trauma der mitverantworteten Räumung leiden sollte (ja, wir wissen, die Sachzwänge!) und vor lauter Gewissensbissen keine ruhige Nacht hatte, dann ist dem doch leicht Abhilfe zu schaffen. Für uns stand also fest: wir besetzen in Plagwitz.

Daß uns bei diesem Beschluß nicht nur die Stadtoberen zujubeln würden, sondern auch die gesamte Medienwelt, zeigte sich einige Wochen später. Im Kreuzer stand neben dem Abgesang auf Connewitz und den sich fest in Antiimperialisten-Hand befindlichen besetzten Häusern ein Loblied auf Plagwitz, wo die ganze Bevölkerung, vom Punk bis hin zum Polizisten, eine große Gemeinschaft bildet und ein vielfältiges, undogmatisches Kulturleben in den alten Fabriken sprießt und wo... Und während die GenossInnen in C., wütend auf den Kreuzer, eine Diskussionsveranstaltung anberaumten, drehten wir Däumchen, wohl wissend, daß sich Pressearbeit sich für uns erübrigt, da sie ja schon für uns arbeitet. Die Vorreiterrolle des Kreuzers in der Medienlandschaft Leipzigs ausnutzend, mußten wir nur ein „Plagwitz kommt"-Transparent und unsere alternativ-langen Haare aus dem Fenster hängen lassen und alles würde gut werden. Unser Beschluß bekam also erneut die Bestätigung: wir machen die Besetzung zum Artikel.

(Und dann der Kongreß, wo die 6000 Autonomen kommen sollten, und wir vorsorglich unsere Autos schon mal in Plagwitz geparkt hatten, damit sie nicht Opfer von Straßenschlachten würden. Der soll sehr lieb gewesen sein und die Presse und Politik und Polizei waren auch ganz angetan - so kam uns zu Ohren. Also, unsere Schlußfolgerung: Plagwitz und wir sind friedlich! (Und feiern militant?))

Kurz in den Reader zum Beset-

zerInnenkongreß geschaut. Neben Öffentlichkeitsarbeit stand da noch Kiezpolitik. Das bereitete uns schließlich einiges Kopfzerbrechen. Doch auch diese Probleme meisterten wir bravourös. Wir befragten alle unsere Großeltern, die zwar nicht direkt in Plagwitz wohnten, aber sofern sie aufgrund der verfehlten Wohnungspolitik („Nasse Wände und Neubausyndrom erhöhen das Herzinfaktrisiko" (Bild 13.3.94) oder: „Herabfallender Dachziegel erschlug 74jährige Frau" (MoPo 4.5.93)) noch nicht verstorben waren, immerhin irgendwo wohnten, wo es fast wie in Plagwitz war. Wir befragten sie also, was sie davon halten, wenn wir ihr Nachbarhaus besetzen würden. Sie schlugen die Hände über den Kopf zusammen, vereinzelt kam es auch zu Herzinfarkten (zum Glück erfuhr die Bild-Zeitung nichts davon). Doch unsere ruhige Art „Oma, ich kann dir dann jeden Tag die Kohlen schleppen und Opa beim Abwasch helfen" konnte letztendlich den Familiensegen wieder zurechtrücken. Und wir hatten uns beim repräsentativsten Teil der Bevölkerung zurückversichert.

Nun gab es da natürlich auch die Fraktion aus C., die meinte zum Kiez gehörten eher die ganzen anderen, die so wären wie wir, und da es jene in P. nicht gäbe, sondern dort nur den „rassistischen Mainstream", wäre eine Besetzung in C. angebrachter. Wir entschieden uns in letzter Minute, aus pragmatischen Gründen, dann aber doch für Kohletragen und Abwasch, inklusive Klassenkampf gegen herunterfallende Dachziegel.

Politik, Presse und Personen (PPP) wußten wir also auf unserer Seite.

Los konnte es gehen. Widerstand war also nicht zu erwarten. Jetzt war nur das Leben noch so angenehm wir möglich zu gestalten. Wir nahmen uns also eine Villa (und keine Fabrikhalle, denn, Kreuzer hör gut zu, die Villen in Plagwitz sind viel besser und stehen aller leer, denn mit der Wende scheinen mit den ganzen FabrikarbeiterInnen auch die ganzen Fabrikbesitzer, die in diesen Villen gewohnt haben müssen, verschwunden zu sein - die vielbeschworene klassenlose Gesellschaft!).

Wir nahmen uns, denn die Auswahl war groß, eine Villa mit Strom („... sprach zum Lichtschalter, es werde... und es ward Licht."), Wasser (Teil der Kiezpolitik: sauber sein!) und Gas („...ihre Geräte werden Montag 8 Uhr auf Erdgas umgestellt."). Aus Sicherheitsgründen stöpselten wir das Telefon in den Anschluß („- tüüüt - tüüüt- „) und suchten die Nummer im Telefonbuch (4798094), um im Notfall, falls PPP uns im Stich lassen sollten, die GenossInnen aus C. herbeizutelefonieren.

Es gab schöne, große Zimmer, ein neues Dach zum Sonnen, eine zum Aussichtsturm umfunktionierte Esse, einen sauberen Keller, Balkons, rustikale Möbel, gutes Essen, interessante Hausplenen, eine Kirche mit „Dritte Welt Shop - superbillig" in der Nähe und einen Taxistand (die Infrastruktur stimmte also), eine Polizeiwache, Straßenbahnhaltestellen, weitreichende Pläne, was in den Keller kommt, wie wir den riesigen Garten mit Spielplatz nutzen, welche Sachen im Hofkiosk verkauft werden, wieviele Leute noch einziehen können, wie wir den Stadteil gegen Umstrukturierung und Zwangsvertreibung (außer der Polizeiwache) schützen usw.

Soweit der Traum, der wahr war, aber ziemlich schnell, wie wir uns es nicht haben träumen lassen, von der Realität eingeholt wurde. Das Haus in der Fröbelstr. 7-9, ein ehemaliger Kindergarten, seit einigen Monaten leer stehend, wurde am 9. Juni, einem Freitag, besetzt. Wir waren ungefähr 20 Leute aus verschiedenen Stadtteilen und Zusammenhängen. Vor dem Einzug gab es das Gerücht, daß Haus würde dem Jugendamt gehören oder zumindest von ihm verwaltet werden (was ja eher positiv ist). Mit dem Lied „Wir wohnen in den schärfsten Villen und ihrereins im letzten Loch" auf den Lippen, dem Schlafsack über der Schulter und der Sonne im Gesicht, zogen wir ein. Am nächsten Morgen dann der erste Polizeieinsatz. Per Megaphon „Hier spricht die Polizei...". Ein erschrockener Blick aus dem Fenster belehrt, daß irgendein anderes Haus in der Nähe geräumt wird, aber nicht das unsrige, also gemütliches Weiterschlafen.

Konzept für die Verteidigung des Hauses war, erst still und leise das Haus zu sichern und dann, so eine Woche später, an die Szene-Öffentlichkeit, bürgerliche

Presse und die Leute in der näheren Umgebung zu gehen, um offensiv auf Leipziger Linie, verfehlte Wohnungspolitik der Stadt und funktionierende Immobilienspekulationen der Privaten und unsere eigenen Vorstellungen von billigem und gemeinschaftlichen Leben aufmerksam zu machen - und dafür zu kämpfen (deshalb auch die Woche Zeit zum Sichern des Hauses)(wie der Kampf dann ausgesehen hätte, war noch nicht klar und ist sicher auch nicht in allen Einzelheit im Voraus zu bestimmen, sondern sehr situationsbedingt). Am zweiten Tag kam ein neues Gerücht hinzu: das Haus sollte ein Frauenhaus werden. Da für uns klar war, daß wir, falls dies stimmen sollte, das Haus freiwillig verlassen würden, sich dieses Gerücht aber über das Wochenende auch nicht bestätigen oder widerlegen lies, passierte in dieser Zeit nicht so viel (was sich später als Fehler herausstellte). Erst Montag abend wußten wir alle, daß das Haus kein Frauenhaus wird, mehr war aber nicht bekannt. Somit war der Dienstag der erste Tag der „richtigen Besetzung", der Startschuß für unser Konzept. Und gleichzeitig auch der letzte. Gegen Mittag kamen zwei Typen von der LWB, sie wären von BürgerInnen informiert, daß plötzlich Fenster in dem eigentlich leerem Kindergarten offen wären. Die LWB-Typen kommen mit einem eigenem Schlüssel ins Haus (das Schloß war noch nicht ausgewechselt worden, ein Türsummer funktionierte noch) und erzählen, daß es einem Herr Neumann aus München gehört, der aber noch im Streit mit einer Erbengemeinschaft liegt, die wie er Restitutionsansprüche angemeldet hat. Das Haus wird zur Zeit noch von der LWB verwaltet, soll aber in nächster Zeit (ein paar Wochen oder Monate) dem Neumann übertragen werden, der dann Büroräume draus machen will. Die beiden vereinbaren mit uns einen Termin für 18 Uhr, gleicher Tag und Ort. Es beginnen hektische Sicherungsaktivitäten, viele von uns sind aber unterwegs und nicht zu erreichen. 17.00 Uhr erscheinen die beiden nochmals, stellen uns das Ultimatum „bis morgen 12 Uhr müßt ihr das Haus besenrein verlassen" und wollen unsere Personalien: „wir haben uns mit unserem Anwalt in Verbindung gesetzt, und der meint, daß wir uns die Personalien von euch geben lassen sollen". Personalien geben wir natürlich nicht, verlangen einen schriftliche Räumungsklage („Wir sind länger als 3 Tage hier und haben einen Schutztitel") und verweisen auf unsere „Nichtentscheidungsbefugnis" über die Frage, ob wir freiwillig 12 Uhr das Haus von allen Besen bereinigen oder nicht, da wir ja „so 25 Leute sind, die erst spät in der Nacht nach Hause kommen". Außerdem wird vereinbart, daß wir vorher noch Herrn Neumann in München anrufen dürfen... Die beiden sind nett, haben von nichts 'ne Ahnung und erfüllen nur ihre Pflicht.
Alle schwärmen aus, um Baumaterialien zu suchen, da kommen gegen 20 Uhr zwei PolizistInnen, die vergeblich um Einlaß bitten. Irgendwie kommen sie dann doch ins noch ungesicherte Haus und treffen 3 BesucherInnen bzw. BewohnerInnen an. Die beiden machen mit ihren Taschenlampen gleich auf Hausdurchsuchung und sind erst im zweiten Stock durch einen Wortschwall zu stoppen. Einen Hausdurchsuchungsbefehl bräuchten sie nicht, sie wären von einem Bürger angerufen wurden, Name könnten sie uns nennen, von der LWB liegt nichts vor, aber sie müßten diesem Anruf nachgehen. Sie wollen unsere Mietverträge sehen, daß wir mit der LWB „in Verhandlung sind" interessiert sie nicht. Solange wir nichts Schriftliches vorweisen können, wären wir illegal im Haus, mit der LWB Kontakt aufzunehmen, lehnen sie ab. Das juristische Geplänkel wird dann von der Aufforderung, endlich unsere Personalien zu zeigen, unterbrochen. Wir lehnen das zum Teil ab, Verstärkung wird angefordert, wir sollen mit auf die Wache. Später wird uns gesagt, selbst wenn wir die Personalien gegeben hätten, wären wir auf die Wache mitgekommen. In dem Moment kommen Leute, die uns helfen wollen und unsere Warnung, sich zu verpissen, ignorieren, da sie denken, die zwei sind doch kein Problem, besonders weil sie gerade das Haus verlassen, nicht wissend, daß die angeforderte Verstärkung sofort kommt. Auf diese Art und Weise kriegen sie letztendlich von ca. 10 Leuten, größtenteils BesucherInnen, die im Laufe der Zeit eintrudeln, da wir wegen der

LWB-Typen um Hilfe gebeten hatten, die Personalien. Auch die bestehende Chance, über den Hof abzuhauen, wird aus unerfindlichen Gründen nicht genutzt. Die Polizei ist sich im Laufe des Abends (die „Räumung" dauerte eine Weile: alle Zimmer werden durchsucht und fotografiert, die Personalien aufgenommen und über Funk überprüft, zwei Leute, die sich auf der Esse versteckt hatten, gesucht und schließlich mit der schon gerufenen Feuerwehr - „Ihr bezahlt den Einsatz" - zum runterklettern gezwungen, wir dürfen unsere Sachen zusammensuchen und raustragen) nicht sicher, was sie nun dürfen und ob ihr Einsatz überhaupt rechtmäßig ist. Vor unseren Augen und Ohren streiten sie sich darüber, welche Handhabe sie haben, uns mitzunehmen, warum sie das Haus durchsucht haben usw. Letztendlich wird uns noch erklärt, sie mußten das Haus durchsuchen, weil - Gefahr im Verzug - das seit Freitag vermißte Mädchen aus Schleußig bei uns vermutet wurde!

Gegen 11 Uhr ist der Einsatz beendet und wir dürfen alle „nach Hause" fahren. Wir beschließen, für die Standard-17-Uhr-Connewitzer-Kreuz-Demo nicht zu mobilisieren, weil einfach niemand über unser Haus bescheid wußte (was natürlich auch 'n Fehler von uns war).

Am Tag darauf erklärt uns ein sehr wütender Herr Schahr, Niederlassungsleiter der LWB Süd-West, am Telefon, daß er Strafanzeige gegen uns gestellt hat, wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch; daß das Haus angeblich unter Denkmalschutz steht und wir wertvolle Teile zerstört hätten, nachdem wir eingebrochen wären; daß er aber keinen Rundgang mit uns durchs Haus zur Klärung dieser Vorwürfe will; daß er Dienstag abend den Staatsschutz von der Besetzung informierte, die Polizei die Einsatzzeit aber selbst entschieden hätte (Leipziger Linie, jede Besetzung ist innerhalb von 24 Stunden zu räumen); daß das 12 Uhr Ultimatum nur so gestellt war und wir ja das Haus doch nicht verlassen hätten: daß, nachdem er sich beruhigt hatte, die LWB keine Wohnungen vergeben kann, sondern nur die Stadt („ans Wohnungsamt können Sie sich wenden oder mal mit Herrn Tschense reden"); daß in Süd-West alle lehrstehenden Altbauten restitutionsbelastet sind und jede weitere Hausbesetzung unsererseits genauso, wenn nicht noch schlimmer, für uns ausgehen würde und daß wir es ja nicht noch einmal versuchen sollten; daß er sich um die Aurelienstr. gekümmert hat, aber sowas gehe jetzt nicht mehr und daß er ja nichts Böses will, aber die Sache für uns trotzdem teuer werden kann. Das Haus soll zugemauert und bewacht werden, die Medientrennung wird vollzogen usw.

Am Donnerstag dürfen wir nochmals ins Haus, um Sachen rauszuholen, unter Begleitung der beiden LWB-Typen, die sich verständnisvoll die Geschichte unserer Besetzung anhören.

Trotz eines Telefonats mit der LVZ (die die Räumung über den Polizeifunk mitbekommen, aber nicht für voll genommen hat) erscheint nichts in der Presse. Und die BürgerInnen die uns denunziert haben, lassen uns zu dem Schluß kommen: auf PPP ist in P. kein Verlaß, Unterstützung durch Anwesenheit bei der Räumung kam nur aus C. und überhaupt ist alles ganz anders abgelaufen, als wir und das dachten (wir gingen in der fast unbewohnten Seitenstr. davon aus, nicht so schnell entdeckt und angezeigt zu werden.)

Deshalb wollen wir das nächste Mal von Anfang an offensiv besetzen, mit möglichst vielen Leuten, die sofort das Haus sichern, in der Umgebung auf die Besetzung aufmerksam machen und an die Presse gehen. Wir wollen neben dem bezahlbaren Wohnraum für uns und dem Wunsch, gemeinsam zu wohnen, arbeit und leben, die Besetzung zum Politikum gegen die Leipziger Linie und die Wohnungspolitik machen. Dafür brauchen wir eure Hilfe, sei es bei der Besetzung, bei Arbeiten im Haus, der Verteidigung, den entstehenden Projekten, der Pressearbeit, den Demos usw.!!!

Im Moment suchen wir noch eine geeignete Luxusvilla oder eine heruntergekommene Fabrikhalle, die wir besetzen werden. Wir informieren dann rechtzeitig, wenn's losgeht.

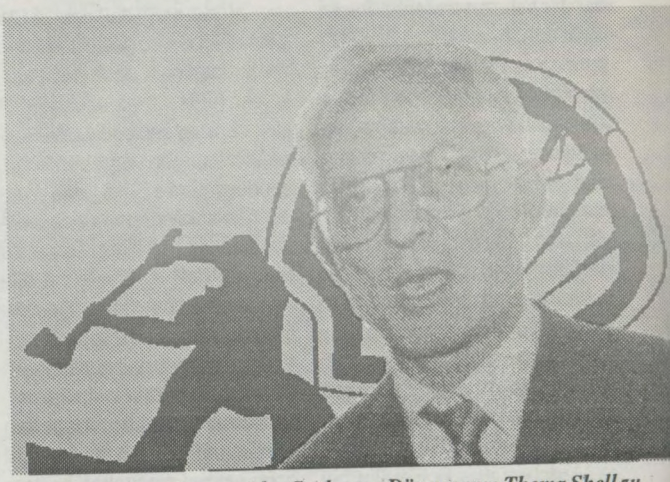
Kontakt über:
Fröbi c/o Infobüro,
Petersteinweg 13
04107 Leipzig

Die Symbolfalle

Ein Wunder ist geschehen! Die Nation ist eins! Vergessen sind soziale Kämpfe, vergessen sind Affären, Schweinereien, Parteigrenzen, Ideologien. Geschafft hat dies - wie so oft - ein gemeinsamer Feind. Und der hieß Shell. Pfui, sag das böse Wort nie wieder!

Tatsächlich. Der Stein, den Greenpeace ins Rollen brachte, wurde zur Lawine. Daß Bündnis 90/Grüne sich anschließen würden, hatte man ja noch erwartet. Aber als die Junge Union zum Kampf gegen den Multi rief, durfte man schon stutzig werden. Und dann trauten wir bei der Tagesschau unseren Augen und Ohren nicht. Kirchentag, FDP-Wirtschaftsminister, CDU-Bundeskanzler, Gewerkschaften. Ein Volk wie ein Mann! Das Ganze in klein spielte sich dann auch in Leipzig ab. Lehmann-Grube, Hüter der Marktwirtschaft, war schon kurz davor, sich ein Schlauchboot zu kaufen und selbst nach Schottland zu fahren. Aber er besann sich auf seine hiesigen Aufgaben und legte seine ganze Energie in den Zeigefinger. Nein, nein, städtische Kolonnen! Nicht bei Shell tanken!

Was soll das? Ist sie endlich da, die Revolution in den Köpfen? Stehen wir endlich vor der rot-schwarz-blaugelb-rosa-grünen Koalition, die das Steuersystem radikalökologisch umkrempelt, Umweltvergehen zu Kapitalverbrechen erhebt, den Benzinpreis verdreifacht und ein großes Autobahnabrißprojekt startet? Keineswegs. Denn hinter der Show verbirgt sich wie so oft - schade eigentlich - bloßes Kalkül, politische Kosten-Nutzen-Analyse. Es gibt ganz handfeste Gründe dafür, daß Brent Spar gerade in Deutschland als Symbol geeignet war und auch weidlich ausgeschlachtet wurde.



Auch vom Lehm-mann aus der Grube war Dünnes zum Thema Shell zu hören: Wir sollten nicht mehr dort tanken. Aber das tun wir schon seit 8 Jahren nicht mehr, Hinrich! Wegen "Wer SHELL tankt, tankt Gentechnologie", "SHELL betankt Südafrika" und so. Damals war das natürlich linksextremer Unsinn für jemanden wie unseren OBM.

Seit einigen Jahren schon hat die offizielle deutsche Politik in Umweltfragen wenig bewegt. Auf internationalen Konferenzen pflegen die teutonischen Abgesandten leeres Pathos. Sie erheben Forderungen, die international nicht durchzusetzen sind, und erfreuen sich dann der Ablehnung der anderen. So kommen sie in den Genuß des reinen Gewissens und des guten Medienbilds: wir wollten ja, aber leider, leider. Gekoppelt ist diese Strategie mit dem Argument, Umweltmaßnahmen würden nur dann Sinn machen, wenn sie international umgesetzt werden. Alle oder gar nicht - am liebsten nur gleichzeitig und global: Dann gäbe es erstens keine Wettbewerbseinbußen für die deutschen Problemindustrien wie die Chemie, und zweitens könnten die deutsche Umwelttechnikunternehmen ihren technologischen Vorsprung in klingende Münze verwandeln. So weit, so gut. Nur kosten darf es nix. Denn wenn die Staaten Osteuropas oder der

"Dritten Welt" argumentieren, sie hätten gar kein Geld, um deutsche Umwelttechnik zu kaufen, dann zucken die Deutschen nur mit den Schultern. Allenfalls verpumpen sie ein paar Kredite, mit denen die Empfängerländer dann - na was? - Autobahnen bauen. Damit sie irgendwann einmal genug Wirtschaftskraft haben, um sich die teuren deutschen Entsorgungsmaschinen leisten zu können.

Man könnte jetzt noch den Umweltgipfel von Berlin anführen (schon vergessen?) oder das Tauziehen um den Tschernobyl-Reaktor: langsam jedenfalls durchschaut die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, was da so gespielt wird. Auch im Lande selbst ist längst nicht alles in Butter. Stichworte mögen genügen: Sommersmog, Waldsterben, die Zunahme von Allergien. Wie die Wähler auf solche Themen abfahren, zeigt sich immer stärker. Im Jahre 6 nach der Einheit und im Jahre 1 nach dem Kriegsjubiläum verlieren die historischen Stunden an Zahl und Bedeutung. Das Vakuum auszufüllen, sind eigentlich nur die Umweltprobleme geeignet. Die ökologische Steuerreform ist in aller Munde. Daß sie kommt, scheint festzustehen. Nur wann und wie, darum wird noch heiß diskutiert. Profil entwickeln dabei fast ausschließlich die Grünen. Von den anderen Parteien kann eigentlich nur die Union mithalten - sie hat einfach die klügeren Strategen. Die FDP ist mit sich selbst beschäftigt und mit der Frage, wie das Parteivermögen nach der Auflösung am besten nach Luxemburg zu bringen ist. Und die SPD ist orientierungslos. Scharping tritt demnächst zur CDU über, Rau durchsucht seine Bibel nach Umweltzitaten für die Koalitionsverhandlungen in NRW, und Schröder beherrscht nur ein Gedanke: wie er Bundeskanzler werden kann. Bei so vielen Nebenbeschäftigungen vergessen die Sozis völlig, eine umweltpolitische Programmatik zu entwickeln.

In dieser Situation kam die Bohrinsel den Altparteien gerade recht. Hier konnten sie spontan ihr Image aufpäppeln, ohne dabei irgendetwas zu riskieren. Die Bundesregierung gab vor, selbst überhaupt keinen Einfluß ausüben zu können. Dabei kehrte Umweltministerin Merkel gern unter den Teppich, daß sie eine Einspruchsfrist gegen die Versenkung verschlafen hatte. Deutschland selbst hat keine Bohrinseln. Der Bösewicht war weit weg - die britische Shell hat mit der deutschen nur entfernt zu tun. Da wurde in Kauf genommen, daß der Boykott zum großen Teil die Falschen traf. Denn die Umsatzverluste der Tankstellen dürften in der Konzernbilanz den Bruchteil eines Promilles, für die Pächter aber übers Jahr einige Prozent ausmachen. Zwar hat die Deutsche Shell Entschädigungen angekündigt, aber die decken die Verluste erfahrungsgemäß nicht.

Wofür stand eigentlich das Symbol Brent Spar? Wenn sie versenkt worden wäre, für die Umweltfeindlichkeit des Marktes. Da sie nun an Land wird, für das Recyclingkonzept: aus alt mach neu, "ich war eine Dose". Dieses Kreislaufkonzept ist in Deutschland Staatspolitik. Längst hängt daran eine ganze Industrie, die schon jammert, daß ihr die (Sekundärroh-)Stoffe ausgehen. Umweltfreundlich aber ist Recycling nicht, allenfalls ein bißchen weniger umweltschädlich als Wegwerfen. Denn Recycling kostet Unmassen an Energie. Und Giftstoffe sind ohnehin ausgeschlossen. Umweltfreundlich ist eigentlich außer Selbstmord nur noch die Müllvermeidung. Die aber hat mit der Brent Spar überhaupt nichts zu tun. Insofern taugt die Insel nicht zum Symbol für eine ganz neue Denkweise. Vielmehr ist der Kampf um die Insel plötzlich zum Instrument ganz spezifisch deutscher Wirtschaftsinteressen geworden: die germanischen Entsorgungsunternehmen stehen schon Schlange, um sich den lukrativen Auftrag buchstäblich an Land zu ziehen. An jedem Tag der Demontage aber werden die anderen Bohrinseln in der Nordsee hunderttausende Tonnen Erdöl ausspucken, Raffinerien werden sie verarbeiten, Autos in die Luft pusten. Kein Mensch wird darüber reden, geschweige denn sich aufregen. Vielleicht wird irgendwo ein Tanker auf Grund laufen - mit zwanzig- oder hundertmal mehr Öl an Bord.

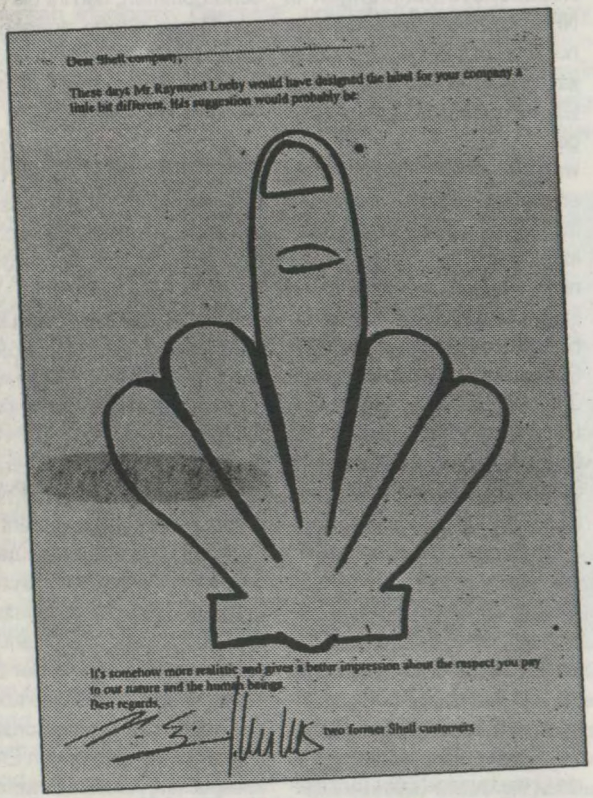
Vielleicht wird in Rußland ein Atomkraftwerk hochgehen, das alte deutsche Brennstäbe aufarbeitet. Über tausend Tonnen (!) davon sind in Sibirien aufge-

aucht. Die Bundesregierung weiß davon nichts", steht in einer Antwort auf eine Anfrage der PDS. Deren umweltpolitischer Sprecher hat in Moskau herausgefunden, daß der strahlende Müll in Tomsk-7 gelagert wird, einer jener radioaktiv verseuchten Geheimstädte irgendwo hinterm Ural. Soviel ist den Deutschen die Umwelt wert - wenn sie nur etwas weiter weg und nicht in Windrichtung liegt.

Fragen wir also die Bundesregierung, was die ganze Show sollte. Fragen wir sie zum Beispiel, warum sie Esso nicht auch angriff, wo doch Esso 49 Prozent der Brent Spar gehören. Fragen wir sie, warum sie Flugbenzin immer noch nicht besteuert - vielleicht weil häufiges Fliegen ein Privileg der Manager von Shell und anderen ist? Fragen wir auch mal Herrn Lehmann-Grube, warum er sich so für die Fischfauna des Atlantiks einsetzt und gleichzeitig in Leipzig den äußeren Ring plant, der den Autoverkehr noch anheizen dürfte.

Fragen wir ihn nebenbei noch, wo er beim letzten Shell-Boykott getankt hat. Der ist schon ein paar Jahre her, zugegeben. Damals ging es um Südafrika, wo Shell trotz des Embargos noch übel abkassierte, als andere Konzerne sich längst zurückgezogen hatten. Oder wie er zu Shell stand, als der Konzern mit einer aggressiven Verkaufsstrategie für sein Saatgut in der Dritten Welt Schlimmes anrichtete. Den Bauern wurde damals Hybridsaatgut angeboten, das nur einmal zur Saat taugte - die Nachfolgegeneration war nicht vermehrungsfähig. Der Clou: das Saatgut war herbizidresistent. Die Bauern konnten also hemmungslos die chemische Keule gegen das Unkraut schwingen, ohne ihr Getreide zu gefährden. Lieferant der Herbizide war - Shell. Menschenrechte, wirtschaftliche Abhängigkeit, Agrarkatastrophen - wo war damals die Front gegen den Konzern? Die Boykotte der Linken konnte er verschmerzen, die Politik stellte sich taub und blind.

Nun bleibt das Gift also dem Ozeangrund erspart. Ganz Deutschland feiert - und jeder fühlt sich als Sieger. Greenpeace wegen des Erfolgs, die anderen wegen der Pluspunkte in den Meinungsumfragen. Die Boykotteure haben ihr Umweltgewissen für ein paar Monate beruhigt und werden als gute Menschen nun etwas öfter bei Shell tanken, damit die Pächter wieder hochkommen. Das Umweltthema ist medienmäßig vorerst abgearbeitet. Vielleicht kommt ja wieder eine nette Geiselnahme für den Sommer, da bleiben wir trotzdem gern am Fernseher, zumal uns draußen der Sommersmog vom Atmen abhält. *marie*



Die unvollendete Revolution

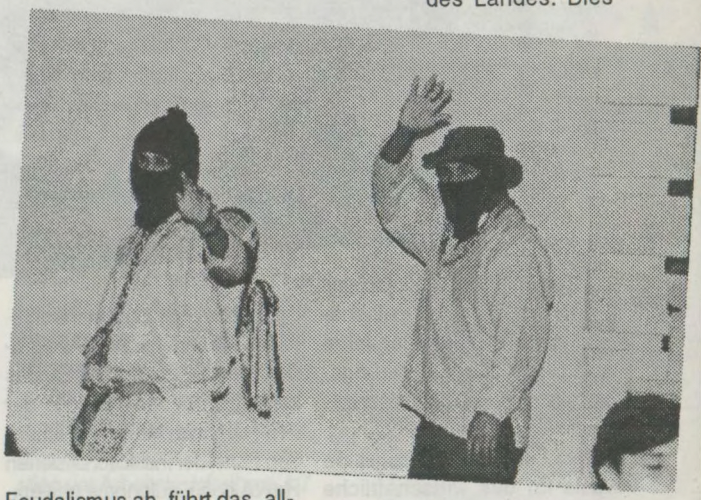
Der Krieg im mexicanischen Bundesstaat Chiapas, der für die mediale Weltöffentlichkeit am Neujahrstag 1994 begonnen hat, ist für die indigene Bevölkerung schon seit Generationen Realität. Auch ist die Existenz der *Ejército Zapatista de Liberation Nacional*, EZLN, also der Zapatistischen Befreiungsarmee nicht eine Neujahrsüberraschung, von der in Mexico niemand gewusst hat. Um ein neoliberales Wirtschaftsmodell zu fördern, welches für das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) mit den USA und Kanada von zentraler Bedeutung ist, mussten Mexicos happy few das soziale Konfliktpotential verleugnen und hoffen daß das Pulverfass mit

Um die Hintergründe, die zum Aufstand geführt haben, zu verstehen, müssen wir weit zurückschauen bis in die Tage der mexicanischen Revolution, die letztlich, wie das bei vielen Revolutionen der Fall war, nur die Machtübernahme einer ausbeuterischen Elite von der alten Oligarchie war, im Namen des „Volkes".

Bei den Wahlen von 1910 tritt Francisco Madero, unterstützt von verschiedenen neugegründeten oppositionellen Parteien, gegen den seit 30 Jahren an der Macht sitzenden General Porfio Diaz an, der sich zum siebten Mal „wählen lassen will. Wenige Tage vor der Wahl wird Madero jedoch verhaftet. Gegen Kaution freigelassen, flieht er in die USA und ruft die mexicanische Bevölkerung auf, die Waffen zu ergreifen und sich zu erheben. In verschiedenen Regionen bilden sich daraufhin bewaffnete, hauptsächlich aus Bauern bestehende Gruppen. Unter der Porfianischen Diktatur gingen in Mexico bedeutsame Veränderungen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischen Gebiet vor sich. Ausländische Konzerne, denen Tür und Tor geöffnet wurde, bemächtigten sich in zunehmendem Maße der Reichtümer des Landes. Durch keinerlei Zwänge eingeengt und von Abgaben sogut wie befreit, legten vor allem britische und nordamerikanische Gesellschaften ihr Kapital in Mexico an. Zudem gelang es Diaz mit Hilfe seines Unterdrückungsapparates, vor allem der von ihm geschaffenen Landpolizei, der Rurales, was noch keiner zuvor vermochte: den indianischen Dorfgemeinschaften das von ihnen seit Jahrhunderten benutzte, eigene Land

zu rauben. 1911 besaßen nur 3,4% der Bäuerinnen eigenen oder der Gemeinschaft (ejido - Land) gehörenden Boden.Nach dem Sturz von Diaz bildete sich eine neue provisorische Regierung unter Madero. Er stammt aus einer einflussreichen und wohlhabenden Familie, die Teil einer neuen aufstrebenden bürgerlichen Schicht ist, die in den letzten Jahren der Diaz - Diktatur entstand. Diese neue Bourgeosie steht in heftiger Opposition zu Diaz und zur Oligarchie, denn sie beansprucht Teilnahme an der Regierung. Sie ist ausgesprochen anti-amerikanisch, da die vorherrschenden nordamerikanischen Gesellschaften ihre Entwicklung auf Schritt und Tritt hemmen. Die Revolution hat begonnen, doch kämpfen verschiedene Gruppen um die Macht in Mexico und um die Umsetzung der revolutionären Forderungen.Emiliano Zapata, einer der Führer der verschiedenen bewaffneten Gruppen, die das Diaz - Regieme besiegt haben, sagt sich im September 1911 von Präsident Madero los. Er will die Hacendados (Großgrundbesitzer) verjagt sehen und verlangt die sofortige Rückgabe des geraubten Bodens an die Bauern. In seinem „Plan von Ayala", der für lange Zeit das Credo der Verfechter der Agrarreform bleibt, erkennt Zapata Madero die Präsidentschaft ab, verlangt die Rückerstattung des Bodens an die indianischen Dorfgemeinden, die Enteignung und Aufteilung des dritten Teils aller Haciendas, sowie die entschädigungslose Konfiszierung der Ländereien, deren Besitzer sich als Feinde der Revolution erwiesen. Im Jahre 1913 putscht der Chefkommandant der Regierungstruppen, General Huerta, gegen Madero, der dabei ermordet wird. Huerta errichtet eine Militärdiktatur mit dem Ziel, die alte Oligarchie wieder an die Macht zu bringen und versucht als erstes, die revolutionären Bauernarmeen Zapatas zu schlagen. Doch Huerta muß nicht nur im Süden kämpfen, auch im Norden wächst der Widerstand gegen ihn. Zum einen lehnt sich der Gouverneur von Coahuila, Venustiano Carranza, gegen Huerta mit dem Ziel auf, einen „rechtmäßigen" Nachfolger für Madero einzusetzen, zum anderen die „Division del Norte" unter Pancho Villa, den Carranza als unberechenbaren Bandieten bezeichnet, und die im Gegensatz zu diesem Ziele der Agrarista - Bewegung im Süden verfolgen. Während im Norden also in den Jahren 1913-14 diese beiden Strömungen den Armeen Huertas immer stärker zusetzen und sich untereinander um die Macht streiten, kämpfen die revolutionären Bauern unter Zapata im Süden weiter um ihre soziale Existenz. Im Sommer 1914 ist Huer-

ta geschlagen; er tritt zurück und verläßt das Land; aber der ersehnt Friede kehrt nicht ein, sondern die Gegensätze zwischen Carranza, Villa und Zapata verschärfen sich. Um den Ausbruch offener Feindseligkeiten zu verhindern, wird die „Konvention von Aguacalientes" verabschiedet, in der sich Carranzistas, Villistas und Zapatistas „im Interesse der Weiterführung der Revolution" um eine Einigung bemühen und zum ersten Mal seit Beginn der Revolution wird das Agrarproblem für ganz Mexico zur vorrangig zu lösenden Aufgabe erklärt.Carranza ernennt sich zum Präsidenten. Der Konvent erkennt ihn nicht an und Zapata und Villa marschieren mit ihren Bauernarmeen in Mexico - Stadt ein, Carranza flieht. Doch Zapata und Villa hatten kein politisches Konzept für die Machtübernahme und keine Vorstellung über die Organisation einer nationalen Wirtschaft, die auch die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung berücksichtigt hätte. Außerdem gab es zwischen beiden Meinungsverschiedenheiten. Sie ziehen sich auf's Land zurück und überlassen die Stadt wieder Carranza und seinem späteren Nachvolger, dem General Alvaro Obregón. Während einer Atempause 1914-15, als sich die Kampfhandlungen in den Norden verlagern, führt Zapata in Morelos eine radikale Agrarreform durch. Haciendas und Zuckerplantagen wurden enteignet und das Land an landlose Bauernfamilien verteilt. Es entwickelten sich, alten Traditionen folgend, Dorfgemeinschaften und basisdemokratische Regierungsformen, die sich bis hinauf in die Distrikts- und Bundesstaatliche Ebene fortsetzten. Im Februar 1917 verkündet die Nationalversammlung der revolutionären Volksvertreter eine neue Verfassung, die noch heute (zum Teil) in Kraft ist. Das neue Grundgesetz schafft den Feudalismus ab, führt das „allgemeine" Wahlrecht ein (allerdings für Männer), sowie eine Arbeitsgesetzgebung, die das Streikrecht beinhaltet. Außerdem proklamiert sie das Recht des Bauern auf eigenen Ackerboden. Carranza wird zum Präsidenten von Mexico gewählt, und die Agrarreform bleibt Papier. Im April 1919 wird Zapata auf Anweisung Carranzas in einen Hinterhalt gelockt und ermordet. 1920 wird er selbst von Obregon erschossen und 1923 Pancho Villa von Unbekannten ermordet. Mehr als 10 Millionen Menschen (was ca. 10 % der damaligen Bevölkerung entspricht) verlieren in den Revolutionsjahren ihr Leben.Nach der Niederschlagung der revolutionären Kräfte und der Ermordung Villas und Zapatas stagniert die Revolution. Trotz der in der Verfasung festgeschrieben Landreform hat sie in der Praxis nie stattgefunden. Anfang der 30er Jahre besitzen 14.000 Großgrundbesitzer 83 % des Landes. Dies zwang viele der landlosen Bauern in die USA auszuwandern, um dort Arbeit zu suchen. Erst unter Lazaro Cardenas, der 1934 Präsident wird, gibt es „seriöse" Anstrengungen die Landreform durchzusetzen. In seiner Regierungszeit werden 18 Millionen Hektar Land an 800 000 Bauern verteilt. 1938, nach großen Streiks in den Ölraffinerien, enteignet und verstaatlicht Cardenas auch die englischen und nordamerikanischen Ölgesellschaften. Wegen der eigenen innenpolitischen Kriese und des drohenden Krieges in Europa verzichten die USA auf eine militärische In-



tervention und begnügen sich mit 24 Millionen Dollar Entschädigung. Anfang der 40er Jahre wird der Industrialisierungsprozess in Mexico beschleunigt - mir der Folge emeuter Abhängigkeit von den USA. Dies ist die Basis für das wirtschaftliche Wachstum, das bis Ende der 70er Jahre anhält. Ausländisches Kapital und Technologie ermöglicht den Aufbau der neuen nationalen Industrien, aber anstatt der industriellen Autonomie kauft die Regierung damit die bleibende Präsenz der multinationalen Konzerne. Von dem sich daraus entwickelden „mexicanischen Wunder" profitieren ca. 3oo Familien, die 50 % des nationalen Reichtums besitzen, während heute über 40 Millionen Mexicanerinnen im Elend leben. Das anhaltende Wirtschaftswachstum bedingt nicht nur massive staatliche Investitionen und Protektionismus, sondern auch niedrige Löhne und eine kontrollierbare Arbeiterinnenschaft. Alle großen Gewerkschaften des Landes stehen unter der Kontrolle der PRI (der noch heute herrschenden Partei der Institutionalisierten Revolution), autonome gewerkschaftliche Organisierung ist im ganzen Land verbreitet, wird aber mit brutalen Mitteln bekämpft: 1940 werden 11 Gewerkschaftsführer erschossen, als sie vor dem Haus des Präsidenten Unterschriften für ihre Forderungen sammelten1942 greifen Truppen eine Demonstration an, die den Streik beim Nationalen Polytechnischen Institut in Mexico - City unterstützt, 11 Studenten werden ermordet. 1952 protestiert eine Oppositionsbewegung gegen die repressive Politik des amtierenden Präsidenten Cortinez und wird Opfer genau dieser Politik: 200 Demonstrantinnen werden von der Armee erschossen.1958 widersetzen sich Telegraph - Arbeiterinnen, die demokratische Bewegung innerhalb der nationalen Lehrerinnen - Gewerkschaft, Öl- Arbeiter und Bahnarbeiter den verschlechterten wirtschaftlichen Umständen und wollen die demokratisierung ihrer eigenen Organisationen. Eine Auflistung, die sich weiter fortsetzen läßt.Zudem entsteht auf dem Land eine neue Bauernorganisation auf Initiative von Ruben Jaramillo, eines Veteranen, der unter Zapata gekämpft hat. Sie will die Forderung nach der Landreform endgültig umsetzen. 1943, nach langen fruchtlosen Verhandlungen mit Regierungsvertretern, greifen sie zu den Waffen und führen eine Serie von Guerilla - Aktionen in Morelos durch. Später gründet Jaramillo eine Bauernkooperative in einer Zuckerraffinerie und baut eine kommunale landwirtschaftliche Arbeitsorganisation auf.

1962 werden er, seine schwangere Frau und ihre drei Kinder von Soldaten, die sich als Bauern verkleideten, ermordet. Andere Bauernführer, die sich an Protestbewegungen beteiligt haben, werden Anfang der 60er auch in den Bundesstaaten Oaxaca, San Luis Potosi, Guerrero, Chiapas, Puebla und Zacatecas ermordet. Trotz der starken Repression gibt es in den 60ern verschiedene Aufstände. In Chihihuahua entstehen 1962-63 zwei Guerillabewegungen, denen es aber eher um bewaffnete Selbstverteidigung geht als darum die Macht zu übernehmen. Ihre Aktionen beinhalten Entführung von politisch wichtigen Leuten, Banküberfälle und Waffenbeschaffung in Militärbasen. Dem wird ein Ende gesetzt, als 24.000 Soldaten diese Bewegung zerschlagen und ihre Anführer ermordenIn den 60ern überwiegt die städtische Bevölkerung Mexicos zahlenmäßig erstmals der auf dem Lande. Mexico-City wird zu einer der weltweit größten Städte.1968 findet die Sommerolympiade in Mexico statt, der medialen Weltöffentlichkeit soll gezeigt werden, daß Mexico ein aufstrebendes Land mit modernster Infrastruktur ist. Eine Studentinnenbewegung, die ein Ende der Repression, das Recht auf Arbeit, ausreichende Ernährung und Wohnraum für alle fordert, ist im Aufschwung und wird immer mehr von Arbeiterinnen und Bäuerinnen respektiert und unterstützt. Die Möglichkeit eines Bündnisses wird von der Regierung als große Gefahr erkannt und muß während der Olympiade von der Straße verschwinden. Am 2. Oktober 1968 versammeln sich 10 000 Menschen zu einer Demonstration auf dem Tlatelolco - Platz in Mexico-City. Sie werden von 5.000 Soldaten mit 300 Armeefahrzeugen eingekesselt, die kurz darauf das Feuer eröffnen. Die Schätzungen der Todesopfer belaufen sich auf 300 - 800. Die Weltöffentlichkeit nimmt zum erstenmal Kenntnis von der brutalen Menschenrechtssituation in Mexico. 1982 nimmt in Mexico das seit Anfang der 30er anhaltende Wirtschaftswachstum ein Ende. Die Antwort der Regierung unter Miguel de la Madrid (82 - 88) und seinem Nachfolger Carlos Salinas de Gortari (seit 88) ist ein neoliberales Wirtschaftsprogramm: um die Schuldenkrise zu überwinden wird ein IWF - Programm adoptiert. Der „Erfolg" dieses Programms ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 4,7 auf 17,6 %, die Inflation beträgt jährlich um die 100 %. Da laut mexicos Verfassung jeder Präsident nur für eine Amtszeit von 6 Jahren regieren kann, wählt de la Madrid Salinas de Gotari als Präsidentschaftskandidaten der PRI aus, um seine Politik fortzuführen. Unter Salinas Regierung werden über 200 verstaatlichte Betriebe reprivatisiert, außerdem zerstört er eine weitere Errungenschaft der Revolution: den kollektiven Landbesitz. 1992 wird das ejido - Land privatisiert. Jeder ejidario bekommt einen eigenen Landbesitztitel. Doch viele sind so arm, daß sie gezwungen sind, das Land zu verkaufen. Eine Konzentration in den Händen weniger Reicher ist die Folge. Diese neoliberalen Reformen bildeten die Voraussetzung, um das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) am 1. Januar 1994 in Kraft treten zu lassen.

sagaz

Wer mehr Details der älteren und neueren Geschichte wissen möchte, dem seien die Broschüre „Viva Zapata; Bewaffneter Aufstand in Mexico" erhältlich bei der Mexico - Soligruppe „Direkte Solidarität", c/o Infoladen „Daneben", Liebigstraße 34, 10247 Berlin und das Buch „Ya basta !; Der Aufstand der Zapatistas", bestimmt über den Infoladen bzw die Lesebude im Eiskeller oder über den „Verlag Libertäre Assoziation" zu bekommen, wärmstens empfohlen.

Besetzte Kaffeefincas in Chiapas

In Chiapas werden 35% des mexikanischen Kaffees produziert. 98% der dortigen Kaffeeplantagen sind in den Händen deutscher Familien. Plantagen mit so schönen Namen wie Hamburgo, Bremen, Berlin, Lubeka, Prusia (Preußen) sollen an die geliebte Heimat erinnern. Die "Besitzer" dieser Ländereien sind zum größtenteil in den 20iger Jahren nach Mexiko gesiedelt. In den 40ern kamen noch einige Nazis hinzu, die sich dort ihr "neues" Deutschland aufbauten.

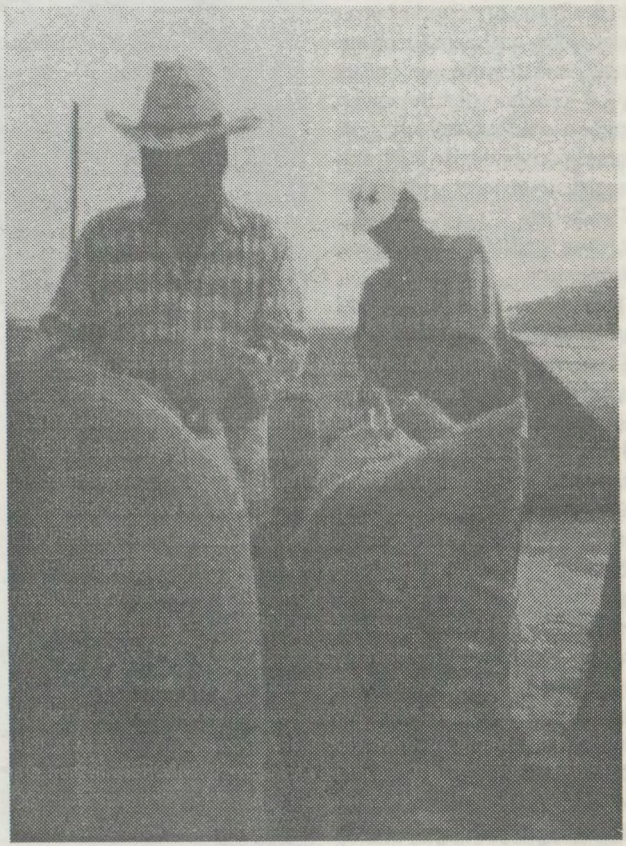
Während der mexikanischen Revolution drückte der Schlachtruf des Bauerngenerals Emiliano Zapata"tierra y Libertad" (Land und Freiheit) die Forderung der Bauern aus. Doch obwohl die Revolution den Diktator Diaz hinwegfegte, wurde in Chiapas nur wenig Boden verteilt. Frühzeitig blockierten die Großgrundbesitzer die meist halbherzigen Versuche der Zentralregierung, im letzten Winkel Mexikos eine Bodenreform durchzuführen. Einzig die Enteignungen einer Reihe von Großgrundbesitzern während des zweiten Weltkrieges ließen Genossenschaften in Finca-Nähe entstehen. Doch oft bekamen diese sogenannten Ejidos zu wenig fruchtbares Land zugesprochen. Die Genossenschaftsbauern wurden so schon bald zu einer billigen und verfügbaren Arbeitsreserve in Reichweite der Fincas.

Auch die am 4.August letzten Jahres besetzte Finca Liquidámbar grenzt an Genossenschaftsland. Seit dreißig Jahren versucht das Ejido Palestina, auf legalem Weg an Land der Finca heranzukommen. 6.000 Menschen müssen sich hier 800 Hektar Akkerland teilen. Nun wollen sie mit einem Teil der Fincafläche die Forderungen der Genossenschaftler befriedigen, mit dem verbleibenden Rest eine Kaffeekooperative eröffnen. Immer vorausgesetzt, sie werden nicht gewaltsam von den Ländereien vertrieben. Heute steht die Finca unter Selbstverwaltung. Vor der Besetzung wohnten die Verwalter in den wenigen Steinhäusern, die KaffeepflückerInnen (während der Erntezeit ca. 2.000) wa-

ren in Baracken untergebracht. "Hühnerställe" wurden diese etwa 120 Quadratmeter großen Holzbauten genannt, in denen ca. 100 Menschen monatelang "wohnten". Neben der kleinen Kapelle, im Zentrum der Siedlung, befand sich die "Tienda de Raya". In diesem Laden konnten die Campesinos ihre Fichas, statt Geld für die geleistete Arbeit ausgegebene Wertmarken, gegen Kleidung, Werkzeuge und billigen Fusel eintauschen. Für den Arbeitstag, der von 5 bis 20 Uhr dauerte, erhielten die KaffeearbeiterInnen Marken im Gegenwert von 8 Pesos, die Frauen unter ihnen weniger. Das portionierte Essen - Tortillas, Bohnen und Kaffee - wurde vom Lohn abgezogen. Medizinische Versorgung gab es in Liquidambar für die Peones nicht. Allerdings konnten diejenigen, die in der Nähe über eine kleine Parzelle Land verfügten, Kredite für den Kauf von Medikamente bei den Finca-BesitzerInnen aufnehmen. Als Gegenleistung mußten den Deutschen die Besitztitel überlassen werden. Durch diese Methode haben sich über die Hälfte der BewohnerInnen des in der Nähe gelegenen Ortes Nueva Palestina verschuldet. Was mit den Menschen passierte, die über keine "Reserven" verfügten, läßt ein im Wald der Finca angelegter Friedhof vermuten. Holzkreuze ohne Namen und ohne Daten symbolisieren das Ende der Leidenswege zerschundener TagelöhnerInnen. Falls es doch zu Protesten gegen die Verhältnisse kam, wurden sie von Aufpassern in das Gefängnis der Finca geworfen. Die folgende Geldstrafe wurde vom Lohn abgezogen. Der Lohn heute unter Selbstverwaltung beträgt zwischen 60 und 100 Pesos (ca. 12 bis 20 US-Dollar), je nach gepflückter Menge Kaffee.

Die Besetzungen werden von Campesino-Organisationen verschiedenster politischer Richtungen organisiert, um dem Ruf der landlosen Bauern nach Grund und Boden Geltung zu verschaffen. Sie liegen außerhalb des Einflußgebietes der EZLN. Es gibt ständige Räumungsversuche durch aufgestellte Söldnertruppen, sogenannte Guardias Blancas, die von den Großgrundbesitzern finanziert werden. Verschiedene Großgrundbesitzervereinigungen haben die Existenz einer 700 Mann starken Armee von Guardias Blancas bestätigt. Bei einem Räumungsversuch der Finca Prusia z.B. gab es einen Toten und 6 Verletzte. Insgesamt sind ca. 700 Ländereien enteignet. Die Kämpfe um diese Ländereien halten weiterhin an. *tc*

Quelle : Lateinamerika Nachrichten



Das ist keine Entschuldigung!

Die Ursachen für diesen Text sind vielfältig. Auslöser war letztendlich aber die Seite 3 unserer Maiausgabe. Diese zeigt ein, übrigens in der Stöckartstraße zu findendes, Graffiti („*Titten raus - es ist Frühling*") ohne jeglichen Kommentar. Es gab verhältnismäßig viele Reaktionen, die über den angeblichen Witz überhaupt nicht lachen konnten. Zwar blieben uns wütende LeserInnenbriefe erspart, aber nach einiger Diskussion sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß das nicht der Maßstab sein kann, über Themen wie Sexismus/Sexismus in der Szene zu reden. Insbesondere jetzt, nachdem (noch einmal) deutlich wurde, wie groß die Kluft zwischen dem Anspruch, neben antifaschistisch, antirassistisch und eben auch antisexistisch zu sein, und unserer Realität ist.

Unsere Realität ist bestimmt vom folgenden:

1. Das KlaroFix veröffentlicht, nach kurzer Diskussion in der Redaktion über hauptsächlich technische Fragen, die oben beschriebene Seite drei. Erst nach heftiger Kritik von außen setzen längere Diskussionen ein, darüber warum es sich um eine sexistische Aufforderung gehandelt hat. Die dabei vertretenen Argumente sind zum großen Teil nicht spezifisch, sondern entsprechen vielmehr typischen Anschauungen. So heißt es, Sexualität sei etwas natürliches, die Wirkung weiblicher Brüste auf (heterosexuelle) Männer, ebenso natürlich, eine sexuell angenehme, die Aufforderung folglich legitim, da ihre Unterdrückung unnatürlich und deshalb nicht unserem Menschenbild entsprechend wäre.

Der Mythos, unsere Sexualität sei etwas natürliches, ist weit verbreitet. Während beim Essen wohl niemand ernsthaft bestreitet, daß es von unserer gesellschaftlichen Kultur bestimmt wird, obwohl auch Tiere fressen, wird bei der Sexualität immer auf ihre natürliche Notwendigkeit für alle Tiere (und Menschen) hingewiesen. Sicher hat Sexualität diesen Aspekt, aber welche Bedeutung steht diesem Aspekt zu? Sexualität kann sich wie alle unsere Handlungen und besonders solche, die wir nicht alleine ausführen, nicht den gesellschaftlichen Werten entziehen. Unsere Sexualmoral ist immer mit im Spiel, und den Menschen, der sich aus dem Nichts eine eigene Moral schaffen kann, die nichts mit seiner gesellschaftlichen Umwelt zu tun hat, wird auf diesem Planeten niemand begegnen.

Auch die Wirkung weiblicher Brüste auf heterosexuelle Männer ist davon betroffen. Diese Wirkung ist weder genetisch determiniert, noch einheitlich. In unserer Gesellschaft stellen einem bestimmten Ideal unterworfenen weibliche Brüste ein Symbol für sexuelle

Sexism

I kind of wind the rhyme
Feelin´ fine when I find
Not blind
Truth hidin´ behind
The bars in my mind
Blind, blinded with blinds
That society puts there
Try to climb inside
No, I won´t leave behind
My own will and my pride
Being a woman my own kind
Walk outside and name it right
s e x i s m

Being a woman in patriarchy
Means endless fightin
Know you´ll never be free
You never gonna see the way the day
When ALL are free throw their chains away
You can fight racism facism capitalism
But don´t you dare talk bout sexism
Cause every man´s afraid you´ll take his privilege
Of seeing every woman as possession or bitch
As madonna or whore
Or whatever he looks for
His privilege of talking louder & always be heard
Of keepin´ control in male-dominated world
And I´m not only talking ´bout the rapist
About all the violence that is so obvious
Now I talk about those who think this is no subject
Nothing to reflect upon nothing to direct
Your thoughts to to go through
To argue or to fight for
Their politics & fights are so ridiculous
As long they can´t take a woman serious
And whatever you might call this
I call it
s e x i s m

They´re afraid to lose
Cause they´re so used to choose
To refuse or to abuse
Everybody whose
Lower slower nowhere
To run from these pimps,
Wimps, heroes in the rings
Of manhood, devalue womanhood
Your play of brotherhood - I´ve got to puke
Your play of brotherhood is dissin sisterhood
Don´t got to much hope
But on this sinking boat
I´d be glad to realize
Some men would recognize
How it controls our lives
How it will always drive
Us apart, make it hard
And harder to survive
And this is called
s e x i s m

And since I found you aint so swell
You better listen to me well
If you really wanna fight racism
You gotta talk about sexism
Cause they correlate
They´re the basis of this state
That is a crime organisation
Like all the western nations
who live off the exploitation
Of the worlds poor and hungry population
The societies fundation
Is our socialization
To feel superior
To always long for more
They put it in your heads
Little boys, little brats
That you´re born to take control
Not a piece take the whole
Then you grow up to recognize
That what you were told was lies
Work in a stupid job and you´re gonna see
End up unemployed, no nothin´s for free
And in your panicky confusion
You come to the great conclusion
That the only thing they give you for free
Is the control over a womans body
So ask yourself would you call
Someone behaving this way human at all?
Use your head the enemy is tall
If you wanna change something, something at all
You gotta talk about
s e x i s m

Dub Me Ruff

Weiblichkeit dar. Dabei ist das an äußerlichen Merkmalen orientierte Ideal, im Gegensatz zu dem Symbol, selbst in relativ kurzen Zeiträumen Schwankungen unterworfen, was nicht gerade für seine „Natürlichkeit" spricht. Mit dem Begriff Titten ist also von dem Autor (wer hätte es gedacht, ein Mann) alles angesprochen, worauf er seine Sexualität richten kann. Das sind in diesem Fall nicht einmal vollständige Frauen, es ist nur das sexuelle Objekt. Eine Frau, die eine eigene Persönlichkeit, einen eigenen Menschen darstellt, ist überhaupt nicht gefragt. Das klingt alles schon ein wenig nach einem Maniac, der auch kein Problem damit hätte, seine Sexualität auf abgetrennte Frauenteile zu richten, aber solche konsequenten Formen, der angeblich natürlichen Zerstückelung von Frauen in sexuell relevante Teile und solche, die irrelevant sind, bekämpft die Gesellschaft. Und kommt doch jetzt bitte nicht damit, auch Männer könnten Titten haben! Wer hat denn beim ersten Lesen an etwas nicht weibliches gedacht?

Aber selbst ohne diese Überlegungen, selbst wenn du davon ausgegangen bist, all das sei natürlich, was ist die Geisteshaltung, die sich dahinter verbirgt, den eigenen sexuellen Klischees zu entsprechen? Da würde pauschal ungefähr die Hälfte der dich umgebenden Menschen aufgefordert, den Begierden der anderen Hälfte, also wenn du heterosexuell und männlich bist, deinen gefällig zu sein. In einer Umge-

bung, in der ihre Sexualität weit unter die der Männer gestellt wird. In einem gesellschaftlichen Klima, das Gewalt und insbesondere Vergewaltigung erzeugt, in vielen Fällen wie in der Ehe sogar schützt. Jede Form der gewerblich betriebenen sexuellen Ausbeutung von Frauen von Softporno bis Zuhälterei wäre, wenn diese Forderung berechtigt ist, legitimiert.

Die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Ausrichtung, also Sexismus, ist ein Herrschaftsverhältnis. Deshalb war auch der Lösungsvorschlag unbrauchbar, einen gleichwertigen, gegen Männer gerichteten, Spruch auf der nächsten Seite drei zu veröffentlichen. Wie hätte der aussehen sollen? *„Schwänze raus es ist Frühling"*, wäre wohl eher eine Aufforderung zur Vergewaltigung gewesen. Immerhin gibt es die Hormone, die es Männern im Frühling ohnehin so schwer machen, nicht über alles was Titten hat, vergewaltigend herzufallen. Es gibt keinen gleichwertigen Spruch. Die Position der Frau ist in unserer Gesellschaft, trotz Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz, die unterlegene. Weibliche Sexualität ist im öffentlichen Bewußtsein passiv, die Drohung die aus einer solchen Passivität erwachsen kann, ist maximal die Verweigerung. Nun ist aber ein *„Männer, fickt euch doch selber"* auch nicht gleichwertig.

Sexismus

Ich spule so den Reim
Fühle mich gut, wenn ich finde
Nicht Blind
Die Wahrheit verbirgt sich hinter
Den Balken in meinem Kopf
Blind durch Scheuklappen
Die die Gesellschaft dort anbringt
Versuche dahinter zu steigen
Nein, ich werde nicht zurück lassen
Meinen eigenen Willen und meinen Stolz
Eine Frau auf meine Art zu sein
Ich komme zurück und nenne es beim Namen
SEXISMUS

> „in der Frauenbewegung [entstand] schon sehr früh eine Strömung, die begann, mit Begriffen wie Weiblichkeit positiv umzugehen, Weiblichkeit positiv zu besetzen und damit eigentlich Zuschreibungen, die an Frauen gemacht werden zu forcieren. Mein Kampf als Feministin richtet sich genau dagegen. Und da steckt das Paradoxe drin - denn als Feministin bin ich erst einmal Frau und nenne mich selbst Frau, kämpfe aber dagegen Frau genannt zu werden."
>
> ***Cornelia Eichhorn (jungen Welt vom 7.1.95)***

Was also soll das Gerede über weiblichen Sexismus? In unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit hat weiblicher Sexismus nur eine Funktion: die Zurückweisung feministischer Forderungen. Die Gleichheit, wird damit vorgegaukelt, ist vollzogen, aber Ungerechtigkeit gibt es natürlich trotzdem weiter. Das allerdings ist ein anderes Problem, da auch Männer benachteiligt werden, kann es sich nicht um Sexismus handeln. Aber vielleicht ist das auch für die Feministinnen besser. Immerhin haben amerikanische Wissenschaftler schon vor Jahren herausgefunden, daß Feminismus unglücklich macht. Wenn die Feministinnen erst mal erwachsen sind (so ab 40) ärgern sich diese Frauen, daß ihnen von der eigenen Ideologie die natürliche Mutterrolle geraubt wurde, daß sie keinen Mann haben, dessen Essen sie kochen, dessen Wäsche sie waschen und dessen Kinder sie erziehen können, wie es ihnen angeboren ist und der sie dafür am Abend wahlweise vergewaltigt oder schlägt. Daß das alles Scheiße ist, ändert nichts daran, daß diese antifeministische Strategie nicht nur in Amerika Furore gemacht hat, sondern auch hier angekommen ist. Ein schöner Film, der diesen Mist propagiert, heißt übrigens „Enthüllung". Den gibt es sicher auch bald auf Video!

2. Während einer Diskussionsveranstaltung zur Vorbereitung des BesetzerInnenkongresses

zum Thema Frauen/Mütter in der Szene im Frauenkulturzentrum äußert ein Mitarbeiter des Conne Islands, er habe sich dafür entschieden, antirassistisch zu arbeiten und nehme deshalb in seinem Umfeld auftretenden Sexismus hin. Sexismus sei für ihn, nachdem er sich einmal entschieden habe, ein „Nebenwiderspruch".

Die Konsequenzen ergeben sich daraus, daß zum einen Frauen als politische Subjekte völlig ausgeblendet werden. Rassismus ist dieser Auffassung zufolge eine Sache von Männern in einer Männerwelt. Zum anderen aber, daß nicht eine Utopie gegen die herrschenden Verhältnisse entwickelt wird. Wäre nämlich die Gesellschaft das grundlegende Problem, wie sollte dann der strukturell ganz ähnlich dem Sexismus angelegte Rassismus effektiv bekämpft werden können, während der Sexismus außen vor bleibt? Es wirkt in unserer Gesellschaft das Prinzip, Menschen gesellschaftlichen Gruppen zuzuweisen und dann Machthierarchien zwischen diesen Gruppen aufzubauen, die mit den Merkmalen, die zu der Zuweisung führten, nicht begründbar sind. Niemand kann es sich aussuchen, welcher Rasse sie/er von Rassisten zugeschlagen wird, niemand kann sich aussuchen, mit welchem Geschlecht sie/er geboren wird. Männer sind rational, Frauen emotional. Weiße sind logisch, Schwarze temperamentvoll. Männer sind aktiv, Frauen passiv. Weiße sind Herrscher, Schwarze sind Sklaven. Einmal in diesen Gruppen gefangen, beginnen Zuschreibungen wirksam zu werden, nach denen Geschlechter und Rassen in Hierarchien Plätze zugewiesen bekommen. Hat dich die Gesellschaft einmal an einen Platz gestellt, erfüllst du ihre Anforderungen an dich, dann bekommen diese Zuschreibungen auch ihre nachprüfbare Wirklichkeit. Es gilt als Beleg für die Berechtigung der Zuschreibungen, daß die Gesellschaft sie erzeugt. Die Aufteilung in Haupt- und Nebenwidersprüche hat eine Menge Nachteile. Sie ermöglicht es, Widersprüche einfach auszublenden, um sich auf das „wichtigere" zu konzentrieren. In der Realität bedeutet das fast ausschließlich, daß die Nebenwidersprüche keine Beachtung finden und von jenen, in deren Leben sie eine entscheidende Rolle spielen, verlangt wird, im Namen eines Hauptwiderspruchs auf ihre Forderungen zu verzichten. Warum Rassismus ein solcher Hauptwiderspruch sein soll, ist dabei

Eine Frau im Patrirchat zu sein
Bedeutet endlosen Kampf
Weißt du, du wirst niemals frei sein
Niemals den Weg, den Tag sehen
An dem ALLE frei ihre Ketten wegwerfen
Du kannst Rassismus, Faschismus, Kapitalismus bekämpfen
Aber wagst es nicht über Sexismus zu reden
Weil jeder Mann befürchtet, Du wirst ihm seine Privileg nehmen
Jede Frau als Besitz oder Ziege zu sehen
Als Madonna oder Hure
Oder was immer er sucht
Sein Privileg lauter zu reden & immer gehört zu werden,
Kontrolle zu behalten in der von Männer dominierten Welt
und ich spreche nicht nur vom Vergewaltiger
Über all die so offensichtliche Gewalt
Jetzt spreche ich über all jene, die denken, das sei keine Sache
Nichts zum damit beschäftigen, nichts die Gedanken
Drauf zu richten sich, es zu durchdenken
Dafür zu reden oder kämpfen
Deren Politik & Kämpfe sind so lächerlich
So lange sie eine Frau nicht ernst nehmen können
Und wie immer du das nennst
Ich nenn s
s e x i s m u s

„Was Frauen wollen". Das ist eine ziemlich blöde Frage. (...) Aber viele Leute haben ein Gefühl im Unterbewußtsein, daß Frauen eine insgesamt weniger komplexe Art sind, mehr so, wie, sagen wir, Rhododendron oder Bohnen, so daß irgendwo hinter der nächsten Ecke eine einfache Antwort ist. So auf der Ebene von „sie brauchen jede Menge Phosphate", und daß, wenn dieses Geheimnis erstmal gelüftet ist, das Leben viel einfacher sein wird. Frauen können bekommen, was sie wollen und werden dann ruhig sein, was es ermöglicht, die Zeit und Aufmerksamkeit von wirklichen (zB. männlichen) Menschen dem wichtigen und schwierigen Geschäft zu widmen, ihre Beziehungen zu anderen wirklichen Menschen zu führen.

Diese Vorstellung ist, wie die Vorstellung eines oralen Aphrodisiakums, eine männliche Fata Morgana. So ein Rezept wird niemals gefunden werden.

Elaine Morgan „The Descent Of Woman"

noch esoterischer als das Primat der Ökonomie. Es kann nicht darum gehen, zu leugnen, daß ein Mensch sich für manche Ziele stärker einsetzt als für andere, aber bei der Rede von Nebenwidersprüchen ist das Ergebnis, wie auch in diesem Fall, daß Sexismus am Ende überhaupt kein Thema ist.

Sie sind so ängstlich zu verlieren
Weil sie so gewohnt sind zu wählen
Abzulehnen oder zu mißbrauchen
Jeden der ist
Tiefer, lanfsamer, nirgendwo
entkommst du diesen Zuhältertypen,
Feiglingen, Helden in den Kreisen
Der Männlichkeit, entwerten Weiblichkeit
Euer Spiel von Bruderschaft - kotzt mich an
Euer Spief von Bruderschaft beleidigt Schwesternschaft
Hab nicht viel Hoffnung
Aber auf diesem sinkenden Schiff
Würde ich mich freuen, zuerkennen,
wie einige Männer bemerken
Wie es unsere Leben kontrolliert
Wie es uns immer
auseinander bringt, es schwer und schwerer
macht, zu überleben
Und es heißt
sexismus

Die Diskussion hatte damals übrigens noch mehr Highlights. So stellte sich zum Beispiel heraus, daß der Job eines Babysitters eigentlich gar nicht möglich ist. Immerhin zeigte das im Gegensatz zu mehreren amerikanischen Filmwerken die Erfahrung in einem Leipziger Wohnprojekt, aus dem eine Mutter mit ihrem Kind am Ende auszog. Versuche des Babysittens von Mitbewohnern waren zuvor ohne Erfolg geblieben.

3. Unter der Überschrift „Sechs dokumentierte Gründe für undogmatisches, autonomes Loslegen" dokumentiert das FRENTE (Nr.3) einen Beitrag der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen in der Radikal Nr.150: „Uns war wichtig, daß an den entscheidenden Stellen der Demo das Zahlenverhältnis von Frauen und Männern ausgeglichen war. Die Durchsagen aus dem Lautsprecherwagen wurden von einer Frau und einem Mann durchgegeben. Außerdem war auch die Anzahl von Frauen und Männern in den ersten beiden Reihen (...) ungefähr gleich." Der Kommentar des FRENTE dazu: „Der Slogan der political correctness lautet: `Im Zweifelsfall nicht feiern´." Ganz anders als die Demo der GöttingerInnen verlief dann in Leipzig die Demo zum BesetzerInnenkongreß. Dort mußten sich die Frauen/Lesben blöde Bemerkungen zu ihrem Block aus dem Lautsprecherwagen anhören.

Es ist klar, daß die Beschlüsse über die Zahlenverhältnisse auf den Demos der GöttingerInnen von den anwesenden Frauen mitgetragen wurden, wie sonst wäre ihre praktische Umsetzung möglich gewesen? Wahrscheinlich ist sogar, daß sie von ihnen gefordert wurden. Die Praxis in antifaschistischen Zusammenhängen sieht nun einmal so aus, daß ohne solche Beschlüsse Frauen in der Öffentlichkeit (häufig aber auch intern) unterrepräsentiert sind. Wenn Frauen sich dagegen wehren, in dem sie Absprachen wie unter den GöttingerInnen treffen oder eigene Blöcke organisieren, soll das nicht berechtigt sein? Es ist leicht, über solche Forderungen mit dem Hinweis auf das Feindbild political correctness hinwegzugehen. Aber sehr selten wird sich dabei mit den Ursachen solcher Forderungen oder gar mit dem Konzept, das hinter dem Begriff political correctness steht, auseinandergesetzt.

Diese Haltung ist einfach Ausdruck mangelnder Auseinandersetzung. So sind Forderungen nach political correctness, wenn auch nicht unter diesem Namen, in Politikfeldern wie Antifaschismus, Antinationalismus usw. oft selbstverständlich, während im Bereich des Feminismus´ die Diskussionen immer wieder erfolglos von vorne beginnen.

4. Aus Anlaß des Treffens der Studentinnen der Ethnologie in Leipzig war ich an einer Diskussion beteiligt, die darauf hinauslief, warum Männer an diesem Treffen nicht teilnehmen dürften. Solche Diskussionen gibt es immer wieder. Warum organisieren sich Frauen als Frauen? Was machen Frauen in diesen Frauengruppen? Kaffetrinken? Und könnten nicht Männer mit gutem Willen den Frauen bei ihren Diskussionen nicht nützlich sein? Fragen über Fragen, die alle eins gemeinsam haben. Sie stellen die Erfahrungen von Frauen, die sich aus ihrer Realität für eine solche Organisierung entschieden, in Frage. Mit Interesse allein ist dies nicht zu begründen. Ein Interesse an den Ergebnissen der Dis-

kussionen von Frauen könnte auch anders gestillt werden, als deren Organisierung in Frage zu stellen. Es ist eher das ungute Gefühl, hier liefe etwas völlig am Mann vorbei. Etwas, auf das er keinen Einfluß habe. Ein Umstand, der im allgemeinen mit Herrschaft verbunden ist. Es geschieht etwas in seiner Umwelt, das er nicht kontrollieren kann, etwas, auf das es keinen Zugriff gibt und das sich zu allem Unglück auch noch auf seine Privilegien erstreckt.

Aber von Frauen die Offenlegung ihrer Diskussionen in der Art zu fordern, daß Männern darauf jederzeit Zugriff gewährt wird, das wäre so, als ob HausbesetzerInnen bei jedem Plenum den Hauseigentümer mit am Tisch sitzen haben müßten. Das erschwert jede Diskussion, weil die, die von der Gesellschaft gemeinsam in ein Unterdrückungsverhältnis gezwungen werden, ständig mit dem Gegenpol konfrontiert sind. Ziel wäre dann einen Konsens zwischen denen zu erreichen, die von der gesellschaftlichen Situation profitieren, und denen, die unter ihr leiden. Wie das ausgeht, dürfte klar sein. Alle Unsicherheiten die bestehen, wenn der Weg gegen das Herrschende beschritten wird, werden dann sofort für das Herrschende sprechen. Die eigene Situation zu bestimmen und Ursachen zu finden - ein Ding der Unmöglichkeit.

Jede Forderung von Frauen nach Freiräumen in einer von Männer kontrollierten Gesellschaft ist berechtigt.

PS.: Sexismus ist nicht ein einzelnes Thema. Sexismus ist ein Politikfeld, daß sich in verschiedene Richtungen erstreckt. Die Erkenntnisse, die darin von Feministinnen gewonnen wurden, haben heute Bedeutung in allen Bereichen linker Politik, wo sie häufig stillschweigend übernommen werden. Dieser Text konnte nur Schlaglichter auf wenige Punkte der Situation speziell in Leipzig werfen. Eine notwendige Diskussion, die sich daran anschließen müßte, hat nicht viele Chancen. So haben die Frauen, die Kritik an unserer Seite 3 übten, schon insoweit resigniert, als sie eine schärfere Intervention in unseren Zusammenhängen für sinnlos hielten. Eine Kritik an uns, die in so krassem Widerspruch zu unserem Selbstbild steht, daß sie auch über diesen Text hinaus Diskussion auslösen sollte. Es wäre nett, wenn wir davon erfahren würden. ●

Und da ich weiß du bist nicht so aufgeblasen
Hörst du mir besser gut zu
Wenn du wirklich Rassismus bekämpfen willst
Mußt du über Sexismus reden
Weil sie zusammenlaufen
Sie sind die Basis dieses States
Der eine kriminelle Organisation ist
So wie alle westlichen Staaten
Die von der Ausbeutung leben
Der armen und hungrigen Weltbevölkerung
Die gesellschaftliche Grundlage
Ist unsere Sozialisation
Sich erhaben zu fühlen
Immer mehr zu wollen
Sie stecken es in eure Köpfe
Kleine Jungs, kleine Gören
Das ihr geboren seid, zu kontrollieren
Nicht ein Stück nimm das Ganze
Dann wächst du auf un bemerkst
Was dir gesagt wurde waren Lügen
Ein langweiliger Job und du wirst sehen
Du endest arbeitslos und nichts ist umsonst
Und in deiner ängstlichen Verwirrung
Kommst du zu dem großartigen Schluß
Das einzige was du umsonst bekommst
Ist die Kontrolle über den Körper einer Frau
Also frag dich selbst, würdest du jemanden
der sich so benimmt, noch Mensch nenen?
Denk nach, der Feind ist groß
Wenn du etwas verändern willst, wenigstens was
Mußt du reden über
s e x s i s m u s

„Guck in den Spiegel, dann siehst du ein revolutionäres Subjekt oder du siehst keins."

Mai 1970. Unter dem Titel „Die Rote Armee aufbauen" wird in der Zeitschrift agit 883 ein von der Roten Armee Fraktion (RAF) verfaßtes Papier veröffentlicht. Die RAF sollte in den nächsten Jahrzehnten eine entscheidende Rolle in der Politik der BRD spielen. Diffamiert als „Terroristen", hielten die KämpferInnen der sich als antiimperialistische Guerilla verstehenden RAF über zwei Jahrzehnte die Option der bewaffneten Aktion für die radikale Linke in diesem Land offen. Von Anfang an wurden sie dabei vom Staat, dem sie den Krieg erklärt hatten, mit allen Mitteln bekämpft. Schon 1970 kam es zu den ersten Verhaftungen. **Horst Mahler, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Brigitte Asdonk** und **Monika Berberich** sind die ersten Gefangenen aus der RAF. Sie erleben zu diesem Zeitpunkt noch nicht, was später Ausdruck des unbedingten Vernichtungswillens des Staates gegenüber allen Gefangenen aus der RAF werden sollte: Isolationsfolter. Der Hochsicherheitstrakt von Stammheim ist dafür Symbol, aber er ist kein Einzelfall. Auch die 1993 in Bad Kleinen verhaftet **Birgit Hogefeld** aus der jüngsten Generation der RAF unterliegt Isolationsbedingungen, die in ihren Auswirkungen dazu führen, die Gefangenen, die ihnen ausgesetzt sind, körperlich und geistig zu vernichten. Isolationsbedingungen, die es Gefangenen unmöglich machen sollen, ihre Identität zu waren. Diese Isolationsbedingungen verstoßen nicht nur gegen die Menschenrechte, ganz zu schweigen von der Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen, die der Eskalationsebene, auf der der Konflikt BRD-RAF ausgetragen wird, angemessen wäre, sie erfüllen auch ganz klar die Kriterien für Folter. Nicht mit mittelalterlichen Streckbänken und glühenden Eisenzangen, die mit dem Begriff Folter verbunden werden, nicht mit Elektroschocks rückt die „zivilisierte" Staatsmacht BRD den Gefangenen zu Leibe, sie beraubt sie vielmehr jeder sinnlichen Gewißheit der Welt. Isoliert von anderen Menschen, die sie nicht berühren, sprechen, sehen oder hören dürfen in den Isolationszellen, die nur eines zum Ziel haben: Gefangene ganz auf sich selbst zurückzuwerfen. Keine Gewißheit von etwas anderem als der eigenen Existenz in einer feindlichen alles beherrschenden, jede Regung beobachtenden Umgebung. Verschärft werden können diese Bedingungen noch durch den „Schutz der Gefangenen vor sich selbst", den sich die Anstaltsleitung in ihrer „Fürsorgepflicht" zum Ziel setzt. Konkret kann das heißen, daß nachts aller 15 Minuten die bzw. der Gefangene geweckt wird, um einen Selbstmord zu verhindern. Ein Mensch der nicht träumt, lebt nicht. **Birgit Hogefeld** beschreibt in ihrem

Brief vom 16.11.1993 an **Brigitte Mohnhaupt**, ebenfalls Gefangene aus der RAF, eine solche Situation: „Hier war letzte Woche in der Nacht auf Freitag auch diese »Selbstmordgefahr«-Konstruktion gegen mich angesagt. Die ganze Nacht Dauerbeleuchtung, und alle 15 Min. kamen sie in die Zelle rein und haben mich angesprochen, angeblich konnten sie durch den Türspion nicht sehen, ob ich tatsächlich noch lebe. Am nächsten Tag kam dann der Sicherheitsinspektor, er ist einer, der in allem, was mich betrifft, bisher sehr viel persönlichen Ehrgeiz und Motivation gezeigt hat - und diesmal kam er angeschleimt: Doch, es wäre ihre Fürsorgepflicht mir gegenüber gewesen ... Nein, das, was in den Zeitungen steht, seien nicht die wahren Gründe, hoffentlich würde ich die noch erfahren ... Mißverständnisse und eigentlich bei mir entschuldigen ... Ich habe in dem Moment noch nicht alles einordnen können, aber eins war mir sofort klar, das zielt gegen Euch, und sie denken, daß sie so den Keil weiter treiben können zwischen uns." (S.300)[1]
Die Konstruktion von Selbstmorden ist eine Spezialität des Staates bei der Vernichtung der Gefangenen aus der RAF. Der Tod von **Ulrike Meinhof** am 9. Mai 1976 ist der erste einer Reihe von „ungeklärten Todesfällen", die sich am 18. Oktober 1977 mit den Morden an **Andreas Baader**, **Gudrun Enslin** und **Jan-Carl Raspe** fortsetzt. **Irmgard Möller** überlebt den Anschlag vom 18.10.77 schwer verletzt und bestreitet von da an die Selbstmordtheorie. Bad Kleinen bietet mit der Erschießung von **Wolfgang Grams** durch einen Killer des Sonderkommandos GSG 9 das neuste Beispiel dafür, wie dabei durch beständiges Widerholen offensichtlich falscher Tatsachen und das Verwischen von Spuren, der den Staat entlastenden Mythos vom Selbstmord am Leben erhalten wird.
In den 80er Jahren war die Situation hingegen von bei der Festnahme erschossenen Mitgliedern der Guerilla geprägt.

1995, also 25 Jahre nach dem ersten öffentlichen Lebenszeichen der RAF, veröffentlicht die Edition ID-Archiv „wir haben mehr fragen als antworten ..." mit dem Untertitel „RAF diskussionen 1992-1994". Das Buch enthält die chronologisch angeordneten Diskussionstexte von politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand, deren Angehörigen und Illegalen aus der RAF, beginnend mit der Erklärung der RAF vom April 1992, die eine entscheidende Zäsur im Kampf der RAF darstellt.

Die Zäsur

Mit der April-Erklärung wendet sich die RAF „An alle, die auf der Suche sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann." (S.16) Die Guerilla stellt fest, daß es nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem weltweiten Rückschlag der Befreiungsbewegungen nicht weiter möglich ist, den eigenen Kampf auf die „Strategie gegen die Strategie" des Imperialismus aufzubauen. Vielmehr sei es notwendig „die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren" (S.17) in den Kampf miteinzubeziehen. Voraussetzung hierfür sei aber eine Diskussion der Angesprochenen auf breiter Basis. Die Jahre 89-91 haben gezeigt, daß eine Neubestimmung der Grundlagen des revolutionären Kampfes der RAF bei gleichzeitiger Weiterführung der bisherigen Praxis nicht gelingt. Die RAF erklärt deshalb eine Zäsur in ihrer Praxis, welche die neuen Bestimmungen für die weitere Praxis ermöglichen soll: „Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden die Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen." (S.18) Der Prozeß soll die Diskussion und den Aufbau einer „sozialen Gegenmacht von unten" zum Ziel haben, die in den konkreten Be-

dingungen hier wurzelt. Eine nähere Bestimmung der Gegenmacht ist dem Papier nicht zu entnehmen. Lediglich, daß der Kampf um die Befreiung der Gefangenen wesentlicher Bestandteil des Prozesses, der zu ihr führt, sein müsse wird festgeschrieben: „Aus 20 Jahren Ausnahmezustand gegen die Gefangenen, Folter und Vernichtung, geht es jetzt darum, ihr Recht auf Leben durchzusetzen - ihre Freiheit zu erkämpfen!" (S.18) In diesem Zusammenhang beziehen sich die Illegalen in ihrer Erklärung auch auf die vom damaligen Innenminister Kinkel Anfang 1992 veröffentlichte Initiative, der zufolge die am längsten inhaftierten und haftunfähigen Gefangenen freikommen sollten. Sie behaupten, diese Kinkel-Initiative sei Ausdruck von einer Fraktion im Staat, die nicht länger ausschließlich auf eine militärische Lösung des „Problems RAF" setze. Die RAF fordert: „Die Haftunfähigen und die Gefangenen, die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer Freilassung zusammenkommen!" (S.19) An dem Vorankommen der Kinkelinitiative aber auch an der Entwicklung um die Hafenstraße oder am Umgang des Staates mit den Kämpfen der nicht-politischen (sozialen) Gefangen für verbesserte Haftbedingungen und gegen Sonderhaft, am Umgang des Staates mit den BewohnerInnen der Ex-DDR, am Maße, in dem der Rassismus zunehmend geschürt werde, der Staat AntifaschistInnen und Flüchtlingen repressiv entgegentrete, dem Einsatz deutscher Soldaten in den Kriegen dieser Welt wolle die Guerilla ablesen, inwieweit der Staat den Raum, der durch die Rücknahme der Eskalation für politische Lösungen geöffnet sei, nutze oder weiter sein Programm der unbedingten Vernichtung fortsetze.

In einer ersten Reaktion erklärte **Irmgard Möller** für alle Gefangenen aus der RAF ihr Einverständnis mit der Zäsur, die historisch aus dem Hungerstreik der Gefangen im Jahr 1989, bei dem auch ein breites gesellschaftliches Bündnis für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF eingetreten war, resultiere.

Es gehe perspektivisch um die Freiheit aller Gefangenen in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen und eine „Neuorientierung in der Gesellschaft und den internationalen Zusammenhängen und Beziehungen". Auch **Eva Haule** reagiert als Gefangene noch im April. In der Zäsur und dem damit verbundenen notwendigen Prozeß sieht sie die Chance, die Fragmentierung der Linken zu überwinden. Für alle die von dem Schritt der RAF, Teile des bewaffneten Kampfes aufzugeben, enttäuscht sind, weil er ihnen in den vergangenen Jahren Mut gab, gegen ein so allmächtig scheinendes System anzukämpfen, weist **Eva Haule** darauf hin, daß eine Guerilla nicht aus emotionalen Gründen sondern als Offensivposition in den Metropolen notwendig sei.

Interviews

Aber auch öffentlichen Äußerungen, die über die Erklärungen der Gefangengruppe bzw. in einem vergleichbaren Kontext geschriebene Texte einzelner Gefangener hinaus gingen, gab es 1992. Da war zum einen das NDR Interview mit den Lübecker Gefangenen **Christine Kuby**, **Irmgard Möller**, **Hanna Krabbe** und **Gabriele Rollnick**, das an eine breite Öffentlichkeit gerichtet in mehreren dritten Programmen gesendet wurde und zum anderen ein Interview mit der Zeitschrift „konkret" der Celler Gefangenen **Karl-Heinz Dellwo**, **Knut Folkerts** und **Lutz Taufert**. Sowohl in Celle als auch in Lübeck sind die Gefangenen in Kleinstgruppen zusammengelegt. In beiden Interviews kommen inhaltliche Bestimmungen zum Ausdruck, obwohl das Lübecker aufgrund seiner Publikumsausrichtung ein starkes Gewicht auf die Haftsituation, das Verhältnis RAF/Gefangene aus der RAF usw. legt. Den Zusammenbruch des Realsozialismus sehen die Lübeckerinnen nicht nur negativ. Er ermögliche vielmehr auch aus erstarrten Denkstrukturen auszubrechen. So hätte beispielsweise

der Kampf der RAF immer im Zusammenhang mit der internationalen Auseinandersetzung der beiden Blöcke gestanden. Intern setzten diese Blöcke auf Integration, wohingegen heute der Staat desintegrierend wirkt. Gewalt wird dabei zunehmend zum funktionellen Mittel der gesellschaftlichen Problemlösung, was sich in einer fortschreitenden Brutalisierung der Verhältnisse, des Alltagslebens zeigt. „Die Gewalt, die in den Sechzigern und Siebzigern etwas Besonderes war und die auch die besondere Funktion hatte - von unserer Seite -, gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen, daß die heute gar nicht mehr die Funktion haben kann. Das haben wir auch an den letzten Aktionen von der RAF gesehen oder auch von anderen militanten Aktionen: die passieren, aber es entwickelt sich politisch nichts mehr dran." (Krabbe, S.37) Die Lübeckerinnen heben auch noch einmal hervor, daß die Zäsur der RAF im Prinzip seit 89 anstand, aber zunächst als paraller Prozeß zu den bewaffneten Aktionen gedacht war. Insgesamt sehen die Gefangenen das Bild der „Linken" aber düster, so düster, daß sie behaupten es gäbe sie eigentlich gar nicht mehr. Trotzdem oder gerade deshalb unterstützen sie die Zäsur, die die Eskalation zurück nimmt. Der Schritt sei aber nicht so einmalig. Schon 1977 sollte die Situation mit der Entführung des Altnazis und Wirtschaftsexponenten **Hans Martin Schleyer** entschärft werden. **Schleyer** sollte damals gegen die Gefangenen ausgetauscht werden, die ihren Kampf im Gegenzug nicht auf dem Boden der BRD fortsetzen. Mit den Stammheimer Morden eskalierte die Situation dann aber erst recht. Das Ergebnis war der Deutsche Herbst, eine bis dahin für bundesrepublikanische Verhältnisse unvorstellbare Repressionswelle, die auch Unbeteiligte überrollte, um die RAF militärisch zu zerschlagen. Die einseitige Rücknahme der Eskalation kann aber für die Lübeckerinnen keine „Versöhnung", keinen Frieden mit dem Staat bedeuten. Das ist auch keine Frage von „Hardliner" oder „Weichliner", einer Unterscheidung die immer wieder ins öffenlich Bild der Gefangenengruppe eingestreut wird, nicht ohne das Ziel, Gegensätze von außen zu konstruieren.

Auch die Celler Gefangenenkleinstgruppe unterstützt die Zäsur der Aprilerklärung der RAF. Sie verwehrt sich aber gegen die damit verbundene Interpretation, die RAF hätte den Kampf gegen den Imperialismus als aussichtslos eingestellt. Die Einschätzung heute unterscheide sich aber von jener der 60/70er Jahre, in denen unter dem Eindruck internationaler Aufstände gegen das System eine reale Chance für dessen Sturz gesehen wurde. Heute, nach den Zusammenbrüchen im Osten, sei die Linke völlig auf sich selbst zurückgeworfen. Im Gegensatz zu den Lübeckerinnen sehen die Celler aber nach wie vor eine Linke in dem System, das für keine der heute drängenden Fragen einen Lösungsansatz biete. Dies spricht in ihren Augen entschieden gegen eine Stabilisierung des Systems in den letzten zwanzig Jahren. Allerdings bestehe die Forderung, „daß der Bruch mit dem System etwas Reales in unserem Leben sein muß." (Dellwo S.96) Dieser Bruch befähigt dann auch dazu, Konflikte auszutragen. Dellwo stellt in diesem Zusammenhang den Interviewern die Frage: „Ich hab heute mittag noch gedacht, guck mal, ihr seid länger als ich in der Linken und seid nie im Knast gewesen. Warum eigentlich nicht? Warum habt ihr nicht mal 'ne Sache durchgekämpft, auch mal einen Preis bezahlt? Da fehlt doch an dieser Linken etwas." Aus einem solch real empfundenen Bruch ist es den Cellern auch möglich zu kämpfen, ohne jederzeit das massenhafte revolutionäre Subjekt sehen zu müssen.

Anti-Weltwirtschaftsgipfel in München 92

Der Gegengipfel zum Spektakel des Weltwirtschaftsgipfels 1992 in München bot für die radikale Linke der BRD nicht nur die Möglichkeit, sich selbst zu treffen, sondern führte auch zu Begegnungen mit KämpferInnen aus allen Erdteilen. Die TeilnehmerInnen versuchten, über gemeinsame Perspektiven gegen die Fortsetzung der 500 Jahre Unterdrükkung und Mord bei dem Raub der Welt durch die Europäer zu entwickeln. Die Entdeckungen eines Kolumbus waren für die Entdeckten eben keine „neue Welt" sondern der Beginn ihrer Ausbeutung

und Vernichtung. Dieser Politik, die heute durch Zusammenschlüsse, wie IWF, Weltbank oder die G7-Staaten, ihre Fortsetzung erfährt, sollte der Gegengipfel sich solidarisch entwickelnde Alternativen entgegenstellen. Die massiven staatlichen Repressionen dagegen setzten schon während der Vorbereitung des Gegengipfels ein und fanden ihren Höhepunkt im Münchener Kessel, in dem DemonstrantInnen wegen des Skandierens von Losun-

gen und der Benutzung von Trillerpfeifen mehrere Stunden festgehalten wurden, bevor sie brutal von der Polizei festgenommen wurden.

Die Beiträge aus der RAF zum Gegengipfel kamen neben Grußadressen von politischen Gefangenen hauptsächlich von ehemaligen Inhaftierten. So wies **Monika Berberich** auf die Bezüge der RAF auf die Menschenrechte hin. „Was wir entwickelt haben, war ein umfassender Begriff von Menschsein, von der Würde des Menschen, den wir sowohl aus dem Befreiungskampf der »Dritten Welt« hergeleitet haben wie auch aus den Kämpfen hier. Nämlich der Begriff, daß es nicht nur um Befreiung aus den ökonomischen Zwängen geht (...) sondern um die Befreiung von der Entfremdung, die die Wirkung des kapitalistischen Systems auf alle hat - auf die Verhältnisse untereinander." (S.74) Dieser Begriff des Menschseins, der das Ideal von 24 Stunden selbstbestimmtem Leben der die Menschen vollständig durchdringenden kapitalistischen Realität entgegensetze, verköpere auch das, was der Staat so erbittert mit allen Mitteln (Folter und Mord) bekämpfe. **Giesela Dutzi** appelierte daran, bei künftigen Auseinandersetzungen, auch über die Aprilerklärung der RAF, den Inhalten Vorrang vor den Mitteln einzuräumen.

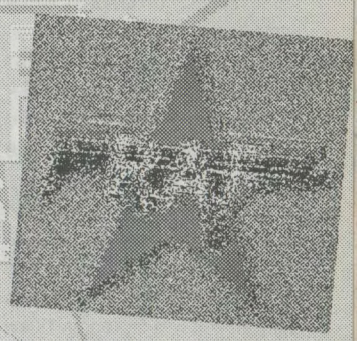
Die Illegalen der RAF grüßten die Münchener DemonstrationsteilnehmerInnen in einer Erklärung, die einige Stellen der Aprilerklärung näher erklärte. Vor allem aber stellte sie klar, daß sich die RAF nach wie vor als Teil des internationalen Befreiungskampfes sehe. Ihr Schritt sei keine allgemeine Kritik an bewaffneten Kämpfen, sondern aus der hiesigen Situation geboren. Nachdem es der RAF nicht möglich war, als eigene Kraft in den Vereinigungsprozeß einzugreifen, beginne jetzt mit der Zäsur nach 22 Jahren eine neue Etappe in der Geschichte der RAF. In dieser seien offene Diskussionen über die Neuorientierung zwar unverzichtbar, es sei aber klar, daß Diskussionen nicht alles sein können. Eine Konstante bleibe der Kampf um die Befreiung der Gefangenen.

Erste Kritik

Schon im Mai veröffentlichten die Gefangenen aus dem Widerstand **Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker** erste Kritikpunkte an der Aprilerklärung. Diese sei für einen solchen Schritt zu ungenau verfaßt. Eine Reflektion der eigenen Geschichte und vor allem auch die Geschichte der Kritik dazu fehle völlig. Dafür maßt sich die RAF in geradezu traditioneller Weise an, für den gesamten Widerstand zu sprechen, wenn sie ihre eigene Situation analysiere. Die Ursache dafür sei wohl, daß die RAF viel zu lange mit dem Glauben gelebt habe, die Entscheidungsschlacht mit dem Imperialismus stehe unmittelbar bevor. Was der Erklärung im übrigen den Beigeschmack der „Beendigung" verleihe, sei der Umstand, daß in der Auseinandersetzung mit der RAF über lange Zeit die gezielte tödliche Aktion zur Gesinnungsfrage stilisiert worden wäre. Die Situation würde sich anders darstellen, wenn eindeutig wäre, daß Gewalt, auch wenn sie als legitime Gegengewalt gegen das staatliche Monopol ausgeübt wird, nie den Status einer Selbstverständlichkeit trägt.

Zum Münchener Gegengipfel warnen die drei Gefangenen davor, jetzt, wo die zum Slogan verkommene Kompromißlosigkeit von **Holger Meins**[2] „entweder mensch oder schwein" (S.71) nicht mehr dazu führe, daß die gezielte tödliche Aktion der Maßstab aller Dinge sei, in das andere Extrem zu verfallen und auf die Fiktion eines „gemeinsamen In-

teresses aller Menschen" zu bauen.
Im Juli 92 äußern sich die drei dann umfassend. Sie konstatieren, im Unterschied zu den Cellern in ihrem „konkret"-Interview, eine allgemeine Niederlage der Linken. Obwohl der Erfolg nicht das einzige Kriterium für die Richtigkeit revolutionärer Politik sein kann, ist auch ihre Legitimität, die nicht anzweifelbar ist, ein solches. Zur Klärung ist eine Gesamtanalyse, die bisher nicht erfolgte nötig. **Michael Dietiker, Ali Jansen** und **Bernhard Rosenkötter** sehen einen Bruch im Selbstbild der RAF, den sie auf das Jahr 1982 datieren. Bis dahin war die RAF keineswegs von einer Besiegbarkeit des Imperialismus ausgegangen. Die Guerilla hatte die Funktion, als illegale Fraktion im Zusammenhang mit der legalen politischen Organisation den revolutionären Metropolenkampf voran zu bringen bzw. ihm Räume zu öffnen. Nachdem mit dem Zusammenbruch der StudentInnenbewegung diese legale Organisation weggebrochen war, lagen bis 77 die Aktivitäten der RAF hauptsächlich auf dem Gebiet der Gefangenenbefreiung. Ab 82 kam es dann zur Wende. Das Frontkonzept stellt die militärische Operation in den Mittelpunkt und führte letztendlich zu der Situation, in der die Zäsur notwendig wurde.
Das Konzept der sozialen Gegenmacht von unten, birgt allerdings die Gefahr des Reformismus. Grund dafür ist, daß politische Basisarbeit niemals unmittelbar zur Revolution führt. Sie enthält allerdings mit der Selbstorganisierung ein entscheidendes revolutionäres Element. Deutlich wird in dem Text, daß Niederlagen aber auch Widersprüchlichkeiten notwendigerweise in einer revolutionären Praxis enthalten sind.
Die Augusterklärung der RAF unterstützt diese Einschätzung in weiten Teilen. Die Illegalen wollen allerdings nur für die Zeit ab 1984 sprechen. Entgegen den internationalen Erfahrungen, denen zufolge die Guerilla die Kämpfe der Bevölkerung unterstützt, ließ das Frontkonzept keinen Raum für die Auseinandersetzung mit nicht militant/militärischem Widerstand gegen das imperialistische weltweite Rollback dieser Zeit. Nach der Repressionswelle des Jahres 86, war sogar die Illegalität die einzige akzeptierte Reaktion. Auslöser für die jetzige Neuorientierung waren neben dem Stoßen an die Grenzen des Frontkonzepts die Erfahrungen der Kämpfe an der Frankfurter Startbahn West, in der Hafenstraße und während des Hungerstreiks von 89. Mit der Aufgabe der „Strategie gegen die Strategie" und dem Versuch über die soziale Gegenmacht die revolutionäre Bewegung neu zusammenzusetzen, wobei die unterschiedliche Geschichte bei einem gleichen Ziel als Stärke interpretiert wird, sah sich die RAF mit einer Konsumhaltung ihrer KritikerInnen konfrontiert. Diese drückte sich beispielsweise in den Reaktionen auf die US-Botschaft während des Golfkriegs aus, als die Meinung auftauchte, die RAF könne sich keinesfalls mit den BlockiererInnen solidarisiert haben. Es herrsche zu häufig Unverständnis darüber, daß die RAF der Linken einen Teil der Verantwortung für ihr politisches Vorgehen überträgt.
Auch wenn der Staat mit seinem Vernichtungsverhältnis zu den Gefangenen nie gebrochen hat und nicht bricht, hat der Aufbau der Gegenmacht Priorität vor der bewaffneten Aktion, die, sollte sie wieder nötig sein, nur auf einer verbreiterten Basis geführt werden kann. Die Alternative zur sich verschärfenden sozialen Situation heißt Solidarität und Selbstbestimmung.



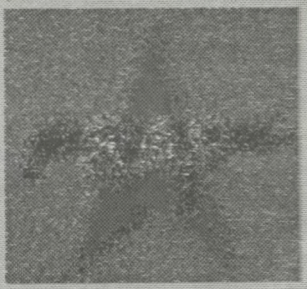
Kinkeliniative gescheitert
Anläßlich des erneuten Prozesses gegen den Gefangenen aus der RAF **Christian Klar**, vom 7.9.92, teilte dieser in seiner Prozeßerklärung mit, die Kinkeliinitiative (eigentlich eine Initiative der Koordinierungsgruppe Terrorismus[3]) diene nicht der politischen Lösung der Lage der Gefangenen, sondern habe lediglich zum Ziel, im Inneren der BRD Frieden zu schaffen, um in der AUssenpolitik ungestört zu Ag-

gressionen zu kommen. An die Linke appellierte er in diesem Zusammenhang, keine Rücksicht auf die vom Staat als Geiseln eingesetzten Gefangenen zu nehmen. Auch die Angehörigengruppe der Gefangenen macht in ihrer Prozeßerklärung deutlich, daß bisher nur Gefangene frei gekommen seien, deren Freiheit ohnehin ausstand. In der jetzigen Situation seien aber nicht einmal alle haftunfähigen Gefangenen entlassen worden.

Im November erklärt dann auch **Karl-Heinz Dellwo**, daß die Kinkelinitiative nie über Absichtserklärungen hinaus ging. Der Schritt der RAF sei aber trotzdem richtig und schon lange überfällig gewesen.

Anfang 1993 kritisiert **Knut Folkerts** die Sprachlosigkeit der Gefangenen in Bezug auf die Kinkelinitiative. Eigentlich hätte die Initiative von den Gefangen ausgehen müssen, zumindest aber hätte auf die neue Situation, daß von seiten des Staates die Freilassung von Gefangenen thematisiert wurde, reagiert werden müssen. Während die Öffentlichkeit das Thema diskutiert, hätten die Gefangenen nicht eigene Forderungen (z.B. nach einer Konkretisierung) gestellt sondern geschwiegen. Da eine Aussprache über das Vorgehen als gemeinsame Gefangenengruppe unmöglich war, waren die Entscheidungen der Lübecker und Celler Gefangenen für die Interviews richtig.

Der Gefangene **Rolf Heißler** erklärt zur selben Zeit, daß die Kinkelinitiative als Spaltungsversuch gegen die Gefangenen gescheitert sei. Allerdings habe die RAF in ihrer Aprilerklärung, die von **Folkerts** als beispielhaft für die gesamte Linke dargestellte Zäsur fatalerweise mit der Gefangenenfrage verknüpft. Die Konsequenz daraus sei, daß die Gefangenen jetzt der staatlichen Willkür ausgeliefert sind. Auch die Celler Gefangenen hätten ihr Teil dazu beigetragen, indem sie die Verknüpfung mitgetragen hätten.



Heidi Schulz geht in ihrer Kritik nicht ganz soweit. Prinzipiell sei es gut gewesen, auf Kinkel zu reagieren. Allerdings sei die Initiative zu schnell entpolitisiert worden. Indem Celle und Lübeck zu sehr auf ein formaljuristisches Vorgehen gesetzt hatten, blieb das politische Ziel „Alle müssen raus!" auf der Strecke. Die neuen Diskussionen enthielten ihr zuviel Selbstkritik statt Herrschaftsanalyse. Herrschaftsanalyse würde dazu führen, den wahren Kern von antirassistischer und antifaschistischer Arbeit in internationalen Befreiungsbewegungen zu sehen, anstatt Faschokids zu schlagen. In einem solchen Feld sei dann auch der Kampf um die Freiheit der Gefangenen angesiedelt.

Brigitte Mohnhaupt stellt im Februar 93 fest, daß zum jetzigen Zeitpunkt eine gemeinsame Erklärung der Gefangenen unmöglich sei. Deshalb wäre es notwendig von der eigenen Position aus zu sprechen. Auch sie kritisiert, daß die Gefangenen nicht vor Kinkel initiativ wurden bzw. in die öffentliche Diskussion eingriffen. Es sei ein Fehler gewesen, nach dem Hungerstreik von 89 nicht stärker um die Homogenität der Gefangenengruppe gekämpft zu haben. Sie plädiert dafür die notwendige Trennung zwischen der Zäsur und der Freiheit der Gefangenen zu vollziehen. Es sei auch der falsche Eindruck eines Deals der Illegalen mit dem Staat um die Gefangenen gewesen, der den Kampf der Gefangenen gelähmt habe. Die Zäsur sei dagegen eine Notwendigkeit gewesen, nachdem die bewaffneten Aktionen ihren strategischen Sinn verloren hatten. In der Gefangenenfrage bleibe entscheidend, daß die RAF ihre Identität aus dem Widerspruch zum System gewinne, die Fraktionentheorie, sei da völlig ungeeignet. Es müsse endlich inhaltlich diskutiert werden.

Ghetto vs. Gesellschaft

Für **Lutz Taufer** stellt sich derweil der inhaltliche Konflikt so dar, daß die Entscheidung anstehe, den Rückzug ins Ghetto der eigenen Ideologie anzutreten oder offensiv gesellschaftlich wirksam zu werden. Aus der Option für die gesellschaftliche Relevanz folgt nicht nur die Kritik an der Sprachlosigkeit der Gefangenengruppe, er sieht auch im allgemeinen

Rückzug der Linken die Ursache für Freiräume der reaktionären Kräfte.

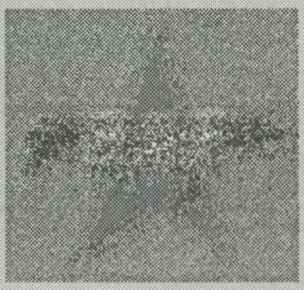
Für die Politik der RAF folgt, daß aus der bei den revolutionären Linken massenhaft auftretenden subjektiven Unmöglichkeit des bewaffneten Kampfes letztlich auch dessen objektive Unmöglichkeit folge. Gesellschaftlich gesehen, seien die Aktionen der RAF auch zu unwirksam gewesen. Die Auswirkungen des Frontkonzepts hätten es ad absurdum geführt. Deshalb war seit 89 die inhaltliche Auseinandersetzung unumgänglich. Trotzdem wurde sie nicht durchgeführt. Blockiert durch das vom Ghetto bestimmte Bewußtsein überließen die Gefangenen dem Staat die Initiative. Jetzt überlassen sie den Illegalen auch noch die Aufarbeitung ihrer Geschichte. Statt einer konstruktiven Kritik der Aprilerklärung sei es zu einer Reformismusdebatte gekommen, die im Ergebnis die Illegalen und die am längsten Gefangenen als Reformisten abstemple.

Weiterstadt

Am 30. März 1993 sprengt das RAF-"Kommando Katharina Hammerschmidt" in Weiterstadt, den gerade fertiggestellten Neubau eines Hochsicherheitsknastes. In der Erklärung des Kommandos heißt es: „Wir haben mit dem Kommando Katharina Hammerschmidt den Knast in Weiterstadt gesprengt und damit auf Jahre verhindert, daß dort Menschen eingesperrt werden. Wir wollen mit dieser Aktion zu dem politischen Druck beitragen, der die harte Haltung gegen unsere gefangenen GenossInnen aufbrechen und den Staat an dieser Frage zurückdrängen kann. Doch dafür, daß ihre Freiheit durchgesetzt werden kann, braucht es die unterschiedlichsten und vielfältigsten Initiativen von vielen. Im letzten Jahr hatten wir versucht, trotz der Zäsur politischen Druck von unserer Seite aus an dieser Frage über die Drohung zu halten. Das, was es dafür an Drohung und Grenze hätte sein können, ist leider gerade von GenossInnen aus dem linksradikalen Spektrum systematisch demontiert worden.

Mit unserer Aktion haben wir den Druck jetzt neu gesetzt und die Drohung aktualisiert. Wir denken, daß das genutzt werden kann." (S.214)

Die Aktion in Weiterstadt wird aber in einen über die Gefangenenfrage hinausgehenden Rahmen gestellt. Sie stellt das Machtmonopol des Staates an den Punkten von Abschiebehaft und durch Hierarchisierung disziplinierenden Strafvollzug in Frage. Zur Zäsur erklärt die RAF, daß die Kämpfe gegen Rassismus und Sexismus (Kategorisierung als grundlegendes Herrschaftsphänomen in der kapitalistischen Gesellschaft) grundlegende Bestandteile des Gegenmachtkonzeptes seien. Das Gegenmachtkonzept bedeute dabei aber keinesfalls den Bruch mit dem Internationalismusprinzip. Es sei im Gegenteil auf eine wesentlich tiefgründigere Weise internationalistisch, da es die Motive für internationalistisches Handeln in der Realität hier finde. Insgesamt nimmt die Repression in der BRD immer mehr zu, während der Rassismus als Integrationsmittel in der Krise geschürt werde. Da die Neuorientierung aber ein notwendiger Prozeß sei, der auch nicht mit der Gefangenenfrage verknüpft ist, kann die Zäsur nicht einfach umgekehrt werden. Die Diskussion sei allerdings nicht breit genug.



Bad Kleinen und die Spaltung

Auf die Erschießung von **Wolfgang Grams** und die Verhaftung von **Birgit Hogefeld** am 27.6.93 in Bad Kleinen reagiert die RAF in einer ersten Erklärung mit der Feststellung, die Aprilerklärung sei vom Staat als Schwäche aufgefaßt und mit Terror beantwortet worden.

Ab August hagelt es Kritik von seiten der Gefangenen. Bad Kleinen sei die Folge der neuen Politik, die sich desorientiert geöffnet habe und jeden Widerspruch akzeptiere. Dabei sei revolutionäre Politik in den Metropolen doch notwendigerweise eine Sache von Minderheiten gegen den ungebrochenen gesellschaftlichen Konsens. **Helmut Pohl** holt zum „Tiefschlag" (Hogefeld S.230)

gegen die Illegalen und Celle aus. Erst jetzt habe die Kinkelinitiative, die sich auf die Illegalen und auf einige wenige Gefangene (die Celler) stützen konnte, keine Chance mehr. Zuvor sei aber die Freiheit der Gefangenenmehrheit, aus der die Zäsur schon ein Jahr vor der Aprilerklärung gefordert worden war, aufgegeben worden. Inzwischen seien alle mit der Zäsur verbundenen Chancen politisch und für die Gefangenen verspielt.

In diese ungeklärte Situation platzt im Oktober dann der Vorwurf, die Celler hätten mit den Illegalen durch den ehemaligen RAF-Anwalt **Ströbele** Geheimverhandlungen über eine Abwicklung der RAf und der Gefangenen geführt. Diese Gerüchte führen zur Spaltung der Gefangenen von den Illegalen, den Cellern und **Birgit Hogefeld**. Das „Angehörigen Info" in dem die Erklärungen von Gefangenen und Illegalen bisher veröffentlicht wurden ergreift Partei für die Gefangenmehrheit und lehnt den Abdruck von Erklärungen der Celler und der Illegalen ab. In diesen Erklärungen weisen diese den Verkaufsvorwurf zurück. Sie gestehen ein, daß der Celler Alleingang ein Fehler war, er hätte aber den Charakter eines in der Geschichte der Gefangenen durchaus üblichen Kommunikationsversuchs gehabt. Von Verhandlungen insbesondere über die Abwicklung der Gefangenenmehrheit könne aber keine Rede sein. Vielmehr habe es sich um den Versuch gehandelt, Druck für eine politische Lösung zu machen, die nach Bad Kleinen keine Basis mehr hatte. Diese Erklärungen können die Situation aber nicht entschärfen. Den Illegalen wird vorgeworfen, sich seit Mitte der 80er Jahre entpolitisiert zu haben und jetzt einen Platz im „neuen Reich" zu suchen. Insbesondere werde das unpolitische „Druck machen", wie es sich in Weiterstadt ausgedrückt habe, von den Gefangenen nicht mitgetragen. **Lutz Taufers** „Ghetto vs. Gesellschaft" wird ebenfalls als Aufgabe des antagonistischen Verhältnisses zum Staat gewertet, aus dem die RAF ja ihre Identität bezog. **Birgit Hogefeld** genießt als politische Gefangene zwar noch die theoretische Solidarität der anderen, die Briefe, die in dieser Zeit an sie gehen, sprechen aber eine ganz andere Sprache.

Die Illegalen wehren sich gegen den Vorwurf der Entpolitisierung und stellen detailiert ihr Verhältnis zu dem Verfassungsschutzspitzel Steinmetz, der Bad Kleinen erst möglich machte, dar. Sie geben dabei Fehler zu, sehen diese aber nicht in der Neuorientierung ihrer Politik. Die Auseinandersetzung mit einem Teil der Gefangenen sei wesentlich älter als Bad Kleinen. Die Forderung nach Verbindlichkeit stehe keineswegs im Gegensatz zum notwendigen Aushalten von Widersprüchen. Die Spaltung wird als Schwächung verstanden und bedauert. Trotzdem nehmen die Illegalen ihre Verantwortung als RAF weiter wahr.

Von außen wirkt die ganze Diskussion fatal wie ein Coup der Koordinierungsgruppe Terrorismus, die sich, die schlechten Kommunikationsmöglichkeiten der Gefangenen im Knast ausnutzend, bestehender Vorurteile bediente, um mit einem Fehler der Celler die Zersplitterung zu erreichen. Nachdem ihnen das zuvor in 23 Jahren mit Terror nicht gelungen war.

Wo bleibt die Debatte?

In einem Brief an die Lübeckerinnen, in dem er sie auffordert sich dafür einzusetzen, daß die Spaltungsdebatte auf diesem Niveau beendet wird, schreibt der Gefangene aus dem Widerstand, **Norbert Hofmeier**, am 30.10.93: „Es ist doch so, daß einigen diese ganze Richtung mit dem »... offenen Raum für Diskussionen ... kritischer Reflexion ... Neubestimmung ... usw.« sowieso grundsätzlich von Anfang an nicht gepaßt hat.

Wenn das wirklich ein ernsthaftes Interesse war, dann frage ich mich, warum wurde denn dann keine inhaltliche Kritik vorgebracht, wo waren eigentlich die Diskussionsbeiträge, die kontroversen Standpunkte? Wenn ich

dann jetzt lese, daß es manche gibt, die »schon alles gewußt« haben, daß es angeblich den Cellern, Illegalen nicht um Neubestimmung radikaler Politik ging." (S.257f.)
Auch nach der Spaltung gab es diese Diskussionsbeiträge und kontroversen Standpunkte nicht. Abgesehen vielleicht von den Ergänzungen **Lutz Taufers** zu „Ghetto vs. Gesellschaft" oder einigen Bemerkungen der RAF in ihrer Steinmetzerklärung vom 6. März 1994, in der die Illegalen zu dem Schluß kommen: „Von der sozialen Kenntlichkeit unseres Kampfes sind wir alle - RAF und Gefangene - weiter entfernt als die Jahre zuvor. Das zu ändern, wird neue Anläufe brauchen." Diese „neuen Anläufe" werden aber zum Scheitern verurteilt sein, wenn nicht allen, „die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann", bewußt wird, daß es ihres Einsatzes, ihrer Ideen und ihres Mutes bedarf, um zum Erfolg zu kommen, daß ihnen die Konsequenzen ihres Denkens niemand abnehmen kann, daß eine Guerilla weder Feuerwehr für Kämpfe sein kann, die aus sich heraus keinen militanten Widerstand hervorbringen, noch allein in der Lage ist, Perspektiven und Strategien für eine revolutionäre Praxis zu entwikkeln. Die soziale Gegenmacht von unten ist ein Vorschlag. Es gilt, ihn mit Leben zu erfüllen oder über konstruktive Kritik eine Alternative zu entwickeln.

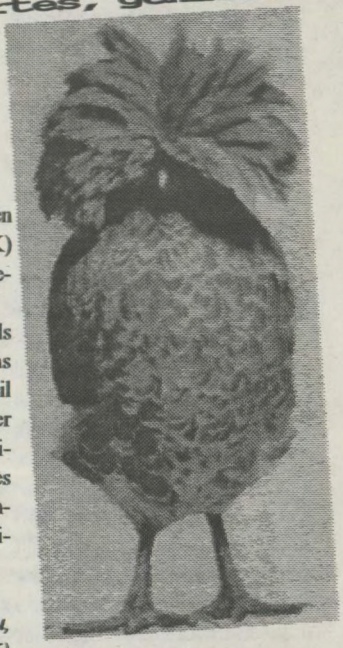
mehr fragen als antworten ... - das Buch

Es ist in der BRD keine Selbstverständlichkeit ,Texte der RAF zu veröffentlichen. Die Auseinandersetzung des Staates mit der RAF beinhaltete auch immer schon die Behinderung der Diskussion mit der/über die Guerilla. Der eigens dafür geschaffene §129a des StGB, der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung genauso unter Strafe stellt, wie die Werbung für eine solche, wird dabei nicht zimperlich eingesetzt.
Insofern hat die Edition ID-Archiv Mut bewiesen. Allerdings wäre eine etwas genauere herausgeberische Arbeit sicher möglich gewesen. Zuoft wird in den Briefen und Erklärungen bezug auf nicht im Buch enthaltene Schriften genommen, ohne daß die Möglichkeit genutzt würde, durch Anmerkungen Klarheit zu schaffen. Auch die nicht immer chronologische Reihenfolge stellt beim Verständnis mitunter ein Hindernis dar.
Auch die im Anhang zusammengestellten historischen Daten sind etwas knapp ausgefallen. Sie blenden den mit der RAF zusammenhängenden Widerstand völlig aus, was um so verwunderlicher ist, als Gefangene aus diesem Widerstand im Buch zu Wort kommen und die damit verbundenen Erfahrungen eine nicht allzu kleine Rolle in der Diskussion spielen.
Trotzdem ist diese Textsammlung ein wichtiger Beitrag zur Diskussion des bewaffneten Kampfes und der Geschichte der RAF in der BRD, auch wenn beim Lesen immer wieder das Gefühl entsteht, das wesentliche Eckpunkte der Diskussion hinter den Zeilen liegen.

[1] alle Zitate aus ID-Archiv im HSG/ Amsterdam (Hrsg.), „wir haben mehr fragen als antworten ...", Berlin-Amsterdam, 1995
[2] **Holger Meins** war Gefangener aus der RAF, der 1973 während eines Hungerstreiks bei der Zwangsernährung getötet wurde.
[3] Die KGT ist ein Zusammenschluß von Geheimdienst- und Ermittlungsbehörden mit der Bundesanwaltschaft und der Politik zur Bekämpfung des politisch motivierten Terrorismus. Ihre Existenz steht im klaren Gegensatz zum verfassungsrechtlichen Grundsatz der Trennung von Polizei und Geheimdienst.

news

zusammengesuchtes, abgehörtes, geklautes



Bei Protesten von Kurden mehr als 400 Festnahmen

KÖLN, 5. Juni (afp). Nach gewalttätigen Ausschreitungen bei einer Demonstration von Kurden hat die Polizei am Wochenende in Köln 403 Demonstranten vorläufig festgenommen. Bei den Auseinandersetzungen wurden nach Polizeiangaben zwölf Beamte und 15 Kundgebungsteilnehmer leicht verletzt. Alle Festgenommenen wurden im Verlauf des Wochenendes wieder auf freien Fuß gesetzt. An der nicht angemeldeten Demonstration vor dem Gebäude eines kurdischen Verlages, den die Polizei am Donnerstag wegen Verbreitung von Propagandamaterial der verbotenen Kurdischen Arbeiter-partei (PKK) geschlossen hatte, nahmen mindestens 450 Menschen teil.

Die Ausschreitungen begannen, als etwa 150 Personen versuchten, das Verlagsgebäude im Kölner Stadtteil Ehrenfeld zu besetzen. Die Bonner „Informationsstelle Kurdistan" kritisierte die Schließung des Verlages als mittelalterlich anmutende Zensurmaßnahme' und warf der Polizei brutales Verhalten vor.

(Aus: Frankfurter Rundschau, 06.06.1995)

Die Legitimation der PKK im Völkerrecht

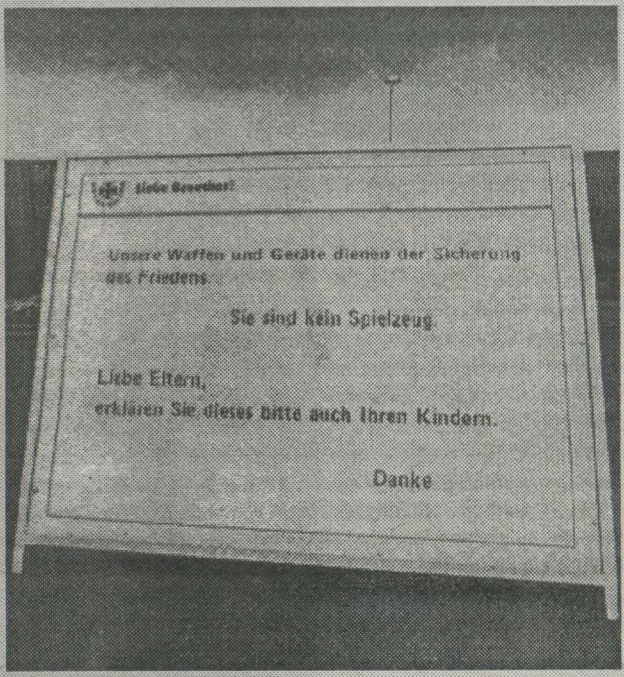
Am 26.11.93 wurde in Deutschland vom Innenministerium die PKK und ihre „Teil- und Nebenorganisationen" wie die Nationale Befreiungsorganisation ERNK, sowie andere Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan verboten. Im Zuge des Verbots der FEYKA wurden 30 kurdische Kulturvereine in verschiedenen deutschen Städten illegalisiert. Das Innenministerium geht davon aus, daß die genannten Organisationen sich mit den Zielen der PKK identifizieren, und leitet die Verbotsbegründung dahingehend ab. Es werde „gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen" und „das friedliche Zusammenleben von Türken und Kurden gestört".

Ein von mehreren deutschen Anwälten bei dem Hamburger Völkerrechtler Norman Paech angefordertes Gutachten sollte Klärung darüber verschaffen, inwieweit die PKK als von der kurdischen Bevölkerung legitimierte Befreiungsorganisation völkerrechtlich überhaupt verboten werden darf. Paech kommt zu dem Schluß, daß die Begründung der Bundesregierung für das Verbot jedes grundlegenden Verständnis´ des Völkerrechtes entbehrt. „Nach allem muß dem Bundesminister des Innern eine vollkommene Unkenntnis bzw. Nichtberücksichtigung des Rechts auf Selbstbestimmung vorgeworfen werden, welches ein zwingendes Prinzip des Völkerrechts ist (ius cogens). Trägt man diesem Prinzip jedoch Rechnung, so ist es nicht der kurdische Widerstand, sondern die türkische Regierung und das türkische Militär, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen und das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken stören.".

Waffenmesse fällt aus!

Wie am 13.6. bekannt wurde, hat der Pächter der Stadthalle Bad Godesberg, Thomas Weiermann, den Vertrag mit der im letzten Klaro erwähnten Waffenmesse COPEX gekündigt.

Nicht zuletzt die neofaschistischen Vergangenheit des mittlerweile entlassenen COPEX-Organisators Karl-Heinz Dissberger ist der Grund, daß die Messe in der Öffentlichkeit zunehmend in Legitimationsschwierigkeiten geriet. Erst nach langen Protesten und einigen eingeworfenen Scheiben der Stadthalle, war es dem Pächter möglich, die Messe abzusagen. Wenn eingeworfene Scheiben auch keine Argumente sind, so waren sie hier doch mal wieder recht wirksam. In einer Presseerklärung der Antifa Bonn/Rhein-Sieg heißt es: "...Die Antifa Bonn/Rhein-Sieg hält es für makaber, wenn etwa Editha Limbach (CDU-Stadtratsmitglied) oder der Pächter Thomas Weiermann sich nun über eingeworfene Scheiben echauffieren. Mit der Förderung einer Messe, die für Überwachungsgerät, Folterwerkzeuge und Gewaltexporte in die sogenannte Dritte Welt wirbt, hatten sie indes keine Probleme. Gewalttätig sind nicht diejenigen, die mit ihrer nächtlichen Aktion dazu beigetragen haben, die COPEX zu verhindern, sondern diejenigen, die ihr Geschäft mit Gewalt, Folter und Tod machen..."

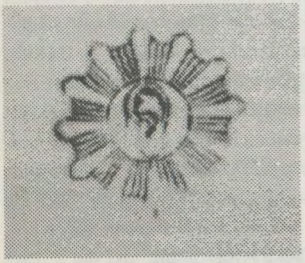


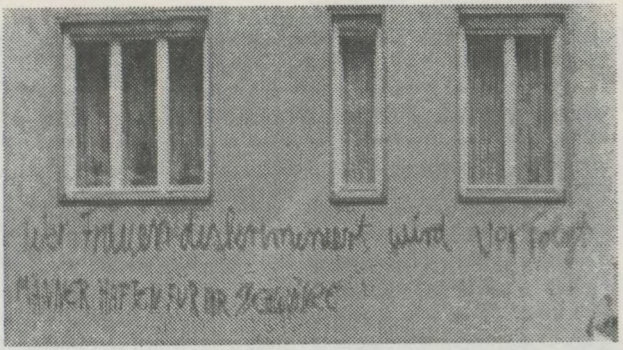
Anklage gegen Autonome Antifa zusammengebrochen

Göttingen. Die §129a-Anklage der Generalstaatsanwaltschaft Celle gegen 17 angebliche Mitglieder der Göttinger Autonomen Antifa (M) ist praktisch zusammengebrochen. Das niedersächsische Innenministerium erklärte jetzt auf Anfrage des Celler OLG, die Demonstrationsankündigungen der Autonomen Antifa (M) seien von der örtlichen Polizei in ihre jeweilige Lagebeurteilungen und die Entwicklung der sog. „Deeskalationsstrategie" einbezogen worden. Im Mittelpunkt der Anklage stehen nun aber zwölf antifaschistische Demonstrationen in Göttingen. Die Gruppe, so der Vorwurf, sei deshalb eine „kriminelle Vereinigung", weil sie sich bei den Demonstrationen kollektiv vermummt und die Polizei genötigt habe. Tatsächlich hatte sie ihr jeweiliges Demo-Konzept vorab auf Flugblättern bekanntgemacht und stets auch im Briefkasten des Göttinger Ordnungsamtes hinterlegt. Dies, so das Innenministerium, sei von der Polizei als Quasi-Anmeldung betrachtet worden. - Ende Mai bereits hatte das OLG eine §129a- Anklage gegen den Geschäftsführer des Buchladens „Rote Straße" nicht zugelassen, so daß die Generalstaatsanwaltschaft in ihrer Verfolgungswut immer mehr in Nöte kommt.-(nach: Junge Welt, 13.6.)

„BRD-RAF“ wieder erhältlich

Die 10 Monate lang beschlagnahmte Broschüre BRD-RAF ist wieder frei. Das OLG Düsseldorf hatte festgestellt, daß die Broschüre nicht im Sinne des §129a wirbt, und die Aufhebung der Beschlagnahme verfügt. Das ließ jedoch die Bundesanwaltschaft nicht ruhen. Sie legte Beschwerde gegen die Aufhebung der Beschlagnahme ein; jetzt hat sie ihre Beschwerde zurückgezogen. Das objektive Verfahren vor dem Bundesgerichtshof ist damit allerdings noch nicht beendet.



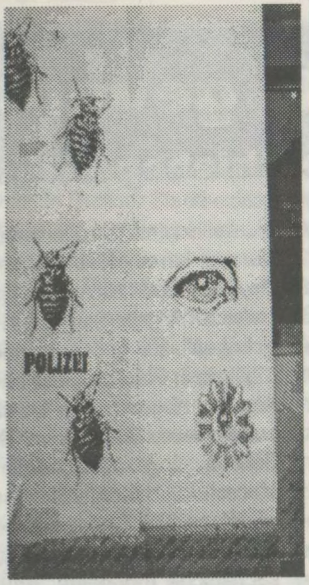


Wer Männer vergewaltigt ist schlimmer noch

Wie der BBC World Service berichtete, ist in London zum ersten Mal in der britischen Rechtsgeschichte ein Mann wegen der (versuchten) Vergewaltigung eines anderen Mannes verurteilt worden. Der Angeklagte, der laut BBC bereits wegen Vergewaltigung (von Frauen) vorbestraft war, wurde wegen der versuchten Vergewaltigung eines 18jährigen Mannes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.
Die Sprecherin einer britischen Iniative zur Unterstützung vergewaltigter Frauen drückte in einem im selben Zusammenhang gesendeten Interview zwar ihre Zustimmung zur grundsätzlichen Gleichstellung aus, bezeichnete jedoch das außergewöhnlich hohe Strafmaß als ein weiteres Beispiel für die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen. Bei der Vergewaltigung einer Frau seien Strafen zwischen zwei und vier Jahren die Regel.

In Wurzen brennt die Luft

Nach zwei problemlosen Flugblattverteilungsaktionen junger AntifaschistInnen in Wurzen kam es am 10.6. zu einer Auseinandersetzung mit Wurzener Nazis in der Nähe der Baracke, die von den Faschos als Treffpunkt genutzt wird. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde der Wurzener Fascho Patrick Findeisen verletzt. Am gleichen Tag wird an einer Wurzener Tankstelle ein ein junger Leipziger von ca. 20 Faschos zusammengeschlagen. Er trägt schwere Verletzungen im Gesicht davon. Ein Pulk Faschos (8 Autos) bewacht an diesem Tag das Grundstück von markus "Boxer" Müller, dem Kontakte zur Bielefelder NF nachgesagt werden.
In der folgenden Woche statten einige der Rechtsextremisten der Wurzener Berufsschule einen Besuch ab, wo sie aber mit einem Satz heißer Ohren empfangen werden, was sie schließlich zwingt, sich in einem Klassenraum zu verbarrikadieren.
Nachdem am Donnerstag, den 15.6. ein Pulk mit Baseballschlägern bewaffneter Neonazis die Wurzener Straßen unsicher machte, verteilen die Faschos am Freitag eigene Flugblätter mit der Aussage, sie seien ja wohl hier die Guten, und die Linken hauen sie immer auf die Schnauze, und sie brauchen nun endlich mal einen Jugendclub. Allerdings werden die Faschos von einigen beherzten Wurzner Jugendlichen daran gehindert, an diesem Tag noch eine zweite Ladung der Handzettel unter die Leute zu bringen. Am darauffolgenden Samstag (17.6.) wurde die Baracke das Ziel von etlichen Steinwürfen. Diesmal faßt sich ein Polizist ein Herz und droht zu schießen. Wo war der nur immer, wenn in Wurzen Portugiesen, Italiener oder Punks angegriffen wurden?



Grafitti-Prozeß in Leipzig

Gegen drei junge Männer, denen vorgeworfen wird, im Frühjahr des letzten Jahres in der Innenstadt Wanzen, Augen und Ohren - versehen mit dem Signum "Polizei" - gesprüht zu haben, wird der Prozeß am 4.7. um 13 Uhr am Amtsgericht Angerstraße eröffnet. Weil in der Nacht Unmengen an solchen Sprühereien auftauchten, und alle Versuche der Staatsanwaltschaft, einzelne Sprühereien einzelnen Leuten zuzuordnen fehlschlugen, soll hier über die Konstruktion eines "gemeinschaftlichen Tathergangs" eine Kollektivschuld konstruiert werden. Warum passiert es nicht, wenn Faschos in Eberswalde gemeinschaftlich unter den Augen der Bullen einen Menschen erschlagen, daß ein gemeinschaftlicher Tathergang alle Beteiligten hinter Gitter bringt?

Wochenendparty von Faschos aufgemischt

Am 26.Mai, dem Samstag nach dem üblichen Männertagsprollgelage, haben ca. 25 Faschos eine Geburtstagsparty am Kanal gewaltsam beendet. Schon an den Vortagen wurden Gäste der meherere Tage dauernden Fete mit Steinen beworfen und beschimpft. Am Samstagabend überfielen die Faschos die noch anwesenden ca. 10 Leute. Einige, unter ihnen ein 7jähriges Kind, konnten entkommen. Die anderen wurden mit Tritten, Faustschlägen und Holzknüppeln traktiert. Es kam zu schweren Verletzungen, einem Mann mußte im Krankenhaus die Milz entfernt werden.

Zwei Leute, die sich zur nächstliegenden Bullenwache flüchten konnten, und dort auf Hilfe hofften, hofften vergeblich. Erstens, so die Bullen, wären die zwei ja gar nicht die Geschädigten, was eine Anzeige unmöglich mache, und zweitens wäre das ja auch gar nicht ihr Revier. Die beiden sollten es doch mal in Schkeuditz probieren.

Inzwischen gab es die ersten Vorladungen zum Dezernat Staatsschutz in diesem Zusammenhang. Doch nicht etwa Faschos waren vorgeladen, sondern die Partygäste. Sie sollten auch nicht erzählen, wie denn das mit dem Überfall war, sondern mehr darüber, wer denn die Fete organisiert hat, wieviele Leute da waren, welche Leute und so weiter.

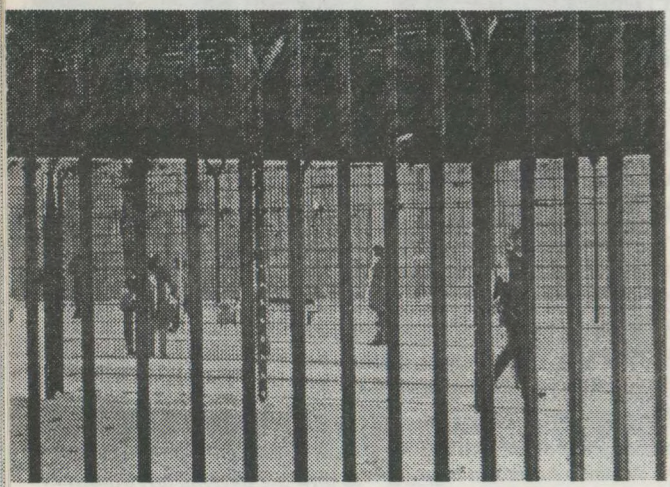
Aktive Mitwirkungspflicht bestätigt

Daß im Falle einer Verhaftung eine aktive Mitwirkungspflicht besteht, hat ein junger Leipziger am 20.6. am Leipziger Amtsgericht lernen müssen. Er war im Rahmen einer Wehrdienstverweigerungs-Aktion verhaftet worden, und hatte sich "gegen den Bahnsteig und gegen die Tür des Bahnhofsreviers gestemmt". Außerdem hatte er sich geweigert, seine Personalien aufnehmen zu lassen, da er sich nichts vorzuwerfen hatte. Im Rahmen der Verhandlung wurde nochmal klargestellt, daß er eigentlich nichts Verwerfliches getan hatte, aber dennoch den Anweisungen der Beamten hätte Folge leisten müssen. Deshalb wurde ihm eine richterliche Ermahnung ausgesprochen (er darf 200,-DM an den "Ohne Ketten leben e.V." spenden). Besonders strafverschärfend kam hinzu, daß gegen ihn schon einmal ein Verfahren wegen Diebstahls eingestellt worden war, und er wohl die erzieherische Wirkung dieser Sache damals außer acht gelassen hatte. Inwieweit eingestellte Verfahren überhaupt zur Urteilsbegründung herangezogen werden dürfen bleibt uns unklar.

Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt

Eine Chronik deutscher Abschiebepolitik

24.4.95
300 VietnamesInnen demonstrieren in Chemnitz gegen ihre Kriminalisierung. Grund für den Protest ist eine Razzia der Polizei vom 7.4.95, bei der 44 Menschen festgenommen wurden,gegen sie erging Haftbefehl. Eine 38jährige Frau wurde während der Razzia von einem Polizeibeamten angeschossen und lebensgefährlich verletzt und ein anderer Polizist, stahl einem Gemüsehändler 5.000 DM, als dieser kurzzeitig festgenommen war.



16.5.95
Der Anfang April in einem AsylbewerberInnen- und Flüchtlingswohnheim in Köln durchgeführte Zwangsbluttest blieb bis heute ergebnislos, die Mutter des Jungen konnte nicht gefunden werden.
Der Ermittlungsrichter vom Bundesgerichtshof Kahrlsruhe erläßt einen Haftbefehl gegen Aziz Y. der laut Bundesanwaltschaft am 14.5.95 „bei einer konspirativen Gebietsversammlung der PKK" in Mainz vorläufig festgenommen wurde. Er soll mitverantwortlich für die Beschädigung von 14 türkischen Einrichtungen am 24.6.93 sein. An diesem Tag wurden 80 türkische Einrichtungen, meist Banken und Reisegesellschaften, angegriffen und zum Teil verwüstet.
Das Oberlandesgericht Frankfurt entscheidet „daß der einzig zulässige Grund für Abschiebehaft die Sicherung der Abschiebung ist, sie darf nicht mit dem Ziel verbunden werden eineN abgelehnteN AsylbewerberIn zur Änderung ihrer/seiner Angaben zur Person zu drängen". Es geht um einen 17jährigen Flüchtling der nach Algerien abgeschoben werden soll und dessen Angaben von den Behörden angezweifelt werden.
Menschenrechtsorganisationen wie ai und Pax Christi erheben schwere Vorwürfe gegen das sächsische Innenministerium und die ihm untergeordneten Behörden. In Sachsen wird systematisch das Recht auf Menschenwürde, Freiheit, körperliche Unversehrtheit, Asyl und Anhörung verletzt. So entscheiden im Freistaat die Bediensteten immer wieder nach ihrem eigenen Willen über das Schicksal von Flüchtlingen. Besonders problematisch wird es wenn Familien abgewiesen werden, dann kommen die Eltern in Abschiebe- od. U-Haft und die Kinder in irgendwelche Heime.In Sachsen gibt es 40 Heime in denen ca 7000 Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, meist aus dem ehemaligen Jugoslawien,leben.

18.5.95
Eine Gruppe kurdischer Flüchtlinge brechen in der ZASt Braunschweig ihren Hungerstreik nach einer Woche ab. Die Braunschweiger Bezirksregierung si-

chert ihnen zu eine ihrer Hauptforderungen zu erfüllen und sie in den nächsten sechs bis acht Wochen auf Wohnheime in anderen Orten zu verteilen.
Über 2.000 Menschen ziehen durch die Berliner Stadtbezirke Schöneberg und Tiergarten zum Tagungsort der Innenminister um gegen die Abschiebung von Flüchtlingen zu demonstrieren. Nach der Abschlußkundgebung machen mehrere Hundertschaften Jagd auf TrägerInnen von kleinen PKK-Fähnchen und angeblichen Vermummte. Bereits im Vorfeld der Demonstration wurde das Fronttransparent beschlagnahmt und 27 Menschen festgenommen.
Pro Asyl und die Gesellschaft für bedrohte Völker rufen die Innenminister dazu auf einen Abschiebestopp für in ihrer Heimat bedrohte Flüchtlingsgruppen zu erlassen.

19.5.95
Innenminister von Bund und Ländern einigen sich darauf das der Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge aus der Türkei am 12.6.95 auslaufen soll. Danach sind die Länder zur Abschiebung verpflichtet. Weiterhin wollen sie die Bundesregierung darin unterstützen, die „illegale" Zuwanderung aus dem Kosovo und aus der Türkei über Italien zu unterbinden. Sie kritisieren das Italien noch keine Visumspflicht für Serben und Montenegriner eingeführt hat (gemäß Schengener EU-Abkommen) und seine Grenzen nicht wirkungsvoll kontrolliert. Außerdem verwahren sie sich gegen die Vorwürfe von ai, das bei der deutschen Polizei Ausländerfeindlichkeit herrscht. Die Innenministerkonferenz sagt der „rückhaltlosen Aufklärung" aller Einzelfall- Vorwürfen zu, aber sie dürfen nicht verallgemeinert werden, weil so die BRD „auf eine Stufe gestellt wird, in denen die Folter angewendet wird". (brandenburgischer Innenminister Alwin Ziel, SPD)
Der bayerische Flüchtlingsrat kritisiert erneut die menschenunwürdige Behandlung von AsylbewerberInnen in der Abschiebehaft.Die Politiker und die Institutionen die die Gesetze vollziehen sind anzuklagen, denn sie tragen die Verantwortung für die „zahlreichen Verzweiflungstaten, Revolten und Selbstmorde".

21.5.95
In Burg/Sachsen-Anhalt werden auf einem Kasernengelände nahe der „zentralen Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber" die Leichen von zwei erschossenen Vietnamesen gefunden. Den ermittelnden Behörden reicht die Staatsangehörigkeit der beiden Toten aus um Spekulationen über das Tatmotiv anzustellen. „das sind Vietnamesen" ,äußert Oberstaatsanwalt Freise „um den ersten Verdacht das es sich um Streitigkeiten zwischen Zigarettenhändlern handelt" zu begründen. Politische Hintergründe will Freise lediglich „nicht ausschließen".

22.5.95
Solidaritätskundgebung vor dem Gefängnis in Berlin-Moabit für den dort seit Ende Januar inhaftierten Benjamin Ramos Vega. Nach ihm fahnden die spanischen Behörden wegen Unterstützung der ETA und wegen Sprengstoffbesitzes. Er sitzt dort in Isolationshaft und hat inzwischen Asylantrag gestellt, der allerdings keine aufschiebende Wirkung hat.
In der bayerischen Landeshauptstadt müssen Flüchtlinge in Heimen leben, die durch das Pestizid Lindan hochgradig verseucht sind. Es wurde letzten Herbst auf drängen der Regierung von Oberbayern in den staatlichen AsylbewerberInnenunterkünften versprüht. Danach mußten sich auch Kleinkinder und stillende Mütter darin aufhalten. Lindan wirkt Leberschädigend, Blutbildverändernd und hat Störungen im Immunsystem zur Folge.
Die 25jährige Kurdin Havva Koc wird 23.55 Uhr von Berlin-Schönefeld nach Istanbul abgeschoben, wo sie sofort festgenommen und verschleppt wird. Der Einsatzleiter des BGS, Pistor wollte ihr Asylgesuch nicht an die Außenstelle des zuständigen Bundesamtes weiterleiten und bestand auf sofortiger Abschiebung.

23.5.95
Das Landgericht Frankfurt verurteilt einen ehemaligen Sachbearbeiter eines Aufnahmelagers für AsylberwerberInnen wegen Bestechlichkeit und Vorteilsnahme zu zwei Jahren Haft auf Bewährung. Er wurde für schuldig befunden seit 1989 wiederholt besonders „pflegeleichte" Asyl-

bewerberInnen gegen Geld vermittelt zu haben.
Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz in Mainz entscheidet das einE AsylberechtigteR keinen Anspruch auf Förderung einer Umschulung hat, wenn er/sie in seinem/ihren Herkunftland schon eine Ausbildung absolviert hat.
Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU Erwin Marschewski kündigt an das sich der Innenausschuß mit den Vorwürfen von ai gegenüber der Polizei beschäftigen wird und wieß diese erneut zurück."Es gehört zur Aufgabe der Polizei, gegen vietnamesische Zigarettenschmugler, albanische Diebesbanden, afrikanische Drogendealer usw. einzuschreiten wie gegen die russische Mafia u.a.".

25.5.95
Die Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden, fordern in Bonn die Gleichbehandlung der DDR-VertragsarbeiterInnen aus Vietnam, Angola und Mosambik mit den ArbeitsmigrantInnen aus der „Alt-BRD".

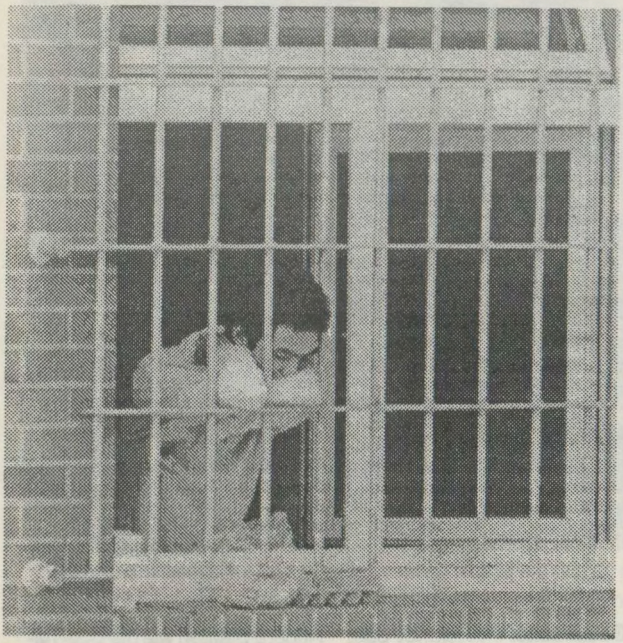
27.5.95
Ein 32jähriger Flüchtling der in Abschiebehaft in der Justizvollzugsanstalt Leipzig in der Alfred-Kästnerstraße sitzt, kletterte an einem Blitzableiter auf das Dach dieses Gefängnisses. „Wir gehen davon aus, daß der Mann die Flucht ergreifen wollte und mit Selbstmord drohte,als er sich in einer aussichtslosen Situation befand" mutmaßte Rolf Jacob, Leiter der Justizvollzugsanstalt. Er wurde dann von der Feuerwehr heruntergeholt. Der Mann soll in den Irak abgeschoben werden.

29.5.95
Mitarbeiter der SPD-geführten Senatsverwaltung für Jugend und Familie nehmen jugendliche AsylbewerberInnen"in Augenschein" und schätzen ihr Alter, damit löst es vorerst die bis jetzt angewendete Röntgenuntersuchung des Handwurzelknochens, zur Altersfeststellung ab. Diese gesundheitsgefährdenden und rechtswidrigen Untersuchungen wurden nach Protesten von Flüchtlingsinitiativen und der Vorlage eines juristischen Gutachtens von Pro Asyl eingestellt. Die Schätzungen des Alters haben den Grund, daß Kinder unter 16 Jahren „asylunmündig" sind und sie einen Vormund bekommen müssen der ihr Asylverfahren betreibt, sind sie aber 16 Jahre gelten sie asylrechtlich als erwachsen und können in Sammellagern untergebracht, als auch in andere Bundesländer verschickt werden. Gegen diese amtliche „fiktive Altersfeststellung" können sich die Betroffenen nur wehren wenn sie weitere „geeignete" Dokumente mit Angabe ihres Geburtstermins vorweisen können, die Geburtsurkunde allein reicht dem Senat nicht. Sie „können" auch einer Untersuchung mit Röntgenstrahlen zustimmen. Auch am Flughafen Frankfurt/Main wird das Alter von jugendliche Flüchtlingen vom BGS geschätzt. Außerdem dient die Altersfestsetzung noch dem Zweck der Feststellung der Strafmündigkeit. In einem Beschluß des Verwaltungsgerichtes Frankfurt heißt es, eine Altersschätzung der Flüchtlinge ist nicht geeignet ihr Alter zu bestimmen.

30.5.95
Die Betreibergesellschaft von Wohnheimen für VietnamesInnen (ARWOBAU) spricht sich gegen die Auflösung der Heime aus, in der Begründung durch den Geschäftsführer Wolfgang Huber heißt es, die Wohnanlagen wie in der Gehrenstraße in Hohenschönhausen bieten eine maximale Sicherheit. Diese Sicherheit will sie durch einen privaten Wachschutz gewährleisten.
Ein Göttinger Friedensbündnis veranstaltet eine Diskussion mit Parteien-Vertretern zu der Frage: Welche rechtlichen und politischen Möglichkeiten hat eine Kommune, Abschiebungen von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten zu verhindern? Hintergrund war das Vorhaben von örtlicher SPD, Grünen und Linker Liste einen entsprechenden Antrag in den Stadtrat einzubringen. Göttingen wäre damit bundesweit die erste Kommune die eine Art Abschiebestopp für eine Gruppe von Flüchtlingen verhängt.
Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktionen Erwin Marschewski spricht sich für eine umfassende Reform des BGS aus. Der Veränderungsbedarf ergibt sich vorallem aus dem Schengener Abkommen, der sich

seinen Mitgefangenen aus Polen, Mazedonien, Türkisch-Kurdistan, Nigeria und Togo, zum Fernseher und zum Warten auf den Knastfraß und den Abend.
Nicht alle Gefangenen kommen aus Rumänien und haben auf dem Bau gearbeitet. Auf manche wartet »zu Hause« wieder der Knast oder Schlimmeres. Manche sitzen hier nicht nur zwei Wochen, sondern etliche Monate. Aber dies ist der Kern: Der Staat teilt die ArbeiterInnen per Gesetz in verschiedene Kategorien ein und erklärt einige davon für »illegal«. Wenn ArbeiterInnen, die gerade in eine »illegale« Kategorie fallen, bei ihrem »illegalen« Leben Pech haben, landen sie im Abschiebeknast und werden in die für sie vorgesehene Ecke dieses Planeten abgeschoben. Und ArbeiterInnen aus »legalen« Kategorien tun sich zu antirassistischen Gruppen zusammen und »betreuen« diejenigen, die Pech hatten.

Der verstärkte Bau von Abschiebeknästen wurde 1993 zusammen mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts beschlossen. Seitdem sind eine Reihe von solchen Sonderknästen errichtet worden: der größte im nordrhein-westfälischen Büren. 1994 wurden 53.000 Menschen aus der BRD abgeschoben. Aber wozu dienen Abschiebeknäste? Geht es wirklich darum, die Gesellschaft »ethnisch zu säubern« und alle »Ausländer« rauszuschmeißen? Die Leute, die hier eingesperrt und dann abgeschoben werden, wollten alle vorübergehend oder langfristig nach Deutschland einwandern. Aber bei der Einwanderung spielt der Staat den Zuhälter und will bestimmen, wie viele Leute kommen, woher sie kommen, welches Geschlecht, welches Alter und welche Ausbildung sie haben und vor allem: unter welchen Bedingungen und mit welchen Rechten sie hier leben.



Gehen wir ein Stück zurück: Ein Einwanderungsland war Deutschland schon immer: Seit der sogenannten industriellen Revolution kamen die vom Land vertriebenen Habenichtse in die Städte, um in den Fabriken ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zuerst kamen sie aus dem direkten Umland, aber mit zunehmender »Entwicklung«, wie sich das nennt, von immer weiter her. Schon vor über 100 Jahren wurde z.B. der Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg zum großen Teil von polnischen Bauarbeitern erbaut.
Ausländische Arbeitsimmigranten waren Staat und Arbeitgebern aus zwei Gründen schon immer sehr willkommen: Erstens muß der Importeurs-Staat weder für ihre Ausbildung noch für ihre Altersversorgung bezahlen, denn sie kommen schon als fertige Arbeitskräfte an, und wenn sie verbraucht sind, verschwinden sie wieder.
Zweitens kennen sie sich hier nicht aus, sprechen die Sprache nicht oder nur schlecht, haben keine Kontakte und lassen sich als fremdartig und minderwertig darstellen, so daß man sie leicht als billige und diskriminierte Kon-

kurrenz zu den schon ansässigen Arbeitskräften einsetzen kann. Da die Zuwanderer aber meistens ziemlich schnell mitkriegen, wie hier der Hase läuft, und ihre mitgebrachten Kampferfahrungen einfließen lassen, versucht man sie ständig durch Neue auszutauschen (»Rotation«).

Anfang der 60er Jahre (nachdem der Mauerbau den Arbeiterzustrom aus der DDR abschnitt) machte die Bundesanstalt für Arbeit in Rom, Athen, Lissabon und anderswo Musterungsbüros auf, wo »Gastarbeiter« mit befristeteten Verträgen in die BRD angeworden wurden. Die Arbeiter wollten sich aber nicht einfach wieder wegschicken lassen und bis dahin in irgendwelchen Baracken hausen - sie wollten nicht weniger als die anderen Kollegen neben ihnen am Band. Da chronischer Arbeitermangel herrschte und die Unternehmer auch Probleme hatten, ständig neue Arbeiter anzulernen, wurden die Befristungen verlängert oder aufgehoben. Trotzdem dachten die »Gastarbeiter« nicht daran, ihren Chefs aus Dankbarkeit für die Maloche die Füße zu küssen, im Gegenteil: Bei der Welle von wilden Streiks und Unruhen, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in der BRD wie in vielen anderen Ländern durch die Betriebe fegte, standen sie in der allerersten Reihe. Im Rahmen der weltweiten großen »Krise« gegen die Arbeitermacht wurde neben vielem anderem 1974 in der BRD auch ein »Anwerbestop« ausgerufen. Die meisten »Gastarbeiter« blieben daraufhin erst recht hier (denn wenn sie weggegangen wären, hätten sie erstmal nicht mehr zurückkommen können) und holten ihre Familien hinterher.

Der Bedarf an frischen ArbeiterInnen bestand allerdings weiter, und die Einwanderung ging auch weiter. Die EinwandererInnen wurden aber gezwungen, andere Wege zu nehmen: Wer nicht »deutschstämmig«, mit einem »Gastarbeiter« verwandt oder reich war, hatte nur eine Möglichkeit, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu bekommen: er oder sie mußte politisches Asyl beantragen. Zwar werden die Leute auf der ganzen Welt eingesperrt, gefoltert oder ermordet, wenn sie sich gegen die Ausbeutung wehren, aber nicht jedem Einwanderer war das schon persönlich passiert. Nun schloß der Staat die Zwickmühle und versorgte die Medien (von der Bild-Zeitung bis zum Spiegel) mit Dauermunition für regelmäßig wiederkehrende Hetzkampagnen, in denen die einwandernden ArbeiterInnen als »Wirtschaftsasylanten«, Schmarotzer und Kriminelle beschimpft wurden.

Immer mehr Firmen bedienen sich auf dem "Arbeiterstrich"

Andere Staaten wie die USA haben in den letzten 20 Jahren etwas Neues ausprobiert: Statt die Einwanderer sorgfältig auszuwählen und mit allen möglichen Vorschriften zu überziehen, erklärt man die Grenzen einfach für geschlossen. Das heißt natürlich nicht, daß niemand mehr ins

Land kommt, denn die Gründe, warum die Leute von da, wo sie sind, weggehen wollen (oder müssen), bestehen ja weiter, und das US-Kapital sucht nach wie vor billige Arbeitskräfte. Aber es ist nicht einfach, über die Grenze zu kommen. Und es ist nicht einfach, das tägliche Leben zu organisieren, wenn man überhaupt keine Rechte hat. Diese harten Bedingungen erzielen mit weitaus weniger Aufwand denselben Zweck wie eine »Rotationsregelung«: Es kommen nur Menschen im besten arbeitsfähigen Alter. Sie nehmen jeden Scheißjob an, sie arbeiten für Niedriglöhne und verdrängen die teureren einheimischen ArbeiterInnen. Und sie wehren sich nicht, weil sie in ständiger Angst leben, entdeckt zu werden.

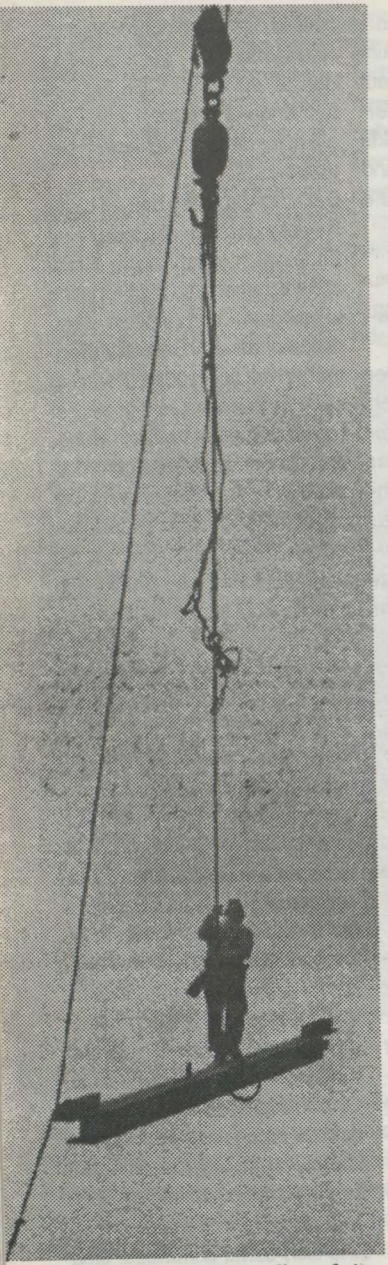
Oder eben doch: Auch EinwandererInnen ohne Papiere organisieren sich und führen erfolgreiche Arbeitskämpfe. Da Schulen und Krankenhäuser bisher keine Pässe von ihren SchülerInnen und PatientInnen sehen wollten, konnte man auch versuchen, in der Illegalität eine »richtige« Einwanderung mit Familienleben und allem Drum und Dran zu organisieren. Man lebte sich ein und »normalisierte« sich - und von Zeit zu Zeit zog der Staat einen Schlußstrich und legalisierte alle, die so und so viele Jahre Aufenthalt in den USA nachweisen konnten. Zur Zeit werden in Washington und in vielen Bundesstaaten neue Gesetze eingeführt, die mit Verboten und Kontrollen all das unmöglich machen sollen. Die Richtung der Politik bleibt die gleiche wie bisher, aber die Illegalisierung wird forciert, um die Arbeiterklasse als ganze auf Trab zu bringen und alle »Verkrustungen« des Arbeitsmarkts (sprich halbwegs verläßliche und erträgliche Zustände für die ArbeiterInnen) zu bekämpfen.

Auch Deutschland unternimmt neue Einwanderungsexperimente.

So brutal die Asylpolitik der 80er Jahre war: Immerhin ist es vielen Leuten gelungen, hier herzukommen und im Laufe von ein paar Jahren Anschluß an den durchschnittlichen Lebensstandard zu finden. Seit 1989 wird alles anders, auch in der Ex-BRD. Plötzlich standen den OsteuropäerInnen die Grenzen nach Westeuropa im Prinzip offen, und viele versuchten ihr Glück in der BRD: als »Übersiedler« aus der DDR, als »deutschstämmige Aussiedler« und als Asylbewerber. Im Staatsapparat setzte sich der Gedanke durch, dieses Potential einerseits verstärkt gegen die »Verkrustungen« des Arbeitsmarkts zu nutzen und andererseits zu verhindern, daß die Leute selbst »verkrusten« und hier ein Bein auf den Boden kriegen. Seit 1990 sind nun von der Grundgesetzänderung bis hinunter zur Ausführungsverordnung eine Reihe von neuen Regelungen erlassen worden, die ein reich aufgefächertes Arsenal von verschiedenen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Ausnahmen, Fristen, Zuständigkeiten, Querverweisen, Tatbeständen und Strafmöglichkeiten schaffen, bzw. ein Gestrüpp von rechtlichen Situationen, das für alle außer den ausführenden Bürokraten fast undurchdringlich wirkt, vor allem für die unterschiedlich Betroffenen.

Der Witz dabei ist, daß all diese Regelungen eigentlich nur eine fürchterlich komplizierte Grauzone schaffen, die zum Einstieg in »illegale« Verhältnisse dient, die den »grauen« Bereich zahlenmäßig weit übertreffen. Natürlich steht in keinem Gesetz und in keiner offiziellen Verlautbarung, daß die Schwarzarbeit gefördert werden soll. Natürlich wird die »illegale Beschäftigung« laut verurteilt, und noch der letzte Schreibtischmörder drückt sich eine Krokodilsträne für die »ausgebeuteten« Schwarzarbeiter ab. Aber Fakt ist: Der Staat betreibt ein Programm der *kontrollierten Illegalisierung.*

In gewisser Weise gibt es zwei Grauzonen. Zum einen ist das alte Rotationsmodell wieder aufgelegt worden: Seit dem 1.1.91 gilt die Anwerbestoppausnahmeverordnung und erlaubt befristete Arbeitsaufenthalte in der BRD. Der größte Teil davon wird über Abkommen mit anderen Staaten, v.a. in Osteuropa, geregelt. Zum gibt es trotz Grundgesetzänderung immer noch die Asylgesetze. Obwohl man nicht mehr legal auf dem Landweg nach Deutschland kommen und Asyl beantragen kann, schaffen es immer noch Leute, einen Antrag abzugeben und sich damit zumindest eine befristete »Legalität« zu besorgen. Wer einen Antrag laufen hat, muß im Lager leben und be-



Vor allem auf Baustellen arbeiten selbständige Subunternehmer oft unter miesesten Bedingungen

kommt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 80 Mark Taschengeld im Monat, ist also gezwungen, sich eine Arbeit zu suchen. Zu Anfang kennt man sich schlecht aus, und die ersten anderthalb bis drei Monate hat man eh Arbeitsverbot - da muß man also die allerübelsten Jobs annehmen.

Danach bekommt man zwar in der Regel eine Arbeitserlaubnis, aber nur jeweils eine befristete und auf einen bestimmten Job und Arbeitgeber eingeschränkte. Da das Arbeitsamt die Vorschrift hat, Deutsche und »gleichgestellte Ausländer« zu bevorzugen, bleiben nur die Jobs übrig, zu denen sich die »legalen« Arbeitslosen und Sozi-EmpfängerInnen bisher nicht zwingen lassen. Damit kalkulieren z.B. Restaurants und Reinungsfirmen. Sie bieten Arbeitsplätze im Rahmen einer sogenannten »geringfügigen Beschäftigung« für 580 Mark im Monat an. Natürlich kann niemand davon leben. Die »legalen« Stunden bis zur Abarbeitung der 580 Mark dienen als Basis für viele »illegale« Stunden, in denen man dann vielleicht auf einen Lohn kommt, von dem man leben kann. Bei einer etwaigen Kontrolle ist man jedenfalls »legal« auf der Liste der Beschäftigten, und die reale Stundenzahl läßt sich schwer überprüfen.

Das Arbeitsamt fördert diese Praktiken. Laut Anwerbestoppausnahmeverordnung konnten Besitzer von ausländischen Spezialitätenrestaurants seit 1991 z.B. Köche aus dem jeweiligen Land legal in die BRD holen. In diesem Jahr wurde das auf zwei Köche pro Restaurant beschränkt. Den Rest der Arbeitskräfte muß der Restaurantbesitzer jetzt vom hiesigen Arbeitsmarkt besorgen. Laut Propaganda war das eine »Maßnahme gegen illegale Beschäftigung«. In Wirklichkeit war es eine Aufforderung, doch bitteschön mehr von den vorhandenen ArbeiterInnen zu denselben beschissenen Löhnen zu beschäftigen: für den Anfang z.B. Asylbewerber auf 580-Mark-Basis.

Viele Leute, die früher vielleicht einen Asylantrag gestellt hätten, überlegen sich das aber inzwischen. Früher oder später werden auch die meisten der wenigen Anträge, die man noch stellen kann, abelehnt, und dann hat die Polizei schon alle Daten: Fingerabdrücke, Fotos, persönliche Geschichte usw. fürs Ausländerzentralregister. Daher leben viele lieber versteckt bei Freunden oder Bekannten, verzichten auf die 80 Mark und die zweifelhafte »Legalität« und suchen sich einen Schwarzjob, bis sie vielleicht in eine Kontrolle geraten. Dann können sie immer noch als letztes Mittel einen Asylantrag stellen.

Die zweite Grauzone sind die befristeten Arbeitsaufenthalte in der BRD, die die Anwerbestopausnahmeverordnung erlaubt. Die wichtigsten Formen sind dabei »Saisonarbeit« und »Werkverträge«.

SaisonarbeiterInnen dürfen bis zu drei Monaten in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelverarbeitung (z.B. Gurken in Glä-

ser stopfen) und im Hotel- und Gaststättenbereich arbeiten. Die Unternehmer bestellten sich die ArbeiterInnen beim deutschen Arbeitsamt (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung), und die ArbeiterInnen finden die Jobs über das Arbeitsamt in verschiedenen osteuropäischen Ländern. Diese Jobs werden auch hiesigen Arbeitslosen angeboten. Tatsächlich sind die Löhne so niedrig, daß kein Arbeitsloser mit etwas Verstand so einen Job annehmen würde. In Gegenden, wo besonders rabiate Sachbearbeiter Arbeitslose z.B. in Erntejobs hineinzwingen wollten, waren die Bauern außerdem völlig fertig: Sie betonen immer, daß z.B. Spargelstechen hochqualifiziert ist und nicht von jedem unmotivierten Deppen gemacht werden kann. Nach diesem erfolglosen Vermittlungsversuch gehen die Jobs dann an die internationalen Arbeitsämter.

Im Prinzip ist es hier wie bei den 580-Mark-Jobs: Neben einigen legalen Stunden kann man viele zusätzliche Stunden schwarz arbeiten, was sich schwer kontrollieren läßt.

Außerdem können z.B. Polen als Touristen problemlos einreisen und sich drei Monate in Deutschland aufhalten. ArbeiterInnen aus anderen Ländern kommen schwerer über die Grenze, aber wenn sie erstmal da sind, können sie es machen wie die Polen: etwa auf eigene Faust zu einem Arbeitgeber gehen, den sie von früher kennen, selbst wenn das Arbeitsamt sie dieses Jahr nicht vermittelt hat. Sie können auch einfach bei den Bauern Klinken putzen, bis sie etwas gefunden haben. Dem Bauern wird's recht sein, denn er spart Steuern und Sozialabgaben.

Viele suchen sich aber auch anderswo Jobs: In vielen Städten gibt es Straßen, wo frühmorgens Männer auf dem sogenannten »Bauarbeiterstrich« stehen und warten, daß sie jemand für einen Tagesjob mitnimmt. Wenn sie Glück haben, wird vielleicht auch was Längerfristiges draus. In Hinterhofklitschen nähen ArbeiterInnen Textilien, oder sie schnippeln im Akkord Salat für Restaurants. In Schlachthöfen arbeiten Leiharbeiterkolonnen, die kein Chef nach irgendwelchen Papieren fragt.

An Straßenecken stehen Punks aus Polen und putzen Windschutzscheiben. Mit sinkendem Lohn wächst die Zahl der Jobmöglichkeiten ganz erstaunlich. Und die Papiere sind ganz uninteressant.

Werkverträge gibt es vor allem auf dem Bau. Im Prinzip setzen die internationalen Werkverträge nur das Gewirr von Arbeits- und Auftragsverhältnissen fort, das auf dem Bau eh vorherrscht: Nehmen wir an, ein Versicherungskonzern läßt sich ein neues Bürogebäude errichten. Die Bauleitung übernimmt ein Generalunternehmer, z.B. ein Baukonzern wie Hochtief oder Philipp Holzmann. Der Generalunternehmer vergibt nun wieder die einzelnen Gewerke wie zum Beispiel das Verklinkern der Fassade an andere Baufirmen. So ein Subunternehmer führt die Arbeiten teils direkt mit eigenen Leute aus, teils beauftragt er Sub-Subunternehmer mit der Ausführung. Das sind manchmal kleine Klitschen, manchmal einfach Kolonnen, die nach Quadratmetern oder ähnlich bezahlt werden. Die Bauarbeiter handeln ihren Lohn dann nicht mit dem Baukonzern aus, sondern mit dem Sub-Subunternehmer. In diesem Milieu sind nicht nur die Löhne mies und die Arbeitssicherheit katastrophal, sondern es gibt auch etliche Pleitefirmen und andere Betrüger, die die Arbeiter einfach um ihren Lohn bescheißen. Und der Generalunternehmer wäscht seine Hände in Unschuld. Dieser rechtliche Schleier zerreißt allerdings manchmal sehr schnell. Letztes Jahr haben Berliner Bauarbeiter, die von ihrem Subunternehmer beschissen worden war, einen Kran besetzt. Es dauerte gerade mal eine Dreiviertelstunde, bevor der Generalunternehmer auf der Baustelle auftauchte und die Leute persönlich auszahlte - obwohl er formalrechtlich überhaupt nichts mit ihnen zu tun hatte.

Der Subunternehmer könnte nun auch eine polnische, tschechische oder rumänische Baufirma mit ihren eigenen Arbeitern sein. Jedes Jahr dürfen osteuropäische Subunternehmer mit so und so vielen Arbeitern Gewerke auf Baustellen in Deutschland ausführen. Die BRD hat mit allen möglichen osteuropäischen Ländern bilaterale Verträge abgeschlossen, die die Vergabe und die Form solcher Werkverträge

(sprich Subunternehmerverträge) und jährliche Kontigente regeln. Das größte Kontingent hat Polen. In einem undurchsichtigen Vergabeverfahren, an dem die deutsche Baufirma, das regionale Arbeitsamt, die Bundesanstalt für Arbeit, die deutsche Botschaft in Polen, das polnische Arbeitsministerium und polnische Baufirmen beteiligt sind, wird dann der Kuchen aufgeteilt: Welche Firmen bekommen wie viel vom Kontingent ab? Welche Arbeiter dürfen hoffen, daß ihr Name nachher auf der Liste steht?
Die polnischen Subunternehmer sind zum Teil reine Sklavenhändler, zum Teil echte Baufirmen, die auch in Polen bauen. Auch letztere schicken aber meist nicht ihre normale Belegschaft nach Deutschland, sondern stellen dafür extra Leute mit Zeitverträgen ein. Über die Einstellungskriterien wissen wir nicht viel, aber einige polnische Arbeiter haben uns zum Beispiel erzählt, daß viele Arbeitgeber Deutschkenntnisse nicht gern sehen. Gern gesehen wird es dagegen, wenn die Bauarbeiter dem Chef die Gebühr von 2.000 Mark bezahlen, die er an die Bundesanstalt für Arbeit abdrücken muß. Das ist verboten. Andererseits kann der Arbeitgeber vom Arbeiter, wenn dieser im ersten Jahr »vertragsbrüchig« wird, Schadensersatz für Vermittlungsgebühren und verauslagte Anreisekosten fordern und sie vom Lohn abziehen. Ganz legal.
Etwa 100.000 Arbeitserlaubnisse im Rahmen von Werkverträgen werden im Jahr genehmigt, aber in Wirklichkeit arbeiten viel mehr Leute auf den Baustellen. Die IG Bau Steine Erden redet von einer halben Million »illegalen Arbeitsverhältnissen« pro Jahr, der Zoll von bis zu einer Million. Solche Zahlen sind natürlich Spekulation, aber Tatsache ist, daß sich die Werkvertragsjobs wie die 580-Mark-Jobs und die Saisonjobs leicht »überziehen« lassen: Wo sowieso osteuropäische Bauarbeiter schuften, ist nicht auf den ersten Blick klar, wer »legal« und wer »illegal« ist. Das Risiko der »Illegalität« tragen aber die Arbeiter.
Neben Osteuropäern, die unangemeldet bei einem osteuropäischen Subunternehmer arbeiten oder die einfach auf der Straße in ein Auto eingestiegen sind, sind Arbeitsamt, Zoll, Gewerbeaufsichtsamt und Krankenkassen aber noch vielen anderen Bauarbeitern auf den Fersen:
Viele Briten und Iren arbeiten als selbständige Sub- oder Sub-Sub-Unternehmer auf dem Bau - oft abhängig von internationalen Arbeitsvermittlungsfirmen, die auch ihren Teil vom Kuchen abhaben wollen. Mit der Vernetzung der Ämter in der EU wird es für die hiesigen Bullen immer leichter, zu überprüfen, ob jemand z.B. wirklich selbständig ist und in England Gewerbesteuer bezahlt. Außerdem gibt es natürlich Leute, die zwar eine Arbeitserlaubnis oder einen deutschen Paß haben, aber aus verschiedenen Gründen nicht offiziell arbeiten wollen: z.B. weil sie Schulden haben und ihnen alles, was sie über die Arbeitslosenhilfe hinaus verdienen, sowieso weggenommen werden würde. Es gibt auch Leute, die einfach nicht so viel arbeiten wollen ...

Das wäre alles kein großes Problem, wenn es keine Razzien gäbe. Früher oder später würden die ArbeiterInnen ihren Chefs die Meinung sagen und sich wehren. Es wäre ziemlich schwer, die Löhne unten zu halten.
Auf dem Bau finden Razzien hauptsächlich aus zwei Anlässen statt: Entweder weiß das Arbeitsamt, daß irgendwo eine Werkvertragsfirma arbeitet, und sieht nach, ob tatsächlich genau die angemeldeten Arbeiter auf der Baustelle sind (oder mehr oder weniger oder andere). Oder es gab einen Tip, sprich: eine Denunziation. Die Denunzianten sind meist entweder die Gewerkschafter der IG BSE oder oft genug die Arbeitgeber selbst. Wenn ein Großteil ihrer Arbeiter ein paar Tage vor Fertigstellung des Baus von der Polizei abgeholt werden, können sie sich die Auszahlung des Lohns natürlich sparen.
An den Razzien sind etliche Behörden und ähnliches beteiligt: Arbeitsamt, Krankenkassen und Finanzamt ermitteln gegen die »legalen« Schwarzarbeiter« wegen »Leistungsmißbrauchs« und Steuerhinterziehung. Die meisten Straf- und Bußgeldverfahren, die sich aus Razzien ergeben, laufen in diesem Bereich. Wenn sie Leute dabei erwischen, daß sie arbeiten und gleichzeitig Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung beziehen, fordern sie nicht nur (für einen von der Behörde willkürlich festgelegten Zeitraum)

die Kohle zurück, sondern versuchen ihnen auch noch ein Verfahren wegen Betruges anzuhängen. Arbeitsamt und Zoll suchen »illegale Leiharbeiter« und »illegale Ausländer«. Nach eigenen Angaben hängt die Zahl der Festnahmen bei diesen Behörden nur davon ab, wieviel Personal sie selbst bewilligt kriegen. Die Ausländerbehörden sind natürlich auch gleich dabei, um gefangene »illegale Ausländer« gleich abzutransportieren. Zum Schutz der zarten Aktenkofferträger ist meist auch die Polizei dabei.

In der öffentlichen Propaganda ist immer davon die Rede, daß die »illegalen Arbeitgeber« bestraft werden sollen. In Wirklichkeit passiert ihnen nicht viel: 981 mal wurde 1994 in Westdeutschland gegen Arbeitgeber wegen der illegalen Beschäftigung von Leiharbeitern eine Bußgeld verhängt. Im Schnitt zahlten sie 13.000 Mark. 742 Bußgelder wurden gegen Verleiher verhängt, im Schnitt 11.000 Mark. 12.000 mal mußten Arbeitgeber 1994 wegen der illegalen Beschäftigung von Ausländern ein Bußgeld zahlen, im Schnitt knapp 1500 Mark.

Die erwischten Ausländer dagegen werden häufig ausgewiesen, bzw. in den Abschiebeknast gesperrt und nach mehr oder weniger langer Zeit im Knast abgeschoben.

1994 wurden 53.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben: die meisten (15.000) nach Rumänien, die zweitmeisten (6.000) nach Polen. Vielleicht nicht viel angesichts von hunderttausenden oder Millionen, die angeblich ohne Papiere in Deutschland leben und arbeiten. Aber doch eine klare Botschaft an alle, nicht aufzufallen, leise zu treten, sich nicht zu wehren.

Wer in solcher Situation auf die Gewerkschaft hofft, ist angeschissen. Und zwar aus mehreren Gründen:

Erstens organisieren Gewerkschaften nicht die Kämpfe der ArbeiterInnen, sondern sie verhandeln pauschal mit den Arbeitgebern über den Preis der Arbeitskraft. Eigene Aktivitäten der ArbeiterInnen, die über brave Befolgung der Tarifmobilisierungen hinausgehen, sind von Gewerkschaftsseite gar nicht gern gesehen. Schon weil es die Funktionäre arbeitslos machen könnte. In der letzten Metalltarifrunde hat die IG-Metall bei den Warnstreiks in Bayern z.B. ein spezielles Computerprogramm eingesetzt. Sie hatte die ganzen neuen »schlanken« Zulieferketten untersucht und festgestellt, wo den Unternehmern ein Streik am meisten wehtun würde - um genau da NICHT zu streiken!

Das hilft verstehen, warum die Gewerkschaften sich nicht gerade ein Bein ausreißen, um diejenigen zu vertreten, die vorher gerade illegalisiert wurden. Streiks finden ohnehin so selten statt,

Oft werden die ArbeiterInnen um ihren Lohn betrogen, illegale ArbeitsimmigrantInnen haben kaum eine Chance, sich zu wehren

daß noch sehr selten jemand seine Gewerkschaftsbeiträge in Form von Streikgeld zurückgekriegt hat. Wenn man für einen Streik vorsorgen will, sollte man das Geld lieber auf die Bank bringen.

Zweitens spekulieren einige Gewerkschafter darauf, daß viele ArbeiterInnen die Gewerkschaft als günstige Rechtsschutzversicherung sehen. Sie sagen, bei ihnen könne prinzipiell jede und jeder Mitglied werden, der seine Gewerkschaftsbeiträge bezahlt, auch »Illegale«. Aber was soll jemand, dem der Staat gerade per Gesetz alle Rechte aberkennt, mit einer Rechtsschutzversicherung?

Drittens heißt es Augen auf, denn unsere Kollegen und Kolleginnen vom DGB sind nicht ohne. Sie selbst haben schon Razzien initiiert. Mit dem Argument, der Staat fördere bewußt die Schwarzarbeit - was ja nicht falsch ist -, und man müsse etwas dagegen unternehmen, hetzen sie den Kollegen, deren Ausbeutung sie angeblich nicht mitansehen können, die Büttel eben dieses Staates auf den Hals und sorgen dafür, daß sie eingesperrt und abgeschoben werden. Um diese »Arbeitervertreter« sollten wir einen großen Bogen machen!

Wenn man aufmerksam Zeitung liest, stößt man zwar immer mal wieder auf Aktionen von Schwarzarbeitern wie den irischen Zimmerleuten, denen ihr Chef den Lohn schuldig blieb und die ihm dann nachts den Dachstuhl zersägten und einen Zettel hinterließen: »Hugo R.: kein Geld, kein Dach!« Aber von Kämpfen von völlig Illegalisierten ist wenig zu hören.

Werbung für mehr Solidarität - dieses im Original mehrsprachige Plakat wurde auch in der Leipziger Innenstadt geklebt

Selbst die Halblegalen haben da Probleme. Ein polnischer Bauarbeiter erzählt zum Beispiel, es sei völlig klar, daß ihr Chef sie um einen Teil des ausgemachten Lohns - das war eh schon nicht viel -bescheißen wolle. Man müßte also eine Aktion machen. Ihm persönlich sei inzwischen alles egal, schlechter verdiene er sei-

ner Heimatstadt Wroc aw auch nicht. Seine Kollegen aber kämen vom Dorf und hätten zu Hause überhaupt keine Perspektive. Die würden nicht kämpfen.

ArbeiterInnen, die systematisch

entrechtet werden, haben mehr zu verlieren als ihre Ketten. Wenige Leute riskieren leichtfertig Knast oder Abschiebung für einen besseren Stundenlohn oder bessere Arbeitszeiten.

In Osteuropa ist ein für hiesige Verhältnisse mieser Lohn oft viel Geld. Manche Polen nehmen es bewußt in Kauf, eine Zeitland in Deutschland unter völlig unwürdigen Verhältnissen zu leben und dann mit dem Geld z.B. in Polen eine Wohnung zu kaufen oder ein Haus zu bauen, um den dort rasant steigenden Mieten zu entkommen.

Viele, die nach Deutschland kommen, haben sich auch ganz bewußt dafür entschieden, der kollektiven Misere zu entkommen und ihr Glück individuell zu versuchen. Es gibt so viele Gründe, zu fliehen: vom Terror von Staat, Militär oder Milizen bis zur Enttäuschung über die Stagnation im Klassenkampf. Daß viele dann doch wieder bei der »Community« ihrer Landsleute landen, wo Jobs, Wohnungen, nützliche Informationen und menschliche Kontakte vermittelt werden, liegt nicht an ihnen. In einer völlig unsicheren Situation bietet die »Community« meistens wenigstens einen gewissen Verlaß.

Wir sollten die Communities allerdings auch nicht verherrlichen: In ihnen wird nicht nur gegenseitige Hilfeleistung organisiert, sondern auch Ausbeutung und Abhängigkeit. Wer einen legalen Wohnheimplatz hat und eine bessere Wohnung findet, kann ersteren vielleicht einem Landsmann weitervermitteln - für einen kleinen Aufpreis, versteht sich. Du kannst bei meinem Onkel arbeiten. Der zahlt zwar nur 7 Mark 50, aber dafür bist du ja praktisch in der Familie. Auf diesem Boden wachsen auch Mafia-Strukturen, die dem Staat nur recht sein können, weil sie mit Gewalt Hierarchien dort durchsetzen, wo das staatliche Gewaltmonopol nicht hinreicht. Die Community kann Kämpfe organisieren, aber sie sorgt oft für die Selbstregulierung des Chaos Illegalität und funktioniert als Grenzträger der kapitalistischen Regulation.

Nur was ist die Alternative? Die Alternative *wäre* ein Kontaktnetz, das es ArbeiterInnen verschiedener Herkunft und mit verschiedenem rechtlichen Status ermöglicht, gemeinsame Aktionen zu machen und sich gegenseitig zu helfen. Dieses Feld ist noch fast völlig unausgelotet.

Es ist leichter zu sagen, wie es *nicht* geht. Manche Leute aus dem antirassistischen politischen Spektrum schlagen z.B. vor, Jobs zu vermitteln oder selbst Arbeitgeber zu werden und Illegalisierte in sogenannten Alternativbetrieben einzustellen. Aber wir sind keine Chefs, und wir wollen auch keine linken Sklavenhändler werden!

In den Niederlanden gibt es seit ein paar Jahren ein Projekt, das sich Stichting Opstand - Stiftung Aufstand - nennt. Sie hatten verhältnismäßig gute Startbedingungen: Mehrere holländische Leute mit Erfahrungen in antirassistischer und Dritte-Welt-Solidarität, die nach Wegen aus der politischen Sackgasse suchten, wohnten zufällig in denselben besetzten Häusern wie türkische Linke mit guten Connections in die Textilklitschen von Amsterdam. Sie fingen an, systematisch die Ausbeutungsbedingugnen dort zu untersuchen.

Diese Klitschen liegen fast alle im selben Viertel von Amsterdam. Als eine Textilarbeiterdemo organisiert wurde, ging die Route an den ganzen Coffeeshops vorbei, wo sich die illegalisierten Textilarbetier in den Pausen treffen. Im Verlauf der Demo wuchs die Teilnehmerzahl auf das Mehrfache an.

Da C&A als Großabnehmer besonders im Geschäft mit der Billigarbeit steckt, konnten sie die Unterstützung für die illegalisierten Arbeiter gut mit einer C&A-Boykottkampagne verbinden.

Außerdem waren die Illegalisierten mutig genug, um zum Beispiel in Fernsehtalkshows aufzutreten und zu sagen: Ja, wir sind illegal. Aber wir haben auch Rechte, und kämpfen dafür!

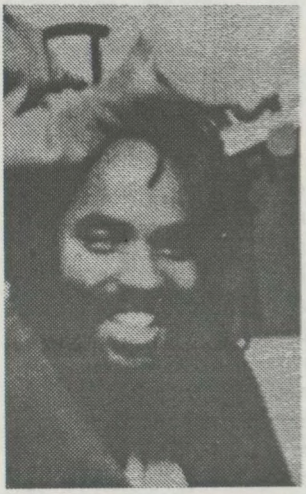
Diese Erfahrungen lassen sich natürlich nicht eins zu eins auf die BRD übertragen. Aber wir können sicher davon lernen.

Zumindest ist theoretisch völlig klar, daß wir Verbindungen mit den ArbeiterInnen der verschiedenen rechtlichen und sozialen Kategorien aufbauen müssen - um uns gegenseitig zu helfen, für unsere gemeinsamen Klasseninteressen zu kämpfen. Wie solche Strukturen genau aussehen? Das läßt sich nur praktisch rauskriegen. Jedenfalls wird es höchste Zeit, daß wir uns miteinander organisieren. ☺

Mumia Abu-Jamal soll am 17. August ermordet werden

Gouverneur Ridge unterschreibt Hinrichtungsbefehl

Am 1.Juni unterzeichnete der Gouverneur von Pennsylvania, Tom Ridge, den Hinrichtungsbefehl zur Vollstreckung der Todesstrafe gegen Mumia Abu-Jamal. Ridge setzte das Datum der Hinrichtung auf Donnerstag, den 17. August, 22.00 Uhr fest. Der Gouverneur kam damit den Anwälten Jamals zuvor,die in wenigen Tagen einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stellen und Jamal somit die Perspektive auf einen fairen Prozeß eröffnen wollten. Das Team um den bekannten Bürgerrechtsanwalt Leonard Weinglass hat amMontag, den 5. Juni, dem zuständigen Gericht einen über 300seitigen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens übergeben, in dem detailliert Fehler bei den Ermittlungen und Manipulationen des Prozesses nachgewiesen werden. Gleichzeitig stellten die Anwälte Anträge auf Aufhebung des Hinrichtungsbefehls und einen Befangenheitsantrag gegen den zuständigen Richter Sabo. Gouverneur Ridge führt damit seine von ihm im Wahlkampf versprochene Linie fort, Todesurteile zügig vollstrecken zu lassen. Am 2. Mai ließ Ridge denweißen Gefangenen Keith Zettlemoyer hinrichten, der nach 14 Jahren Todeszelle keine Kraft mehr hatte und auf alle weiteren Rechtsmittel verzichtete. Diese



Hinrichtung war die erste in Pennsylvania nach über dreißig Jahren. Der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls ging eine beispiellose Kampagne gegen Mumia Abu-Jamal voraus. Unmittelbarer Anlaß war die Veröffentlichung eines Buches von Jamal (Live from Death Row), einer Sammlung von 49 Essays, in denen er sich mit Rassismus und Ungerechtigkeit, dem Leben im Gefängnis, der Todesstrafe und der gegenwärtigen reaktionären Entwicklung in den USA auseinandersetzt. Das Buch soll einem Autor Gehör verschaffen, den die Behörden mit dem Todesurteil vorüber zehn Jahren zum Schweigen bringen wollten. Das Buch soll ein Zeichen setzen gegen die inhumane Todesstrafe allgemein und für Jamals Kampf für einen neuen und fairen Prozeß. Das Buch erscheint in Kürze im Bremer Verlag Agipa- Press. Daß Jamal sich derart öffentlich zu Wort meldete und selbstbewußt und kämpferisch gegen Rassismus und Todesstrafe auftrat, provozierte eine reaktionäre Kampage gegen ihn. Das Buch wurde diffamiert, der Verlag bedroht und die Witwe des Polizisten, der angeblich von Jamal getötet worden sein soll, trat in zahlreichen Talkshows auf, um die öffentliche Meinung gegen Jamal zu mobilisieren. Ein Landespolitiker Pennsylvanias äusserte sich im bundesdeutschen Fernsehen empört über die Buchveröffentlichung und sagte wörtlich, um seine Forderung nach einer baldigen Hinrichtung zu unterstreichen: „aber er wird damit nicht durchkommen: Ob er einen Polizisten umbringt oder einen Buchvertrag im Gefängnis unterschreibt - für das eine wie das andere wird er büßen". Die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls kann man also durchaus als Rache dafür verstehen, daß Jamal nach einem manipulierten Prozeß und nachüber zehn Jahren Einzelhaft, Schikanierung und Demütigung in der Todeszelle immer noch nicht gebrochen ist und seine Würde und seine Identität be-

wahrt. Die Hinrichtung kann verhindert werden. Die juristischen Schritte und Bemühungen der Anwälte sind eine Sache. Sie können nur Erfolg haben, wenn sie von massiven öffentlichen Protesten begleitet werden. Wir fordern Sie und Euch auf, Kräfte zu mobilisieren, um den Verantwortlichen in den USA deutlich unseren Protest zum Ausdruck zu bringen. Dabei muß sich in den nächsten Tagen der Protest auf Richter Sabo konzentrieren, der über den Wiederaufnahmeantrag zu entscheiden hat. Auch wichtig ist nach wie vor der Protest bei Gouverneur Ridge, der das Todesurteil jederzeit zurücknehmen kann. Auch Proteste aus Europa im Weißen Haus können von Bedeutung sein. Die US-amerikanische Öffentlichkeit soll wissen, daß es in Europa eine starke öffentliche Meinung gibt, die die Todesstrafe als rassistisch und zutiefst unmenschlich verabscheut und insbesondere für Mumia Abu-Jamal einen fairen Prozeß fordert. Weiterhin wichtig sind Geldspenden, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Wir bitten Sie/ Euch deshalb dringend, eine großzügige Spende auf das angegebene Konto zu überweisen. Eine Petition, Mumia Abu-Jamal in der BRD politisches Asyl zu gewähren, wird mit ca. 200 Unterschriften demnächst von der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke beim Petitionsausschuß des Bundestages eingereicht.

Redaktionsgruppe Bremen von „Freedom Now", Bulletin No. 7 vom 6. Juni

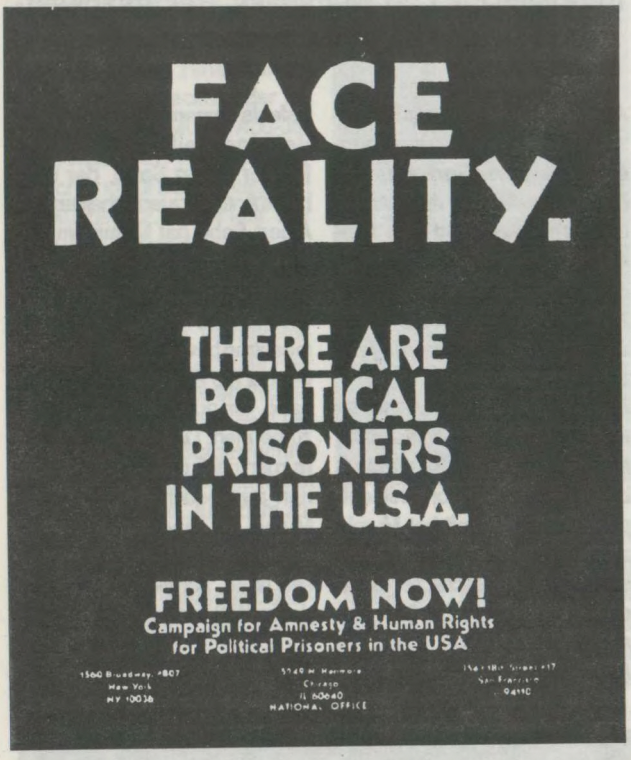
Die juristischen Schritte sind eingeleitet, aber die politische Mobilisierung dringend notwendig

Interview mit Len Weinglass, Rechtsanwalt von Mumia Abu-Jamal

Am 1. Juni hat der republikanische Gouverneur von Pennsylvania den Hinrichtungsbefehl von Mumia Abu-Jamal unterzeichnet und das Hinrichtungsdatum auf den 17. August festgesetzt. Sie vertreten Mumia Abu-Jamal seit drei Jahren. Was werden Sie jetzt tun?

Am Montag, den 5. Juni, haben wir einen Wiederaufnahmeantrag mit einer 300seitigen Begründung beim Amtsgericht von Philadelphia gestellt. Damit hat Mumia zum ersten Mal seit seiner Verurteilung eine tatsächliche Verteidigung vor Gericht. Darüber hinaus haben wir einen Antrag auf Aussetzung des Hinrichtungsbefehls eingereicht sowie einen Befangenheitsantrag gegen Richter Albert Sabo, der über beide Anträge zuentscheiden hat. Albert Sabo hat Mumia im Juli 1982 wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Im Wiederaufnahmeantrag beweisen wir u.a., daß Mumia nie ein faires Verfahren hatte. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Die Geschworenen wurden nach rassistischen Kriterien ausgesucht. Nachdem er Mumia für einen Teil der Geschworenenwahl ausgeschlossen hatte, sorgte Richter Sabo dafür, daß eine afroamerikanische Geschworene im letzten Moment aus der Jury entfernt und

durch einen weißen Mann ersetzt wurde, der angekündigt hatte, daß er Mumia gegenüber nicht fair sein könne. Richter Sabo hat 31 Todesurteile ausgesprochen und damit mehr Menschen zum Tode verurteilt als jeder andere Richter in den USA. Gleichzeitig sind mehr seiner Urteile aufgrund von Verfahrensfehlern aufgehoben worden als bei irgendeinem anderen Richter. Wie vor ein paar Jahren bekannt wurde, hatte der Staatsanwalt in Mumias Verfahren schon in einem anderen Fall einen nachweislich unschuldigen Mann verurteilen lassen, indem er entscheidendes Beweismaterial einfach zurückgehalten hatte.



Mumia hatte in dem Prozeß de facto keinen Verteidiger. Sein damaliger Pflichtverteidiger hat eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, in der er zugibt, daß er in wesentlichen Prozeßphasen nicht vorbereitet war. In dem Beweismaterial, das wir mit dem Wiederaufnahmeantrag vorlegen, legen wir dar, daß die Staatsanwaltschaft AugenzeugInnen unter Druck gesetzt hat, die für Mumia aussagen wollten, und gleichzeitig mehrere ZeugInnen, z.B. durch Vergünstigungen in laufenden Strafverfahren, zu Aussagen gegen Mumia gebracht hat. Darüber hinaus weisen wir nach, daß die Staatsanwaltschaft wichtige Beweise für Mumias Unschuld bewußt unterdrückt hat, z.B. das Ergebnis eines Lügendetektortestes, den einer von Mumias Entlastungszeugen bestanden hatte. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft einen gefälschten Personalausweis aus dem Beweismaterial entfernt, mit dem nachgewiesen werden konnte, daß Mumia nicht der Todesschütze war. Wir haben eine Liste von neunzehn Punkten, mit denen wir nachweisen, daß es zum einen überhaupt keinen fairen Gerichtsprozeß gab, und zum anderen, daß in einem neuen Verfahren Mumias Unschuld festgestellt werden wird.

Sie haben auch den Antrag zur Aussetzung des Hinrichtungsbefehls gestellt. Wie lange wird es dauern, bis das Gericht eine Entscheidungüber diesen Antrag trifft?

Leider kann ich diese Frage nicht beantworten. Zuerst einmal muß RichterAlbert Sabo darüber entscheiden, ob er sich als befangen erklärt oder nicht. Sobald er den Befangenheitsantrag ablehnt, wird er über den Aussetzungsantrag entscheiden müssen. Wenn er eine Aussetzung des Hinrichtungsbefehls ablehnt, werden wir vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Berufung einlegen. Weitere Berufungsinstanzen sind dann die Bundesgerichte und zuletzt der Oberste Gerichtshof der USA in Washington,D.C. Da die ganzen juristischen Schritte sehr zweischneidig sind, kann ich keine definitiven Antworten geben. Wir sind in der schwierigen

Situation, daß Richter Sabo momentan die absolute Kontrolle über den zeitlichen Verlauf beider Anträge hat, weil der Hinrichtungsbefehl schon unterzeichnet ist.

Kann der Gouverneur die Vollstreckung des Hinrichtungsbefehls auch anordnen, solange Mumia noch Berufungsmöglichkeiten hat?

Die Entscheiung über den Vollzug des Hinrichtungsbefehls liegt allein beiden Gerichten. Wenn ein Richter einem Aussetzungsantrag zustimmt, wird der Hinrichtungsbefehl des Gouverneurs noch außer Vollzug gesetzt. Diese Aussetzung kann von den Gerichten zeitlich befristet werden, so daß der Hinrichtungsbefehl nach Ablauf der Frist wieder gültig ist und ein neues Hinrichtungsdatum festgelegt wird. Das liegt allein in den Händen der Gerichte und momentan in der Hand von Richter Sabo.

Solange Richter Sabo den Hinrichtungsbefehl nicht außer Vollzug setzt, bleibt also der Hinrichtungstermin am 17. August bestehen?

Ja, aber ich bin zuversichtlich, daß wir in den Berufungsinstanzen einen Richter finden werden, der den Hinrichtungsbefehl aussetzen wird.

Wie geht es Mumia seit Donnerstag?

Ich habe mit Mumia telefoniert. Er wurde aus seiner Zelle im Todestrakt in einen Isolationstrakt verlegt, in dem Gefangene, die auf ihre Hinrichtung warten, festgehalten werden. In der neuen Zelle hat er gar nichts mehr. Seine juristischen Unterlagen wurden einbehalten. Er hat kein Radio und keinen Fernseher. Er hat keinen Kontakt zu anderen Gefangenen oder zur Außenwelt. Nur seine Anwälte sind als Besucher zugelassen. Grundsätzlich haben sich seine Haftbedingungen sehr verschlechtert, nachdem er im Januar in den Knast SCI Green verlegt wurde. Wir haben vor wenigen Wochen eine Klage beim Bundesgerichtshof in Pittburgh eingereicht, nachdem wir feststellen mußten, daß meine Anwaltspost an Mumia von der Gefängnisleitung geöffnet, gelesen und kopiert wurde. Der Knastleiter hat die Kopien von wichtigen Strategiepapieren für das Verfahren an den Generalstaatsanwalt von Pennsylvania weitergeleitet. Normalerweise darf die Anwaltspost nicht gelesen werden. Seitdem wir diese Klage eingereicht haben, versucht der Knast, sich an Mumia zu rächen. In der letzten Woche erhielt er eine Liste mit angeblichen Verstößen gegen die Anstaltsordnung, zum Beispiel daß er durch seine journalistische Tätigkeit ein „Business" aus seiner Zelle heraus betreiben würde.

Wer drängt denn auf Mumias Hinrichtung?

Mumia ist der einzige Todesstrafen-Gefangene in den USA, der mit einer gutorganisierten, gut finanzierten und gut koordinierten Kampagne konfrontiert ist, die seine Hinrichtung zum Ziel hat. Die Polizeigewerkschaft „Fraternal Order of Police" (FOP) in Pennsylvania hat Kontakte zu anderen Polizeigewerkschaften in den USA, die diese Kampagne mitfinanzieren. Als Mumias Buch Anfang Mai veröffentlicht wurde, hatte FOP ein Flugzeug gechartert, das mit dem Spruchband über dem Verlagshauskreiste mit dem Slogan: „Dieser Verlag bezahlt Cop-Killer!". Die FOP ruft zum Boykott des Verlagshauses auf und setzt Politiker in Pennsylvania unter Druck. Wir sind tatsächlich mit einem sehr star-

ken Gegner konfrontiert. Kein anderer Todesstrafen-Gefangener ist in dieser Situation.

Und wer gehört zu Mumias UnterstützerInnen?

Unter anderem gibt es das „Committee to Save Mumia Abu-Jamal", das aus prominenten Persönlichkeiten besteht, die ihren Namen und ihre Unterstützung zur Verfügung stellen. Dazu gehören z.B. die SchauspielerInnen Whoopi Goldberg, Ed Asner und Ossie Davis. Auch Organiationen wie die Internationale PEN-Vereinigung und Amnesty International unterstützen Mumia. Daneben gibt es viele Basisorganisationen, die Mumia unterstützen.

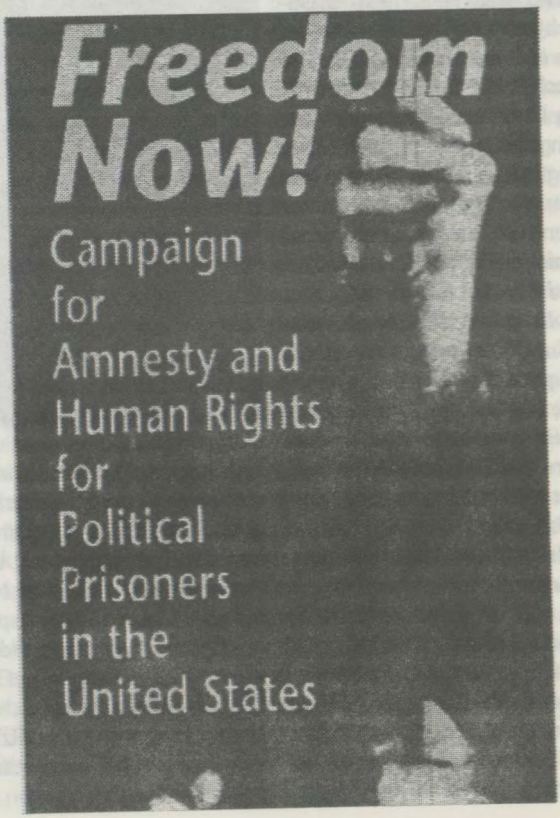
Wie reagieren die Medien in den USA auf Mumias Fall?

Es hat gerade eine Serie von sehr negativen und geradezu feindseligen Berichten gegeben. In der Tageszeitung New York Post wurde ein Kommentar veröffentlicht, der Mumias Hinrichtung forderte und seine Anwälte und UnterstützerInnen lächerlich gemacht hat. Auch in der Presse von Pennsylvania hat es eine Reihe von Artikeln mit der Forderung nach Mumias Hinrichtung gegeben. Seitdem der Hinrichtungsbefehl unterzeichnet worden ist, werden wir zumindest auch interviewt, so daß in den Artikeln jetzt eine gewisse Ausgewogenheit hergestellt wird.

Wie schätzen Sie die Gesamtsituation für Mumia Abu-Jamal ein?

Die internationale Öffentlichkeit muß sich immer das momentane gesellschaftliche Klima in den USA vor Augen halten. Auf der rechtlichen Ebene haben wir eine sehr gute Grundlage und können fundierte Beweise darlegen, so daß wir in normalen Zeiten vor Gericht gewinnen müßten. Aber im letzten Monat wurde z.B. im Bundesstaat Illinois ein Mann getötet, der die Unterstützung des Polizeichefs von Chicago, mehrerer Richter, Staatsanwälte, Kongreßabgeordneter und Priester hatte. Trotzdem wurde er hingerichtet. Vor zwei Jahren wurde im Bundesstaat Utah ein Mann hingerichtet, für den sogar der Papst persönlich interveniert hatte. Vor einem Jahr wurde ein Mann getötet, dessen Anwalt den entscheidenden Antrag einen Tag zu spät gestellt hatte. Es werden geistig behinderte Menschen und Minderjährige getötet. Das gesellschaftliche Klima ist extrem schlecht. Obwohl wir fundierte juristische Papiere haben und wir eigentlich gewinnen müßten, ist die Situation so, daß dies beim momentanen Stand nicht ausreichen wird.

Interview und Übersetzung: Heike Kleffner, Quelle: Freedom Now!, Bulletin No. 7, 6. Juni 1995. Freedom Now! wird vonder Kampagne „Mumia Abu-Jamal" herausgegeben.



„ aber ich schreibe weiter"

Mumia Abu-Jamal, 4. Juni 1995

Am 3. Juni 1995, einen Tag nach Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls, erhielt ich wegen meiner Tätigkeit als Journalist ein Disziplinarverfahren. Der Staat hat so starke Einwände dagegen, daß ich schreibe, was Ihr jetzt lest, daß sie begonnen haben, mich zu bestrafen, nur weil ich die "Kühnheit" besitze, die Wahrheit zu sagen und zu schreiben, während ich der schlimmsten Art des Strafvollzugs ausgesetzt bin, die das System erlaubt. Mein Vergehen? Das Buch Live from Death Row. Es zeichnet ein unverstelltes Bild eines Gefängnissystems, das sich selbst Corrections (Besserung) nennt: Aber es tut kaum mehr, als die menschliche Seele zu korrumpieren; ein System, das jedes Jahr Hunderte Millionen Dollar verschlingt, um Zehntausende Männer und Frauen zu quälen und zu verstümmeln; ein System, das Bitterkeit und Haß lehrt. Klar, was die Regierung will, ist nicht nur Tod, sondern Schweigen. Ein korrekter Gefangener ist ein schweigender. Einer, der spricht, schreibt und diesen Horror als das bezeichnet, was er ist, bekommt ein Disziplinarverfahren. Ist das ein gerechtes System? Ist das ein System der „Besserung"? In diesem Bundesstaat ist der erste Zusatzartikel zur Verfassung ein Nichts. Er wird nicht angewandt. Niemand - weder ein Polizist noch ein Schliesser - kann in Live from Death Row eine Lüge finden; trotzdem ist das Buch, wegen seiner Wahrheit, eine Zielscheibe für den Staat und seine Lakaien; es ist eine Wahrheit, die sie Euch nicht sehen lassen wollen. Überlegt: Warum habt Ihr nicht Derartiges im TV, Radio oder in Zeitungen gesehen, gehört oder gelesen? Zeitungen, Radio und TV gehören immer mehr entweder multinationalen Unternehmen oder reichen Leuten, deshalb spiegeln sie die Perspektive der Besitzenden wider, der Etablierten, nicht aber die der Armen, der Machtlosen. In Live from Death Row könnt Ihr die Stimmen der Menge, der Unterdrückten,der Verdammten und der von unten hören. Ich bezahlte einen hohen Preis dafür, sie Euch hörbar zu machen, und ich würde auch noch mehr dafür bezahlen; aber ich sage Euch, ich würde es noch tausendmal tun, egal was es kostet, weil es richtig ist. Lang lebe John Africa! Um John Africa zu zitieren: Wenn Ihr Euch verpflichtet, das zu tun, was richtig ist, wird Euch die Kraft der Rechtschaffenheit nie betrügen. Lang lebe John Africa! Es war richtig, Live from Death Row zu schreiben, und es ist richtig für Euch, es zu lesen, ganz gleich, was auch immer Polizisten, Schliesser, Anstaltsleitung, Politiker oder ihre Mediensprachrohre Euch erzählen. Zweifellos habt Ihr an jedem Tag Eures Lebens von der Pressefreiheit oder der Redefreiheit gehört; aber was kann solch eine Freiheit wert sein ohne die Freiheit, zu lesen oder zu hören, was Ihr wollt? Wenn Ihr dies lest, dann wißt, daß ich von der Regierung bestraft werde,weil ich Live from Death Row und diese Zeilen geschrieben habe. Gleichwohl werde ich, seit ich 15 Jahre alt war, von der Regierung für das bestraft, was ich schreibe; aber ich schreibe weiter. Lest Ihr weiter!

(Eigene Übersetzung)

In Sachen Tod

von Mumia Abu-Jamal

Der Tod kehrt zurück nach Pennsylvania.

Am 2. Mai 1995 machte Keith Zettelmoyer dunkle Geschichte in Amerika, als er, auf seinen eigenen Wunsch, von der Regierung exekutiert wurde. Und das trotz eines Gesuches für sein Leben, daß die gegen die Todesstrafe eingestellte Mutter des Opfer zu seinen Gunsten, im Rahmen eines „Gesuches eines nahen Freundes", vor dem Berufungsgericht und dem Bundesgericht einreichte. Wer gegen das Gesuch arbeitete, war Zettelmoyer selbst, der gegen die Gewährung des Gesuchs war, da er darin nur die Verlängerung des Unvermeidlichen um einige Monate mehr sah. Seit nun über 14 Jahren hatte Keith Zettelmoyer 24 Stunden des Tages in einem Käfig zuzubringen. Er verbrachte die meiste Zeit nur in elektronischer Gesellschaft (z.B. Fernsehen), ohne jeden Kontakt zu Menschen, die als Freunde oder Familie bezeichnet werden könnten, erwartete er den Tod - absolut alleine. Irgendeine Religion, die die Seele des Menschen erhöhte? Nein. Irgendein Beschäftigungsprogramm von seiten des Gefängnisses? Nein. Irgendein Bildungsprogramm, um seine geistigen Fähigkeiten zu üben? Nein. Zettelmoyer verließ seine Zelle seit 1986 nicht mehr. Nur um zur Dusche zu gehen oder zum Haus des Todes (die Hinrichtungszelle - d.Übers.). Warum sollte irgend jemand, Anwalt, Richter oder Journalist, Überraschung gegenüber einem Mann vortäuschen, der eine solch miserable Existenz beenden wollte? Wie kann sich irgend jemand über seinen Versuch wundern, aus einer solchen menschengemachten Hölle zu entkommen. Seit fast 15 Jahren hatte Zettelmoyer keines Freundes Hand mehr berührt, hatte kein Kind mehr gehalten, nicht mehr das Gesicht seiner Mutter, seines Vaters, seiner Schwester oder seines Bruders berührt. Woher das Erstaunen über einen Mann, der einem solchen täglichen, tödlichen Fegefeuer ein Ende bereiten will? Wo sollte für einen solchen sich noch Hoffnung zeigen? Wer kämpfte für weiteres Leben - in der Hölle? Es ist genau ein solches „Leben", das Keith Zettelmoyer in diesen Selbstmord mit staatlicher Beihilfe trieb - dieser gewollten Begegnung mit dem Tod. Es war ein Leben von gewollter, staatlich entworfener sensorischer Deprivation, von politisch gewollter Isolation und von staatlicher Trennung von Familie. Es war ein „Leben" auf der Schwelle des Todes, ein Leben unter ständiger Bedrohung von absoluter Auslöschung und ein „Leben" unter staatspsychologisch gewollter Depression. Kann der Staat dich in die Hölle versetzen, dich Bedingungen unterwerfen, die der Psychofolter entsprechen, und dich dann schließlich töten, wenn du danach verlangst? In Zettelmoyers Fall taten sie das. Soweit der Autor weiß, hat noch nie ein Anwalt von diesem humanistischen, lebenden Standpunkt aus argumentiert - für Zettelmoyer stellt sich diese Frage wahrhaftig. Wenn der schließliche Wunsch eines Gefangenen eine Frage ist, warum ist es dann keine Frage, welche Bedingungen ihn zu seinem Tod brachten? Sind solche Bedingungen der Gefangenschaft ohne Belang? In veröffentlichten Berichten wurde zitiert, Zettelmoyer freue sich auf seine Hinrichtung, da ihn das schließlich „befreien" würde. Keiner der Berichte, die ihr Schwergewicht darauf legten, was Zettelmoyer vermutlich wollte, hat je auch nur thematisiert, was alle Eingesperrten letztendlich wollen - Freiheit. Wenn der Staat seine Hinrichtung Zettelmoyers damit rechtfertigt, was er selbst „wollte" - was, wenn er eigentlich >Freiheit< verlangte? Würden sie das gewähren? Wann wäre der Staat je auf das Wollen, Wünschen oder die Interessen eines Gefangenen eingegangen? Nur wenn er sterben will.

ADRESSEN

Mumias neue Adresse: Mumia Abu-Jamal # AM-8335 SCI Greene 1040 East Roy Furman Highway Waynesburg, PA 15370 USA

Bremen Kampagne Mumia Abu-Jamal c/o Archiv '92 Postfach 150 323Iz28093 Bremen Tel. (04 21) 35 40 29 Fax 35 39 18 Bitte Kopien von Protestschreiben auch dorthin!

Wiesbaden Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal c/o Infoladen Werderstr. 8 Tel. (06 11) 44 06 64 (Di & Do 17-19 Uhr) Fax 30 20 83 (bitte kennzeichnen)

Berlin Komitee »Right On« c/o Papiertiger Cuvrystr. 25 10999 Berlin Fax ARI (030) 786 99 84

Die Kampagne "Mumia Abu-Jamal" ruft dringend auf:
Wir benötigen für die weitere Arbeit dringend Spenden. Bitte spendet
auf das Konto:
Sonderkonto Kampagne
Bank für Gemeinwirtschaft
Konto Nr.: 1005877602
BLZ: 29010111

ArbeiterInnen in Rußland auf der Suche nach dem Glück

Einladung zu einer Wildcat-Veranstaltung am 20.7. in Leipzig

Ob in der Zeitung oder in der Glotze, immer das gleiche Rußland-Bild: Mafia und Gewalt, Armut und Prostitution, Faschisten und Krieg. Aber ist dieses Bild tatsächlich zutreffend? Eine Antwort darauf wollen wir bei der Veranstaltung versuchen. Der folgende Artikel ist als Diskussionsanregung gedacht. In der nächsten KlaroFix-Nummer kommt ein Artikel, der auf die Situation und Kämpfe von Frauen in Rußland eingeht.

Klasse macht Krise

Um die Situation im heutigen Rußland zu verstehen, ist ein Blick in die jüngste Geschichte des dortigen Klassenkampfes notwendig. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 war letztendlich Folge der Krise der sozialistischen Planwirtschaft und damit der Kämpfe der ArbeiterInnen. Die hatten sich schon seit den 60er Jahren in den Fabriken, Bergwerken und Büros geweigert, mehr und intensiver zu arbeiten. Versuche des sowjetischen Regimes, diese Verweigerung über Leistungsanreize, Prämien usw. zu brechen, scheiterten. Die Produktivität blieb gering, das wirtschaftliche Wachstum ebenfalls. Die ArbeiterInnen hatten sich auf einen Handel eingelassen: Sie nahmen ein relativ niedriges Einkommen und schlechte Lebensbedingungen hin, dafür war aber eine Grundversorgung garantiert und die meisten mußten - verglichen mit dem Westen - relativ wenig arbeiten.

Anfang der 80er verschlechterte sich die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern immer mehr, weil die ArbeiterInnen fast nur noch Schrott produzierten. Die Versorgung konnte zwar über Importe einigermaßen aufrechterhalten werden, doch diese Importe mußten über Kredite finanziert werten, die sich die Regierung bei internationalen Banken (und später dem IWF) holte. So wuchs die Abhängigkeit vom westlichen Kapital. Die Sowjetunion verlor gleichzeitig immer mehr den Anschluß an die westlichen Staaten, konnte in der Rüstung nicht mehr mithalten und blieb bei der Einführung neuer Technologie (Computer) auf der Strecke. Bis Mitte der 80er konnte sie sich gerade noch so mit den Einnahmen aus den Rohstoffexporten über Wasser halten (Rohöl, Erdgas, Gold). Als der Ölpreis dann sank und damit die Einnahmen zurückgingen, mußte das Regime reagieren.

Kämpfe gegen Perestroika

Ab 1985 versuchte die neue Parteiführung unter Gorbatschow, die sowjetische Wirtschaft zu reformieren. Sie nannte ihr Programm Perestroika (Umgestaltung). Im Mittelpunkt stand der erneute Versuch, die ArbeiterInnen zu mehr und intensiverer Arbeit zu zwingen. Neue Lohn- und Prämiensysteme wurden eingeführt, härtere Strafen für Blaumachen und Alkohol am Arbeitsplatz festgelegt. In den Fabriken wurden Qualitätskontrollen gemacht und den ArbeiterInnen bei hohen Ausschußraten was vom Lohn abgezogen. Eine gleichzeitig durchgeführte Lockerung der Repression (Glasnost) sollte den ArbeiterInnen mehr Freiräume geben und damit ihre Initiative für den Umbau wecken. Um gemeinsame Kämpfe der ArbeiterInnen gegen die Maßnahmen zu verhindern, versuchte das Regime, die ArbeiterInnen zu spalten. Es führte höhere Löhne für die Facharbeiter und Techniker ein. Diese waren dann auch die eifrigsten Unterstützer der Perestroika, da sie was zu gewinnen hofften. Ungelernte, darunter viele Frauen und MigrantInnen, wurden dagegen schlechter bezahlt und zum Teil entlassen.

Der Angriff führte zu neuen Kämpfen. In vielen Teilen der Sowjetunion entwickelten die ArbeiterInnen ab 1985 Streiks und Bewegungen, in denen sie sich gegen die neuen Prämiensysteme wandten und höhere Löhne und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln forderten. Bei den Streikwellen 1989 und 1991 waren Millionen ArbeiterInnen beteiligt, die sich in den Fabriken und Bergwerken in Streikkomitees zusammentaten und eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebenbedingungen verlangten. Parallel gab es Kämpfe in den Knästen, Brotrevolten, eine Ökobewegung usw. Das sowjetische Regime konnte die massiven Aktionen der ArbeiterInnen nicht mehr kontrollieren. Es sah sich gezwungen, Lohnerhöhungen zu gewähren, finanzierte diese dann aber, indem es neues Geld druckte. Dadurch stieg die Inflation und die Lohnerhöhungen waren schnell nichts mehr wert. Gleichzeitig wurden die Renten und andere Sozialleistungen durch die Inflation entwertet. Die Regierung weigerte sich, die Renten entsprechend der Infaltion zu erhöhen, sodaß die meisten Alten - zu 70 Prozent Frauen - verarmten.

Neue Staaten und Putsch Nr.1

In vielen Regionen der Sowjetunion versuchten Funktionäre und Betriebsleiter die Wut und Kämpfe der ArbeiterInnen gegen die Regierung in Moskau für sich einzuspannen. Sie gründeten seit Ende der 80er Unabhängigkeitsbewegungen und verlangten die Souveränität der Teilrepubliken. Dabei konnten sie dann - im Baltikum, im Kaukasus, der Ukraine und in den mittelasiatischen Republiken - auf die Unterstützung vieler ArbeiterInnen zählen. Diese erhofften sich von einem neuen Staat bessere Lebensbedingungen.

Innerhalb des sowjetischen Staatsapparates gab es von Anfang an Widerstand gegen die Perestroika-Reformen, weil sie die Machtpositionen vieler Apparatschiks in Regierung, Verwal-

tung, Armee und KGB gefährdeten. Zwar waren sich alle einig, daß es Reformen geben müsse, um die Verweigerung der ArbeiterInnen zu brechen, aber über die Art und Weise der Durchführung und die genauen Ziele gab es Unstimmigkeiten. Die Reformer um Gorbatschow versuchten immer wieder hier zwischen den „Radikalen", die eine schnelle Einführung der sogenannten Marktwirtschaft wollten, und den „Konservativen", die einen langsamen Übergang und den Erhalt der sowjetischen Strukturen verlangten, zu vermitteln. 1991 spitzte sich die Lage zu, als die ArbeiterInnen (vor allem im Bergbau) viele Streiks organisierten. Sie stellten nun auch Forderungen nach Ablösung der Regierung und Auflösung der Sowjetunion, weil sie erkannt hatten, daß die Lage sich innerhalb der alten Strukturen nicht verbessern würde. Beim Putsch im August 1991 versuchten Konservative aus Verwaltung, Armee und KGB, die Initiative zurückzuerlangen, wurden aber von den meisten Apparatschiks, vor allem den regionalen Verwaltungschefs und Betriebsleitern, nicht unterstützt. Die Radikalen um den russischen Präsidenten Jelzin nutzten die Bewegungen der ArbeiterInnen und diesen Putsch, um die KPdSU aufzulösen und die Sowjetunion gleich mit. Ende 1991 gründeten die ehemaligen sowjetischen Republiken die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" (GUS).

Streiks gegen Schocktherapie

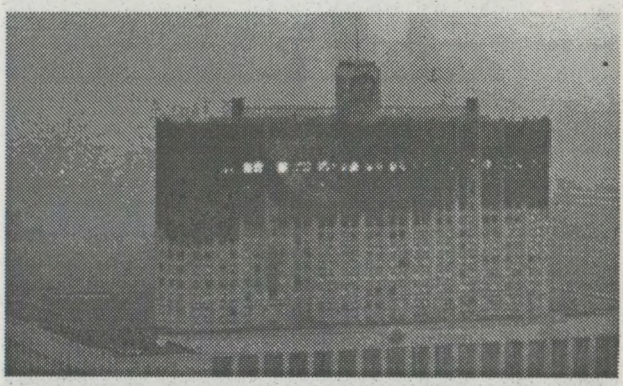
Die Jelzin-Regierung legte 1992 ein neues Programm zur wirtschaftspolitischen Umgestaltung auf - in Rußland „Schocktherapie" genannt. Die Preise wurden freigegeben, Subventionen gestrichen, das Land für Importe geöffnet und die Privatisierung der Betriebe in Angriff genommen. Die (gewollte) Folge war eine noch tiefergehende Krise als zuvor. Die Betriebsleitungen begannen, Profite abzuzweigen und Kapital ins Ausland zu schaffen. Sie zahlten immer häufiger keine Löhne mehr und schickten die ArbeiterInnen in Kurzarbeit oder unbezahlten Urlaub. Die Verarmung erreichte immer mehr ArbeiterInnen, die so gezwungen wurden, Zweit- und Drittjobs zu machen. Viele ArbeiterInnen, RentnerInnen und Jugendliche, machten Kleinhandel, gingen auf den Strich oder beteiligten sich an sogenannten kriminellen Beschaffungsaktionen.

Die Kämpfe der ArbeiterInnen

gingen derweil weiter, vor allem in den Sektoren, in denen bisher wenig passiert war. 1992 streikten u.a. die ArbeiterInnen im Gesundheitssektor und in den Schulen für höhere Löhne - beides Sektoren mit 80 Prozent Frauen. Aber die ArbeiterInnen stellten nicht mehr so weitreichende Forderungen wie noch 1991. Die Streiks fanden oft in Absprache mit den Betriebsleitungen statt. ArbeiterInnen und Betriebsleitungen forderten gemeinsam von der russischen Regierung die Gewährung staatlicher Subventionen. Die ArbeiterInnen erhofften sich davon die Auszahlung ihrer - immer öfter zurückgehaltenen - Löhne. Die Betriebsleitungen wollten die Betriebe - die Basis ihrer Machtposition - erhalten. Die Regierung ging immer wieder auf die Forderungen der ArbeiterInnen und Betriebsleitungen ein und gewährte Kredite und Subventionen, weil sie keine soziale Explosion riskieren wollte. Gleichzeitig lieh sie sich weiter Geld von internationalen Banken und dem Internationalen Währungsfond (IWF), der vor allem die Interessen des amerikanischen, europäischen und japanischen Kapitals vertritt. Der IWF koppelte die Kredite zwar an Bedingungen (geringe Inflation, Privatisierung, usw.), vergab die Kredite aber auch bei Nichteinhaltung. Zu sehr fürchtet das internationale Kapital ein Auseinanderfallen Rußlands oder eine rechtsnationalistische russische Regierung. In beiden Fällen könnte es die Lage in der Region kaum noch kontrollieren.

Mafia-Kapital und Putsch Nr.2

Die Regierung versuchte, die herrschenden Funktionäre und Betriebsleiter als neue herrschende Klasse aufzubauen. Das Privatisierungsprogramm von 1992 wurde so ausgelegt, daß die Betriebsleiter und die wenigen Reichen sich die Aktien der Betriebe unter den Nagel reißen konnten. Zwar wurden Anteilsscheine an alle Leute mit



russischem Paß verteilt, doch die waren quasi nichts wert. Die meisten verkauften sie sofort oder gaben sie sogenannten Investmentfonds, die sie dann in Aktien anlegten. Der Schwindel mit den Anteilscheinen hatte aber einen Zweck. Es wurde so getan, als ginge der gesellschaftliche Besitz (die Betriebe) an die ArbeiterInnen. Die hätten sich nämlich vehement gegen eine Verteilung der Anteile an wenige Bonzen gewehrt. Die Verteilung wurde also über einen anderen Weg durchgesetzt. Hierbei spielt die vielzitierte Mafia eine Rolle. Mafia ist aber keine Bande von Gangstern, sondern eine Organisationsform des Kapitals: die Mafia, das sind Händler und Geschäftsleute, Betriebsleiter und Stadtverwalter, Bullen und Justiz - und vor allem: die Mafia sitzt in der Regierung. Die Aneignung der Betriebe lief über diese Zusammenschlüsse: Korruption, Bestechung, Erpressung und Mord waren Mittel, um die Betriebe unter die Kontrolle weniger zu stellen. Konkurrenten wurden ausgeschaltet, Beamte bestochen, mißliebige ArbeiterInnen beseitigt. Die Regierung konnte behaupten, das seien Gangster, die da am Werke waren, aber sie selbst mischte kräftig mit.

Der Prozeß der Schaffung einer neuen herrschenden Klasse, die die Kontrolle über die Betriebe hat, ist noch nicht abgeschlossen. Die Auseinandersetzung um die richtige Strategie beim Umbau der Wirtschaft ging weiter. 1992 und 1993 gab es Auseinandersetzungen zwischen dem Parlament - unterstützt von Teilen der regionalen Verwaltungs- und Betriebsleitungen - und Präsident Jelzin, hinter dem u.a. die Exportlobby (Erdöl, Erdgas) stand.

Jelzin versuchte diesen Streit für sich zu entscheiden, indem er im September 1993 das Parlament auflöste und es später von Panzern zusammenschießen ließ. Ein deutliches Signal an alle Regionen und die ArbeiterInnen, daß das russische Regime gewillt war, auch Waffen einzusetzen, um seine Interessen durchzusetzen.

Imperiale Neuordnung,...

Schon seit 1992 gebärdete sich die russische Regierung nach außen hin deutlicher nationalistisch und imperialistisch. Sie drohte mit dem Einsatz militärischer Mittel zum Schutz der „Russen" in den anderen GUS-Republiken und wandte sich gegen eine NATO-Erweiterung in Osteuropa. Innerhalb der GUS engagierte sie sich in militärischen Konflikten (Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Tadschikistan) und setzte die Stationierung russischer Truppen in diesen Republiken durch. Hintergrund dafür ist die Tatsache, daß die russische Wirtschaft nur über die Reorganisierung des ehemaligen sowjetischen Wirtschaftsraumes lebensfähig scheint. Rußland braucht die billigen Rohstoffe und Arbeitskräfte aus dem ärmeren Süden und die anderen GUS-Regionen als Absatzmarkt. Da das russische Kapital aber nicht in der Lage ist, ökonomisch gegen die Konkurrenz aus dem Westen zu bestehen, bleibt nur die militärische Durchsetzung seiner Interessen.

Dabei spielt auch eine Rolle, daß die Regierung von anderen Teilen der herrschenden Klasse (Leitungen der Rüstungsbetriebe, Armee ...) unter Druck kam. Diese unterstützten massiv die nationalistischen rechten und stalinistischen Organisationen, die sich gegen die „Ausverkaufsstrategie" der Jelzin-Regierung (gegenüber dem Westen) wenden. Hier treffen wieder zwei unterschiedliche Positionen innerhalb der herrschenden Klasse aufeinander. Die „Liberalen" wollen Rußland in die Weltwirtschaft integrieren und sind der Meinung, daß das nur über die Öffnung des russischen Marktes für Importe funktioniert. Sie wollen die ArbeiterInnen in Rußland zwingen, mehr zu arbeiten, indem sie mit Entlassungen und Schließung der Betriebe drohen. Die Rechtsnationalisten und Stalinisten wollen die ArbeiterInnen auch zu mehr Arbeit zwingen, aber die Betriebe erhalten und die Märkte schützen, da die Zerstörung der russischen Industrie den Verlust des internationalen Einflusses Rußlands nach sich ziehen würde. Rußland wäre dann endgültig auf dem Weg zu einem reinen Rohstoffexportland. Die Regierung versuchte, einen Kurs zwischen beiden Positionen zu fahren.

...Spaltung der ArbeiterInnen...

Innenpolitisch sicherte sich die Regierung mit einer nationalistischen und rassistischen Politik ab (z.B. Kampagne gegen die Mafia, die sie als „kaukasisch" darstellte, oder die Betonung der „russischen Interessen" gegenüber den „Ausländern"). Sie wollte die ArbeiterInnen spalten, um eine Vereinheitlichung der Kämpfe zu verhindern, und nutzte dabei die Linie der „Herkunft". Auch hier reagierte die Regierung auf den Druck der rechten und stalinistischen Nationalisten. Diese haben sich seit 1992 eine kulturelle und politische Hegemonie gesichert. Teile der ArbeiterInnen sympathisieren mit ihnen, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer miesen Lage erhoffen. Linke und revolutionäre Ansätze sind durch die sowjetische Vergangenheit für viele ArbeiterInnen

diskreditiert. So bleiben für einige nur die Rechten als politische Perspektive. Wichtig ist aber, daß die meisten ArbeiterInnen sich ganz aus den politischen Auseinandersetzungen raushalten und ihnen die Schiebereien in Moskau am Arsch vorbeigehen. Sie sehen sich gezwungen, ihr tägliches Überleben zu sichern und viele kämpfen und streiken nur für ihre unmittelbaren, materiellen Interessen.

...und Krieg!

Hinsichtlich der Vertretung der imperialistischen Interessen Rußlands wurde die russische Regierung im Dezember 1994 deutlicher. Zehntausende Soldaten marschierten in die russische Teilrepublik Tschetschenien ein, die sich 1991 für unabhängig erklärt hatte, was von der Regierung in Moskau nicht akzeptiert worden war. Hintergrund dafür ist u.a. der Zugriff auf die enormen Erdöl und Erdgasvorkommen am Kaspischen Meer und ihren Transport in die westlichen Metropolen USA, EG und Japan. Die russische Regierung verspricht sich hier große Deviseneinnahmen, die sie für den Umbau der Wirtschaft braucht. Sie will den Transport des Öls zu einem russischen Schwarzmeerhafen durchsetzen. Die dafür vorgesehene - schon gebaute - Pipeline geht durch Tschetschenien und seine Hauptstadt Grosny. Die Bombardierung von Grosny, bei der Zehntausende krepierten, war eine Warnung - nicht zuletzt auch an die wieder streikenden BergarbeiterInnen in den russischen Kohlerevieren: Die Regierung schießt auch euch über den Haufen, wenn ihr in euren Kämpfen zu weit geht! *wildcat*

Veranstaltung zum Klassenkampf in Rußland

Vortrag, Diskussion und Videos:

Dawai, Dawai!
Interviews zum Klassenkampf in Moskau, 1993 (30 Minuten)

Slawa Trudu!
Nationalismus und soziale Kämpfe in Rußland, 1994 (15 Minuten)

Donnerstag, 20.7.95, 19 Uhr in der Lichtwirtschaft
Stockartstr.11, Leipzig-Connewitz,

Termine Reisetips und was sonst los ist im Sommer

1.7. Samstag

21 Uhr, Lichtwirtschaft, Konzert, SKALKOHOLICS (Halle), VOLXSTURM (Schwerin), GOYKO SCHMIDT (Berlin), STROHSÄCKE (Berlin), Cheyenne sagt: Oi!Panx-Ska-Party.
21 Uhr, Conne Island, TECHNO SURPRISE HAPPENING
21 Uhr, Zoro, Extremtanz
21 Uhr, Frauenkultur e.V., Konzert, KICK LA LUNA, Frauenband aus Frankfurt/Main, Funk und Soul
22 Uhr, Schaubühne Lindenfels, „Siebente Weiße Nacht" - Performance (siehe Details)
21 Uhr, naTo, Konzert, „SERGANT WEISSFLOG"

2.7. Sonntag

19 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Menschen am Sonntag", Dt. 1929, siehe Filmriss!
21 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „The lost World", USA 1925, siehe Filmriss!

3.7. Montag

9.30 Hauptbahnhof, Aktionen gegen die Einberufungen / Vor-Ort-Beratung von Verweigerungswilligen

20 Uhr, Conne Island, Konzert, SICK OF IT ALL (N.Y.) + CIV (Ex-Gorilla Biscuits) + H20 (N.Y.)
20 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Menschen am Sonntag", Dt. 1929, siehe Filmriss!
21 Uhr, naTo, Konzert, RABE + UB LIBITUM, Examenskonzert von Studenten der Musikhochschule, Funk/Jazz/Soul

4.7. Dienstag

13 Uhr, Amtsgericht Angerstraße, Gerichtstermin gegen drei jugendliche Leipziger wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung (Sprühen von Grafitis)

20 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „The lost World", USA 1925, siehe Filmriss!
20 Uhr, Gewandhaus, Großer Saal, San Francisco Symphony Youth Orchestra spielt Richard Strauß: Don Juan op. 20; Maurice Ravel: Daphnis et Chloe, 2. Suite, Sergej Prokowjew: 5. Sinfonie B-Dur op.100

5.7. Mittwoch

19.30 Weltladen Connewitz, Vortrag von Prof. Chakraborty (Indien) Phlisoph und langjähriger Mitarbeiter im Umweltministerium, über „Die Rolle des fairen Handels in der `Dritten` Welt bei der sozial-ökonomischen Entwicklung" und „Zukunftsperspektiven der kooperativen Entwicklung in Indien"

6.7. Donnerstag

Frankfurt/Main, 9.30, Gerichtkomplex, Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld, Kontakt: 0611-44 06 64 (freitags 18-20Uhr)
17 Uhr, mb, Demonstration zum französischen Konsulat gegen die französischen Kernwaffentests in der Südsee
20 Uhr, Conne Island, Offenes Antifaschistisches Plenum

20 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Chingachgook, die große Schlang", DDR 1967
20 Uhr, naTo, Kino, „Aus der Todeszelle - Mumia Abu-Jamal", siehe Filmriss!
22 Uhr, mb, Konzert, WARUMP! BAND, Aboriginal from the Outback.
23 Uhr, naTo, Kino, „Die Verschwörung der Frauen", GB 1988, siehe Filmriss!

7.7. Freitag

20 Uhr, naTo, Kino, „Aus der Todeszelle - Mumia Abu-Jamal", siehe Filmriss!
21 Uhr, Lichtwirtschaft, 44 LENINGRAD (D), folkloristischer Revolutions-

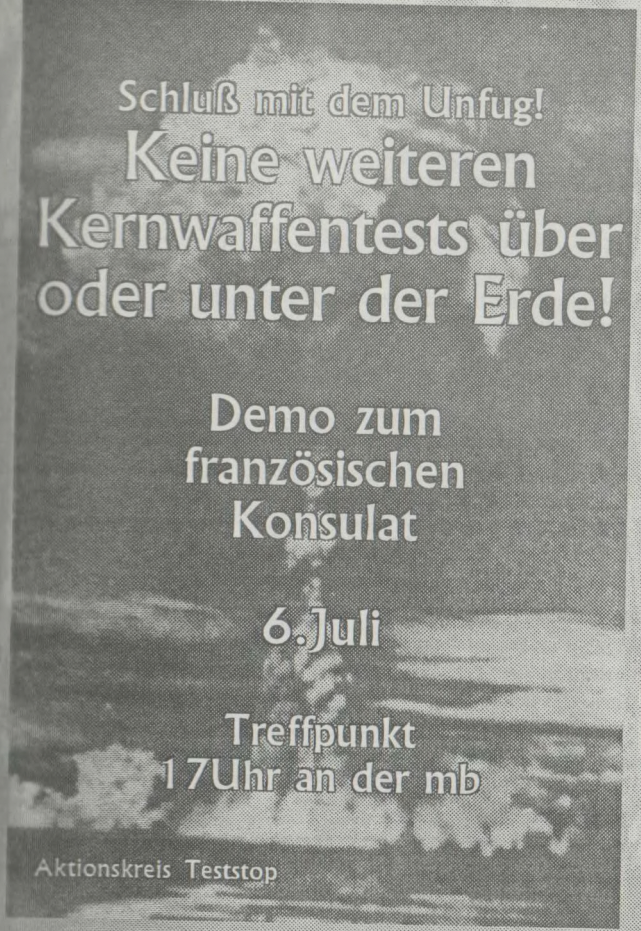
punkrock von 1924, sehr nostalgisch und seeehr tanzbar
22.30, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Lawrence von Arabien", GB 1962, siehe Filmriss!
23 Uhr, naTo, Kino, „Die Verschwörung der Frauen", GB 1988, siehe Filmriss!

8.7. Samstag

20 Uhr, naTo, Kino, „Aus der Todeszelle - Mumia Abu-Jamal", siehe Filmriss!
23 Uhr, naTo, Kino, „Die Verschwörung der Frauen", GB 1988, siehe Filmriss!
23.30, Cafe Substanz, Kino, „Nightwatch", Dänemark 1994, siehe Filmriss!

9.7. Sonntag

15 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Lawrence von Arabien", GB 1962, siehe Filmriss!
19 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Lawrence von Arabien", GB 1962, siehe Filmriss!
23 Uhr, naTo, Kino, „Die Verschwörung der Frauen", GB 1988, siehe Filmriss!



10.7. Montag

21 Uhr, naTo, Kino, Pina Bausch: „Die Klage der Kaiserin", D/F/GB 1989

11.7. Dienstag

21 Uhr, Zoro, Konzert, INTESTINAL DESEASE (Bel) + MUGGLES (Bel) + KITO (UK) + H.S.K. (UK)
21 Uhr, naTo, Kino, Pina Bausch: „Die Klage der Kaiserin", D/F/GB 1989

13.7. Donnerstag

Frankfurt/Main, **9.30, Gerichtkomplex, Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld, Kontakt: 0611-44 06 64 (freitags 18-20Uhr)**
20 Uhr, **Conne Island, Offenes Antifaschistisches Plenum**

20.30, Frauenkultur e.V., Lesung mit Kathleen Weise und Annett Kraske, zwei junge Leipziger Autorinnen mit eigenen Werken, Lyrik und Prosa
23 Uhr, naTo, Kino, „John Lurie and The Lounge Lizzards", USA/GB 1991, siehe Filmriss!

15.7. Samstag

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)

16.7. Sonntag

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)

17.7. Montag

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)

21 Uhr, mb, Konzert, VOICHES IOWA, USA, zehn Jazzvocalisten vom Feinsten!!!

18.7. Dienstag

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)

19.7. Mittwoch

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)

9.45, naTo, Kino, „Die Weihnachtsgans Auguste", „Bootsmann auf der Scholle" und „Sechse kommen durch die ganze Welt", DEFA-Trickfilme ab 5 Jahre aber offen für alle.

20.7. Donnerstag

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)
20 Uhr, **Conne Island, Offenes Antifaschistisches Plenum**

21.7. Freitag

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)
Frankfurt/Main, **9.30, Gerichtkomplex, Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld, Kontakt: 0611- 44 06 64 (freitags 18-20Uhr)**

21 Uhr, Stöckartstraße 7/9 Open Air, Soli-Konzert für Mumia Abu-Jamal mit B.WILSON AND SOUND OF THE EARTHBEAT (Dubraggae aus UK), in Vorbereitung DEMO, FILM, INFO-STÄNDE

22.7. Samstag

Radtour antirassistischer Gruppen von Zittau nach Franfurt/Oder mit Aktionen und Veranstaltungen, Kontakt: Tel. 0341 - 211 93 22 (Freitags 13-18Uhr)

22.30, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Vier Hochzeiten und ein Todesfall", USA/GB 1994. Für die Freunde der guten Komödie, Mr. Beam und von Hugh Grants Haren ein Muß!

24.7. Montag

21 Uhr, naTo, Kino, „Performance", GB 1969, siehe Filmriss!
23 Uhr, naTo, Kino, „Laibach: Sieg unter der Sonne", Dok, Jugoslawien 1989

25.7. Dienstag

21 Uhr, naTo, Kino, „Performance", GB 1969, siehe Filmriss!
23 Uhr, naTo, Kino, „Laibach: Sieg unter der Sonne", Dok, Jugoslawien 1989

26.7. Mittwoch

21 Uhr, Zoro, Konzert, AN NAON DU (ZH) + KÜCHEN MESSER NR. 8 (D) + ABFACKELN (D)

27.7. Donnerstag

20 Uhr, **Conne Island, Offenes Antifaschistisches Plenum**

20 Uhr, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Cinema Paradiso", I/Fr 1989, siehe Filmriss!

28.7. Freitag

22.30, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Cinema Paradiso", I/Fr 1989, siehe Filmriss!

29.7. Samstag

22.30, Schaubühne Lindenfels, Kino, „Cinema Paradiso", I/Fr 1989, siehe Filmriss!

4.8. Freitag

Hannover, Chaostage, ohne festes Programm, eingach hinfahren, Spass haben, überall in Hannover

5.8. Samstag

Hannover, Chaostage, ohne festes Programm, eingach hinfahren, Spass haben, überall in Hannover

22 Uhr, naTo, ACID JAZZ DANCE PARTY von Jazzblind mit Gast-DJs aus Hamburg, Berlin, Leipzig und London

6.8. Sonntag

Stuttgart-Vaikingen (US-Europa-hauptquartier), **Zaunentfernung anläßlich des 50 Jahrestages des Atombombenabwurfes über Hiroshima, Kontakt: EUCOMmunity, c/o Ohne Rüstung leben, Furtbach-straße 10, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-640 96 20**

Hannover, Chaostage, ohne festes Programm, eingach hinfahren, Spass haben, überall in Hannover

9.8. Mittwoch

Stuttgart-Vaikingen (US-Europa-hauptquartier), **Zaunentfernung anläßlich des 50 Jahrestages des Atombombenabwurfes über Nagasaki, Kontakt: EUCOMmunity, c/o Ohne Rüstung leben, Furtbach-straße 10, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-640 96 20**

11.8. Freitag

22 Uhr, naTo, ACID JAZZ DANCE PARTY von Jazzblind mit Gast-DJs aus Hamburg, Berlin, Leipzig und London

17.8. Donnerstag

21 Uhr, Zoro, Konzert, WOUNDED KNEE (LUX) + ROTZBOWEN (LUX) + UNHINGED (BEL) + COEXIST (FRA)

19.8. Samstag

22 Uhr, naTo, ACID JAZZ DANCE PARTY von Jazzblind mit Gast-DJs aus Hamburg, Berlin, Leipzig und London

21.8. Montag

Frankfurt/Main, 9.30, Gerichtkomplex, Prozeßtag gegen Birgit Hogefeld, Kontakt: 0611-44 06 64 (freitags 18-20Uhr)

26.8. Samstag

20 Uhr, Mendebrunnen (bei schlechtem Wetter im Kleinen Saal), Leipziger Synagogalchor, jiddische und hebräische Folklore in freier Bearbeitung

22 Uhr, naTo, ACID JAZZ DANCE PARTY von Jazzblind mit Gast-DJs aus Hamburg, Berlin, Leipzig und London

28.8. Montag

Amtsgericht Angerstraße, **Prozeßtag gegen 6 Wurzener Nazis, wegen schwerem Landfriedensbruch (organisierter Überfall auf eine Wohnbaracke portugiesischer Bauarbeiter)**

29.8. Dienstag

22 Uhr, mb, Konzert, THE SWANS, stellt Euch vor, Saw Through würden Popmusik machen und alle fänden das gut.

Adressen:

Conne Island, 04277 Leipzig, Koburgerstr. 3, Tel. 311044
Frauenkultur e.V., 04107 Leipzig, Braustr.17/19, Tel. 2130030
Gewandhaus, 04008 Leipzig, Augustusplatz 8, Tel. 1270280
mb, 04109 Leipzig, Universitätstr. 10, Tel. 2118988
naTo, 04275 Leipzig, Karl-Liebknecht-Str. 46, Tel. 311284
Schaubühne Lindenfels, Leipzig, Karl-Heine Str. 50, Tel. 4802047
Substanz, Leipzig, Täubchenweg
Weltladen Connewitz, 04277 Leipzig, Stöckartstr.11
Winfried von Kessler Lichtwirtschaft, 04277 Leipzig, Stöckartstr. 11
Zoro, 04277 Leipzig, Bornaischestr. 54, HH, Tel. 321810

KREUZER

TEXT: AMO FOTOS: UWE FRAUNDORF

DER TRAUM IST ★US

An dieser Stelle singt der Kreuzer die Leier vom bösen Autonomen, der wegen chronischer Ungebildetheit die schöne Verlagsbuchhandlung eingehen ließ

Das Conne Island hatte für den 15.6. zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Kreuzer geladen. Dem Einladungstext zufolge, war die Mai Titelgeschichte „Connewitz - der Traum ist aus..." Anlaß für die Diskussion. Diese sei des Kreuzers „letzte Chance: Um den gegenwärtigen Appeasement-Zustand entweder aufzukündigen oder gar wieder zu einer okayen Kooperation zu bringen". Die Erwartung an den Kreuzer war, „sich zum vorhandenen Connewitz Mythos respektabel zu positionieren - mit allen Konsequenzen".

Es wäre übertrieben zu sagen, der Zuspruch, den die Diskussion fand, sei massenhaft gewesen, aber es waren doch die verschiedensten Leute gekommen. Die Podiumsdiskussion begann, indem Sören von Conne Island, Kreuzer Chefredakteur Jörg Augsburg, Layouter Raban Ruddigkeit und ein Bewohner der Stöckartstraße in knappen Worten ihre Haltung zu den Begriffen Mythos und Traum darlegten. Gewinner dieser Runde war Raban Ruddigkeit mit seinem Hinweis schon sein ganzes Leben, bis auf die letzten Monate, in Connewitz über dem Dach des Zorro zu wohnen, aber eigentlich alles nur von außen mitbekommen zu haben und deshalb für die nicht jugendliche Bevölkerung Connewitz´ sprechen zu wollen.

Dann allerdings machte der Diskussionsleiter den nicht wieder gut zu machenden Fehler, Fragen aus dem Publikum zuzulassen. Natürlich wurde die angenehme Diskussionsathmosphäre durch eine Frage nach der Titelgeschichte gestört. Dabei war der Autor des eigentlichen „der Traum ist aus ..."- Artikels gar nicht anwesend. Es war deshalb überhaupt nicht möglich über den Artikel zu sprechen. Der Kreuzer huldigt nämlich dem AutorInnenjournalismus. Raban Ruddigkeit erklärt, daß das bedeutet, die Redaktion bittet einen, von dem sie annimmt, er könne Ahnung haben, beispielsweise weil er wie in diesem Fall gerade in der Nähe wohnt, läßt den schreiben und ist froh. Der Diskussionsleiter wittert seine Chance und versucht das Ganze zurück in geordnete Bahnen zu lenken. Aber Teile des Publikums, namentlich die sich zu Wort melden, sind nicht zu

Die „Alternative Idylle“ Volksküche wird beschworen

Außerdem wird Connewitz mit dem Bayrischen Platz verwechselt, wo die Bullen 1992 eine Demonstration mit ca. 3.000 TeilnehmerInnen aufmischen

halten. Immer wieder hacken die auf dem Kreuzer herum. Ob es sowas wie journalistische Verantwortung beim Kreuzer überhaupt gäbe. Da hilft auch Ruddigkeits Vergleich nichts, eine Meinung im Kreuzer sei nichts anderes, als wenn der Autor sie jemandem auf der Straße erzähle. Es wird ihm einfach nicht geglaubt. Augsburg setzt auf Offensive. Connewitz sei doch egal. Er wisse zufällig, daß es um die Einheit und Mobilisierungsfähigkeit der Szene nicht gut bestellt sei und was bitte ist denn das alternative an den Connewitzer Ex-BesetzerInnen? Die suchen doch nur Wohnraum wie alle anderen auch. Die Leute aus den Projekten sollten doch ihm mal erzählen, was für Perspektiven sie für die nächsten fünf Jahre haben. Er sehe keine. Nein das Publikum ist nicht nett, kommt immer wieder auf den Artikel dessen Wirkung und dessen fragliches Ziel zurück, anstatt mit dem Chefredakteur den nächsten Fünfjahrplan zu diskutieren.

Wäre es das nicht gewesen, mit Menschen, die weder wissen, was bisher an Arbeit geleistet wurde, die Geschichte und den Stand der Connewitzer kennen, noch ein ernsthaftes Interesse bekunden, sich konstruktiv über Perspektiven zu unterhalten (mit Leuten also die nur ein Ziel haben: sich zu profilieren) über die eigene Zukunft zu diskutieren? Es blieb der Traum des Diskussionsleiters. An eine Positionierung des Kreuzers auf der über eine Zusammenarbeit oder zumindest ein Verhältnis diskutierbar geworden wäre, war nicht zu denken. Ruddigkeit hielt sich bedeckt und Augsburg offenbarte lieber mit jedem Satz aufs neue, daß er ohne jeden Plan war. Aber warum war das Publikum auch so störrig? Selbst der Hinweis, der Kreuzer sei und bleibe nunmal ein kommerzielles Unternehmen, half nichts. Obwohl Kommerz doch alles erlauben müsse. Vielleicht hängt ja das wirtschaftliche Überleben des Kreuzers davon ab, ob er eine bestimmte (steigende) Quote an nicht oder schlecht recherchierten Artikeln bringt. Immerhin verdient Ruddigkeit auch noch seine Brötchen mit dem Kreuzer, den er macht, weil er nie was vom Staat wollte!

Wenn diese Veranstaltung ein Fazit zuläßt, dann: Keine Chance dem Kreuzer! Es gibt den Typen nur das Gefühl, sie hätten Plan von Sachen, in die sie keinen Einblick haben. Ob das Conne Island soviel Konsequenz an den Tag legt? ●

Radiohören zwischen gut und böse

Neue Programmvielfalt im Leipziger Äther - Bürger/innen machen Radio

Wer bisher in Leipzig Radio hören wollte, war entweder auf die Kurzwellenfrequenz von BBC angewiesen oder aber mußte sich mit der lokalen Scheiße zufrieden geben. MDR-Info als Infosender zu bezeichnen, ist nur schwer gerechtfertigt. Die Beiträge befinden sich in ziemlich kurzen Schleifen, und als arbeitsloser Heimarbeiter war ich gezwungen, das Zeug nach spätestens zwei Stunden abzustellen. Daß ich das Radio dann meistens wirklich abstellen mußte, lag natürlich an den anderen Sendern, allen voran NRJ, wo sich die Loops nicht auf Redebeiträge beziehen sondern auf die gespielte Musik. So kann es schon mal vorkommen, daß du ein Lied 3 mal am Tag hören mußt, und das auch noch jeden Tag. Zum Zeitpunkt meines letzten Ausschaltens war Offsprings "Self esteem" gerade der Renner. Monate vorher war es Marusha. Die allmorgendlichen "Tagestalks", bei denen offensichtlich eine Überschrift aus der aktuellen LVZ rausgeschnippelt wird, über die die Hörer/innen dann diskutieren müssen, sind meist unter aller Sau. Nicht nur, daß die Anrufer/innen meistens keinen Plan haben, wovon sie da reden, nein auch der/die Moderator/in ist oft überfordert. Wenn Themen wie "Sollte ich meinen Hund vegetarisch ernähren?" von Leuten besprochen werden, die unter "vegetarisch" eine Schüssel Salat verstehen, kann dabei nichts rauskommen. Spätestens wenn dann 14jährige Schüler/innen behaupten: "Mein Hund würde keinen Brokoli essen", ist der Zeitpunkt, zur Fernbedienung zu greifen oder mit einem gut gezielten Messerwurf die Netzstrippe zu kappen.

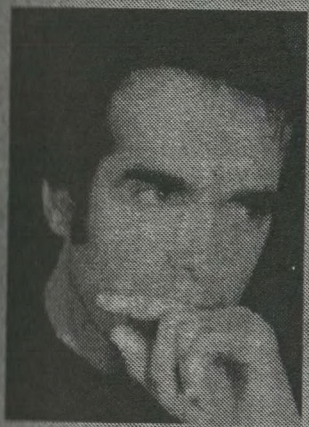
In den Sonntags mitunter stattfindenden 4-Stunden-Hörertelefondiskussionen sind die Leute von NRJ den sächsischen Faschos, die sich den Hörer weitergeben, kaum gewachsen. So werden auf dieser Frequenz wichtige Themen zerredet und leider den falschen der Äther überlassen. Sender wie MDR-Life oder PSR will ich hier nicht mehr erwähnen, mindestens, als meine Freundin jeden morgendlichen Anruf mit "mdr-Life?" quitierte, hatte sich das Thema erledigt.

Doch: A new star is born. (Joke) Seit Ende Mai sendet Sachsenweit der Infosender "Radio Ropa Info", der zwar irgendwie ein preiswerter Werbekanal der TechniSat-Gruppe zu sein scheint, der aber ansonsten durchaus hörbar ist. Die Informationen, die von Radiosendern in der ganzen Welt (Schwerpunkt liegt dabei auf Europa) geborgt werden, machen das Programm recht abwechslungsreich, wenn auch manchmal trivial. Wer hier über die Life-Berichte aus dem japanischen Kaiserhaus hinweghört und sich von der nichtssagenden Seventees-Rock-Mugge nicht stören läßt, kann sich das Zeug den ganzen Tag um die Ohren ballern lassen und hört doch immer noch was Neues. Angenehm unterbrochen wird das Ganze an Wochentagen jeweils zweimal für zwei Stunden vom Leipziger Uni-Radio "Mephisto", wo heranreifende Journalist/inn/en sich austoben können. Schwerpunkt liegt hier ganz klar bei Redebeiträgen, die Leipzig bzw. die Region zum Thema haben. Hierzu gibt es nicht viel zu sagen, Radio eben. Besser, weil interessanter, wird es da Sonntags jeweils von 17 bis 21 Uhr. Da sendet das Leipziger Bürger/innen/radio "BLAU". Verschiedenste Gruppen haben hier Zugang zum Äther, etwa die ZEITLUPE, das Teenieprojekt "wrtnkrtznblz" (weiß echt nich mehr, wie das heißt), das Lesbi-Schwul-Projekt "Rosa Linde" oder die Jugendradiogruppe "Dragee 19". Die meisten Sachen haben einen Tiefgang, der manchmal schon stört. So sind auch schon Gespräche von einer ¾Stunde, unterbrochen von Schubertschen Kompositionen vorgekommen. Eine Richtung kann dem ganzen im Moment kaum bescheinigt werden, beim Zuhören ergibt sich der Eindruck von: "Wir machen alle Radio, aber jeder macht, was er/sie denkt" - wie das eigentlich auch von so einem jungen Projekt mit relativ freiem Zugang zu erwarten ist. Manchmal stört das dann aber doch. Wenn in einem Moment eine Gruppe dazu aufruft, die türkische Tourismusindustrie zu boykottieren (also nicht in der Türkei Urlaub zu machen), um die Türkei wegen der Kurd/inn/enverfolgung unter Druck zu setzen, und 2 Minuten später die nächste Moderatorin dazu aufruft, doch auch an die armen türkischen Menschen zu denken, die vom Tourismus leben (also doch in der Türkei Urlaub zu machen), so scheinen hier noch eine Menge Diskussionen anzustehen. Trotzdem ergibt sich hier die Möglichkeit, das Medium Radio für eine kritische Auseinadersetzung mit lokalen und nicht lokalen Problematiken zu nutzen, und das wird auch schon kräftig getan. Anläßlich des Hausbesetzer/innen/kongresses gab es ein ellenlanges Gespräch mit ehemaligen Leipziger Besetzer/inne/n, die auch recht ordentlich mit der Szene aufräumten, ohne dabei die Idee an sich schlecht zu machen. Daß dabei auch mal Sachen, die jenseits des eigenen Horizontes liegen (für mich z.B. Stötteritz) ist eher angenehm als störend. Also Sonntags immer 97.6 - Radio BLAU - auch wenn der Spot: "Wozu Alkohol? - es gibt doch Radio BLAU" irgendwie Scheiße ist.

t.v.

Rolling Stones-Konzert fällt aus!

aus einem Partygag wurde blutiger Ernst



Claudia (rechts im Bild) wollte nur mal eben einen "netten" Zaubertrick vorführen, den sie bei ihrem Freund **David** gesehen hatte. **Mick** (im Bild unten, liegend), mit dem sie schon den ganzen Abend gealbert hatte, war sofort bereit mitzumachen. Doch das sollte sein letzter Partygag sein.
Der Barkeeper: "Plötzlich wollte niemand mehr eine »bloody mary«"

David Copperfield: "Alles geschah so schnell. Die zwei hatten miteinander gescherzt, waren gute Freunde. Ich kann es noch nicht fassen! Das alles mit meiner Säge! Sie hätte mich ja auch mal fragen können, wie man so etwas macht!"

Die Leere des Raumes oder

Ein Stuhl ist ein Stuhl ist ein Stuhl

Stuhl MR20

In alten Zeiten durchreiste man in Japan wilde, menschenleere Gebiete ohne Übernachtungsmöglichkeiten.

Ein Wanderer ist auf dem Weg über Land, als die Nacht hereinbricht. Er sammelt Binsen, wie sie fast überall dicht an dicht wachsen und bindet sie an der Spitze zusammen. Der zeltartige Raum bietet ihm den gewünschten Schutz. Am anderen Morgen löst er den Knoten, die Binsen fallen auseinander und liegen wieder dort, wo er sie aufnahm. Das nächtliche Lager hinterläßt eine Spur, außer einigen leicht geknickten Binsen und der Erinnerung im Gedächtnis des Wanderers.

(aus: „Der japanische Tee - Weg")

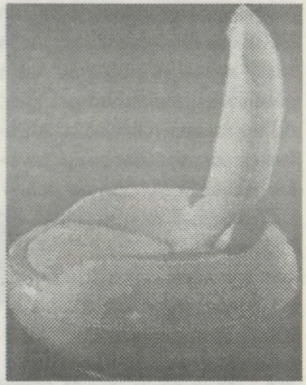
In der Produktion und im Gebrauch von, beispielsweise, Möbeln drückt sich unsere Zeit, unsere Gesellschaft, unsere Arbeitswelt, kurz unsere Lebensform aus. Jedes Objekt ist voller Botschaften, die von Tradition, Funktion und Inspiration künden. Und dessen, daß diese Botschaften unser Empfinden beeinflussen, können wir uns hundertprozentig sicher sein. Das man auf dem „Stuhl Nr. 3107" von Jacobsen, dem „MR 20" von Mies van der Rohe oder auf einem Sofa von Leonhard Glink jeweils andere Gedanken hat, daran dürfte kein Zweifel bestehen. Design ist eine verändernde Kraft.

Wie viele Ideologien setzt die Ideologie des Erscheinungsbildes eben darauf, daß vor dem Denken die Wahrnehmung kommt. Indem sie in der heutigen Praxis der Produktgestaltung die Erscheinung der Dinge von den Dingen trennt, macht sie die Wahrnehmung zur Falschnehmung. Es gibt von Stuhl und Stehlampe bis hin zur Sprache und den Systemen der Machtausübung nichts, was sich durch „Design" nicht von sich selbst trennen ließe; oder warum sonst guckt die Oberbirne seiner Brille beraubt gutmütig wie der Märchenonkel von den Wahlplakaten? Und das z.B. die Telekom massenweise Geld zum Fenster hinauswirft, um hunderttausende praktischer gelber Telefonzellen niederzureißen und sie durch graurosafarbene Gebilde zu ersetzen, die aussehen, als wären sie gerade aus einem Interegio - Zug gefallen, ist nicht unser Schaden. Unser Schaden ist: Wir erkennen die neuen Telefonhäuschen dank ihres Perfekten Tarnanstriches von weitem überhaupt nicht - und selbst wenn wir davorstehen, sehen wir statt der Zelle bloß ihr „Design". Wir machen die Augen zu und machen sie am Besten nie mehr auf.

Design ist ein Schlüssel zum und Aushängeschild des Erfolges geworden, und zugleich wurden Designer zu Weltstars und Gurus. Phillipe Starck, Colani, Memphis, Alessandro Mendini, sie sorgen dafür, daß ein Kessel, indem man morgens sein Wasser kocht, nicht mehr einfach nur ein Kessel sein darf, er gehört als „Objekt" ins Leben und bekommt ein Pop - buntes Vögelchen als Pfeife übergeholfen. Design ist die materialisierte Zeit in der wir leben, oder leben sollen, und es scheint, daß es sich um eine Zeit der Hüllen und Oberflächen handelt. Der Begriff Design meinte zu Beginn der, mit der Industrialisierung zusammenhängenden, Zeit des Massenproduktes die Führung der Gesamtheit von Konzeption, Planung, Ordnung über die gestalterische Idee zum Gebrauch und nicht das heutzutage Übliche verstecken und vertuschen hinter Packung und Dekor. In jener Vorstellung von Formgebung, in der Form sowohl letztes Glied als auch Resultat einer langen Kette geistiger und kreativer Prozesse war, umschrieb der Architekt Louis H. Sullivan (1856 -

1924) genau diesen Sachverhalt mit den Worten: form follows function. Wohl kaum ahnte er, daß diese, in ihren Auswirkungen faszinierende, simple Formel heute meist in ihr dogmatisches Gegenteil verkehrt wird; die Form als Zweck der Gestaltung. Eine Tat, die in ihren Auswirkungen den Folgen der Entdeckung der Kernspaltung gleichkommt. Mensch braucht nur einen Schritt in ein Kaufhaus zu treten oder den Blick durch einen Laden für Inneneinrichtung schweifen zu lassen, um sich dessen zu vergewissern. Wenn die meisten Menschen heute ein Messer in die Hand nehmen, eine Tasse zum Mund führen oder sich auf einen Stuhl setzen, nehmen sie ein Messer in die Hand, führen eine Tasse zum Mund oder setzen sich auf einen Stuhl. Keinesfalls jedoch sind sie sich dieser Vorgänge bewußt. Wären sie es, müßten sie feststellen, daß ihre Messer zwar zum schneiden, jedoch nicht zum in die Hand nehmen taugen, daß sie mit ihren Tassen zwar Flüssigkeit in den Mund schöpfen können, aber soviel Kraft darauf verwenden müssen, den Henkel nicht aus den gequetschten Fingern zu verlieren, daß sie den Unterschied zwischen Kaffee und Tee nicht bemerken oder daß sie beim sitzen auf einem Stuhl Gedanken daran verschwenden, wieviele Möglichkeiten der Beinstellung ihnen einfallen, damit dieselben nicht einschlafen, statt den Stuhl wenn schon dann überhaupt nicht zu bemerken.

Hätte mich vor geraumer Zeit jemand aufgefordert, gutes Design zu bestimmen, hätte ich erst in



Andere Stühle - andere Gedanken. Stuhl No. 3107 (oben), Sitzei von Ghyczy (mitte) und Rietvelds Blau-Rot-Stuhl (unten)

Ruhe nachdenken müssen. Gewiß, mir währen wohl einige Beispiele in den Sinn gekommen, der Wasser- und Weinkrug von Wagenfeld etwa, ein in der japanischen Tee - Zeremonie verwandter Wasserschöpflöffel, Rietvelds blau - roter Stuhl, Keramiken von Lindig oder das Sitzei von Ghyczy. Aber wie sie alle in einem Satz unter den Hut bekommen? Ich habe letztens einen Text gefunden, der die Quintessenz dessen ist: „...Der Betrachter saß stundenlang vor Produkten, die in Ulm *(gemeint ist die damalige und dort ansäßige Hochschule für Gestaltung, d. S.)* entwickelt wurden. Er hat sie angestarrt, wie ein Andachtsbild, um ihnen ihr Geheimnis zu entlocken: Ascher, Brillen, Türgriffe, Hocker, Radios, Waschbecken. Und er dachte, was bloß geht von diesen Dingen aus? ...Sie sind ohne Gemüt, ohne Stimmung...sie sind genau, dicht, sicher, nicht weiter zu reduzieren, letztmöglich, definitiv, sie sind in sich begründet, sie sind notwendig." Gutes Deign setzt sich im wesentlichen aus drei Komponenten zusammen, die, graphisch betrachtet, ein gleichseitiges Dreieck ergeben, keine Spitze ist dominant: Tradition - Funktion - Inspiration. Gutes Design ist brauchbar, es ist notwendig. Kitsch zeichnet sich durch Unbrauchbarkeit aus, er dient sich selbst. Gutes Design ist unsichtbar, Kitsch kreischt die eigene egozentrische Existenz heraus. Gutes Design hebt sich nicht künstlich hervor, sondern erlangt im Gebrauch seinen endgültigen Wert, es ist zwangsläufig, Kitsch ist beliebig. *saGaz*

IMPORTANT SHIT

in hamburg am hauptbahnhof hat die telekom mintfarbene telefonzellen aufgestellt. ihre form ist oben spitz zulaufend, wie bei denen vor bereits einiger zeit aufgestellten in grau. außerdem gibt es ja noch die schlicht quaderförmigen in demselben grau, die zusätzlich mit dem telekomrosa versehen sind. rosa ist genaugenommen eine untertreibung, vielmehr handelt es sich um ein pink. was wiederum die assoziation an 'punk' weckt. und genauso kreischig ist die farbgestaltung der neuen telefonhäuschen. die telekom vermittelt ein völlig neues lebensgefühl. cool und total easy. und ganz zeitgemäß, nämlich 'post'-modern, wird dies über ein neues modebewußtsein vermittelt. mint, pink, punk. ein gänzlich neues selbstwertgefühl entsteht. die zeit der einheitstelefonzelle ist vorbei, was zählt ist die liebevoll gepflegte unterschiedlichkeit, das individuum. ich kann ein vollkommen anderes telefonfeeling haben, als meine mittelefonistin oder mein mittelefonist nur fünf straßen weiter. und das im zeitalter der einheit der deutschen; aber nach vierzig jahren fiel es der post (west) wohl auf, wie marxistisch-leninistisch es im grunde ist, alle telefonzellen in ein und derselben farbe zu gestalten, dazu auch noch gelb; war das nicht die hautfarbe von mao tse tung?

ganz viele punker gibt es auch in hamburg am millerntor, wenn da ein fußballspiel ist. die lassen nämlich immer ordentlich die sau raus. was mich wieder einmal mehr davon überzeugt, daß das eigentlich revolutionäre potential in den fußballstadien schlummert und in keiner klasse. es müßte nur einem geschickten menschen gelingen, die aggression vom stadion umzulenken auf rathäuser beispielsweise. vielleicht können da demnächst die hallenturniere stattfinden.
aber was interessiert mich die revolution, wenn ich durchfall habe? so wie momentan. in solchen zeiten wird die frage nach der optimalen technik, seinen hintern abzuputzen, um einiges brisanter. die braunen streifen in der unterhose sind ja alltags schon ein ewiges leid.

am besten funktioniert es, im wechsel zu wischen; also von oben nach unten und dann umgekehrt. dabei sollte niemand mit zeit sparen. denn sonst gehts wirklich in die hose. wegen des vielen wischens wird der hintern leicht wund, deshalb ist es wichtig, mindestens einmal täglich den po einzufetten. vaseline muß nicht sein.

Rundumschlag

Quer durch den Leipziger Blätterwald

am besten ist babycreme. gewöhnliche nivea tut es aber auch. davon ein wenig aufs klopapier und dann gehts. wirklich unangenehm ist mir immer das viele pupsen. meine wg weiß davon ein lied zu singen. einer meiner mitbewohner schwört bei durchfall auf milch. ernst hingegen, ein weiterer mitbewohner, schimpft ständig auf den konsum, daß der nur saure milch verkaufe in seiner stählernen kuh. deshalb kauft ernst weiterhin die h-milch aus der tüte. mit den tetrapacks hat er jedenfalls nicht das problem der pfandrückgabe, wie ich neulich. jedoch nicht von milchflaschen. denn das sind ja meine eigenen. wie dem auch sei, der kosum hat neue pfandrückgaberegeln.

ich mußte alle meine flaschen in einen einkaufswagen stellen, dort können sie nämlich gewissenhaft gezählt werden. weil einer nicht ausreichte, sollte ich einen zweiten hinzunehmen. und ich muß sagen, diese regelung finde ich sinnvoll. ernst ist übrigens auch dafür, daß die nato nächstes jahr ein völkerschlachtdenkmaljumpingturnier veranstalten solle.

wo ich gerade beim sport bin: am sportforum, vor der mensa, befindet sich die grau-pinke variante der telefonzellen, halboffen. da klingelte neulich das telefon. ich nahm ab und eine frau verlangte sören winterfeld. weit weg auf den stufen saß ein mann, dem ich herüberrief, ob er sören winterfeld sei. er war es nicht. die menschen heutzutage sind so furchtbar einsam. *izy*

Das **PNG** bleibt jetzt wohl A4. Jedenfalls ist die aktuelle Nummer 21 in diesem Format gehalten, was layouttechnisch das Heft nicht besser gemacht hat, genau wie das stechend weiße Papier. Inhaltlich geht es dafür bewährt weiter. Labelberichte, Bandberichte, Interviews, Rezensionen, Comics und diesmal ohne „kein kommentar". Bei den Comics ist sogar ein neuer Zeichner (P. Marcellus Hoffmann) verpflichtet worden, dessen Spezialität scheinbar ganze Seiten sind. Der Humor des Künstlers scheint allerdings etwas von der werbung gesteuert zu werden. Abgesehen davon habe ich bei Kochen mit Bio noch nie ein vegetarisches Gericht erlebt, obwohl ich Zeuge solch herausragender Sendungen, wie denen mit Blixa Bargeld und Alice Schwatzer wurde, von den Prinzen will ich hier mal nicht reden. Aber zurück zu den Comics. Deren Anteil hat sich wieder auf ein Personawürdiges Maß erhöht, was nicht heißen soll, es wären jetzt genug! Etwas in der Krise scheinen der Autor des God Bullies-Artikels (Jensor?) und Jensor zu stecken. Letztere verlegt den Münchner Kessel doch glatt von 92 auf 93 und ersterer schreibt Altmeister Biafra konsequent als Bifra. Bei anderen Heften würde ich schulterzuckend darüber hinwegsehen, aber vom PNG haben wir sowas nicht erwartet! Die unangefochtenen Höhepunkte sind aber die Analysen von Rabbi Rosenbaum (Joe Cockers geheime Gebärdensprache) und Steffen Fröbel (Die Bad Homburger Schule). Unseren Recherchen zufolge ist das PNG zwar nicht Punkertauglich, aber auf jeden Fall seine 3,-DM wert.

Mit tieferen Enthüllungen zum Geschehen im Muldentalkreis (Wurzen und drumrum) geht das **Frente** vom Mai an den Start. Dort geht´s

im Moment heftig ab, was aber im Heft nur vorausgeahnt werden konnte. Die News von rechts scheinen relativ dünn gestrickt, aber vielleicht unternehmen die Fascho-

Spinner im Moment ja auch nichts. Layouttechnisch wirkt das Heft inzwischen etwas konstanter als noch voriges Jahr. Die Fotos sind diesmal relativ gut zu erkennen (das mir das so bleibt!) Wer nach dem 8. Mai noch nicht genug über Revisionismus gelesen hat, hat hier nochmal die Chance dazu. Die Artikel dazu nehmen mit 10 Seiten Gesamtlänge fast ein Fünftel des Druckwerks in Anspruch. Der zweite Teil zu Rechtextremismus in der Tschechischen Republik sowie ein geklauter Artikel aus ZAG zum Theme "Antifa-Antirassismus - geht das zusammen?" runden das Heft ab, das seine Mark wert ist, aber nur 80 Pfennige kostet. Am Ende hat der/die Leser/in noch die Chance, ein Schwarwel-Interview zu seinem peinlichen offenen Brief zur Distillery-Problematik zu lesen, das an den interessanten Stellen nicht nachhakt, und in dessen Verlauf der Meister verspricht, beim näxten mal seinen Brief nochmal zu lesen, bevor er ihn veröffentlicht. (Wir waren davon ausgegangen, daß er das schon diesmal getan hatte. Verzeiht uns den Irrtum und die darum so heftige Reaktion.)
Umsonst aber deshalb nicht wertlos ist das **Cee leh**. Das Verfallsdatum des hier besprochenen Heftes #12 fällt allerdings mit dem Erscheinen dieses KlaroFixes zusammen, so daß die ansprechenden Artikel zu den im Conne Island spielenden Bands, die den Großteil des Heftes ausmachen, nur noch für Sammler und Informationshungrige interessant sind. Anders sieht es da schon mit dem politischen Teil ab Seite 28 aus. Diesmal die Abschlußbetrachtung zum BesetzerInnenkongreß und erste Ergebnisse desselben. Als Zugabe sozusagen dann noch einen kurzen Bericht von der Antifademo in Wurzen mit Fotos! Ebenfalls wohl eher zeitlos, eine kleine Sonntagspredigt. Zum aktuellen Thema „Essen im Conne Island" und dem allgemeinen Verhältnis BetreiberInnen und KonsumentInnen, das als solches von den BetreiberInnen gar nicht erwünscht ist. Mit KonsumentInnen ganz anderer Art wird im Unterhaltungsteil abgerechnet. Techno und Pillen - gehört das zusammen? Wenn es schon nicht getrennt werden kann, wie soll dann damit umgegangen werden? In geradezu vorbildlicher Offenheit wird auf Seite 11 die Politik des Conne Islands dargestellt. Ganz klare Minuspunkte der Nummer sind das Layout a la „Hurra wir haben einen Computer" und die diesmal ziemlich nichtssagende Vorderseite.
Auch **Helmuts Erben**, diesmal endlich mit "Punkrock Egozine" überschrieben (wo hast Du das nur her?), hat sich an die Versprechung gehalten, monatlich zu erscheinen. Schade, daß diesmal die Helmut-Kohl-Kolumne fehlt, der Dicke hatte wohl grad Sommerpause. Wesentliche Neuerung ist, daß in dem A5er jetzt ungefähr (genau) 4 Leute schreiben, was schon eine gewisse Abwechslung garantiert. Inhaltlich geht´s, wie schon in den ersten zwei Nummern, um Punkrock, Punkrock und außerdem Punkrock in all seinen musikalischen und nichtmusikalischen Erscheinungsformen. Löblich ist, das Macher david für das Ansehen der Szene kämpfen will, daß aber die Bullen für so was die richtige Instanz sind, bleibt zu bezweifeln (die sind nämlich **immer** Scheiße!). Neben Tatsachenberichten von Konzerten, Urlaubsfahrten, Fußballspielen und "ganz normalen Scheißhausbesuchen" gibt es wieder Platten- Tape- und Zinereviews. Der Biertest vom letzten mal ist diesmal einem Kondomtest gewichen, was sicher dem vor allem jüngeren Publikum schwerwiegende Entscheidungen erleichtern kann. Für LeipzigerInnen ist das Teil beim Schall und Rausch zu haben (noch wo?) oder bei:

David Jünger
am grassdorfer wäldchen 16
04425 taucha

Ach ja, das Teil ist jetzt teurer geworden, kostet 2,50DM.
Für nur eine Mark gibt´s dagegen das **Quarks**, ein ein-Mann-Projekt, das mich ganz stark an das mse erinnert (gleiche Schule, oder was?). Die Länge der Artikel hält sich die Wage, es gibt längere Ar-

tikel zu den Themen Veganismus (ist ja in anderen Heften inzwischen leider ein wenig aus der Mode gekommen), "Überbevölkerung", Kurdistan. Ansonsten die ganze Bandbreite: Sexismus, Gewalt und Linke, Hare Krishna, Heimat und Linke. Das alles ist ziemlich kurzweilig geschrieben, so daß auch die längeren Artikel in einem Atemzug zu schaffen sind. Die Comicseiten am Ende sind irgendwie nicht so gelungen, weil kaum zu erkennen. Kostet eine Maak und gibt´s (ja wo?) - keine Ahnung.

Der Schwerpunkt in der (schon vor einiger Zeit erschienenen) aktuellen Frühjahrsausgabe des **Quetzal** ist ein „Sozialreport Lateinamerika". Hier wird klargestellt, daß die Krise in den lateinamerikanischen Staaten nicht nur auf ökonomische Aspekte reduziert werden kann, sondern untrennbar verbunden ist mit der sozialen Krise, dem Abbau sozialer Leistungen (speziell im Bildungswesen) und der Massenarmut im Zuge steigender Außenschulden und Anpassungsprogramme. Diese Entwicklung zur Abhängigkeit von IWF, Weltbank... und Anpassung an deren Forderungen ist in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung, insbesondere auf Frauen, in allen lateinamerikanischen Staaten etwa gleich verheerend. Die Menschen werden zu Überlebensstrategien gezwungen (Billigarbeit, Drogenanbau/-handel...), die ihre eigentliche Situation nicht verbessern.

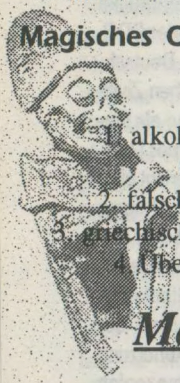
Daß bei der Suche nach Gründen für diese Zustände nicht in der Gegenwart stehengeblieben werden kann, zeigt der Artikel über die Wurzeln des Machismus in Mexiko: Die Mestizen (Mischlinge, 80% der mexikanischen Bevölkerung) bezeichnen sich selbst als „hijos de la chingada", als Söhne der Vergewaltigten. Das geht zurück auf die Eroberer um Cortez, wobei die Geschicht der Geliebten Cortez´ Malinche als erste vergewaltigte Indigena eine große Rolle spielt und als Exempel unvergessen ist. Malinche gilt als Betrügerin, Verräterin.... Seit der Zeit der Eroberung sind Frauen praktisch „entwertet" und für Männer ist eine Abgrenzung/Distanzierung von ihrer (in einem anderen Artikel als verehrt und über alles geliebt hervorgehobenen) Mutter als symbolische Malinche offenbar nur im Machismus möglich. Als positiv werden die Wertvorstellungen und Idealisierungen der weißen Eroberer empfunden, nicht die „indigenen". Dieser Identitätsfindung der Männer über die Herabwürdigung der Frau wird die Gesellschaft der Zapotekin gegenübergestellt, in der mit einer geschlechtlichen Arbeitsteilung in gegenseitiger Wertschätzung und Achtung gelebt wird.

Desweiteren enthält des Heft eine Beschreibung der kolumbianischen Stadt Medellin, die durch Gewalt, Kriminalität, Kamikazetäter usw. geprägt ist von Gabriel Garcia Marquez; den Abdruck eines Vortrages vom Kuba-Seminar in Leipzig über Kuba, die kubanische Revolution; die Eindrücke eines Nicaraguaners in der DDR, dem wiedervereinigten Deutschland und der europäischen Zivilisation im Allgemeinen und als Gegenstück die Erlebnisse eines Deutschen in Mexiko; einen Bericht über die politische Situation in Urugay; ein Interview mit Paulo Fischer (Jurist, FAO- Experte im Forstrecht, Vizedirektor der Umweltbehörde IBAMA in Parana, Brasilien) der u.a. der Meinung ist, die Abholzung des Regenwaldes in Amazonien werde stark überbewertet, prozentual fallen 140.000 ha nicht ins Gewicht... - ohne Kommentar, Erläuterung o.ä. der Quetzal-Redaktion. Das gesamt Heft ist geprägt von Sachlichkeit, die mancher wohl als trocken empfindet. Negativ anzumerken ist, daß nichts zum aktuellen Stand der Zapatistischen Bewegung in Chiapas abgedruckt ist. Der Quetzal ist in jedem Fall sein Geld wert, die Artikel sind offensichtlich tiefgründig recherchiert und sehr informativ. 7 DM sind nicht billig, aber auch nicht zuviel, zumal der Quetzal (leider) eher selten erscheint. (erhältlich in Weltläden, Dritte Welt Zentrum) ☺

Sommerferienrätselseiten

Tja, schon wieder ist der Sommer da. Um euch jedoch in der langen Sommerpause nicht hängen zu lassen, gibt es diesmal eine Doppelseite voller spannender Rätsel. Erstmal gibt's 'ne *magic*-Ecke, dann ein schlechte-Laune-Rätsel für diejenigen, die was zu tun brauchen, wenn sie an der Ostsee im Zelt schon drei Wochen im Regen sitzen. Das Lösungswort in den Kreisen von oben nach unten gelesen beschreibt die Stimmung im Zelt. Außerdem gibt es wieder ein richtiges Kreuzworträtsel, was diesmal nicht so einfach ist und für die, die Kreuzworträtsel hassen, weil sie immer nix rausbekommen, können 10 Unterschiede im Bilderrätsel suchen. Na dann, viel Spaß und Tschüßie bis in zwei Monaten!

Magisches Quadrat



1. alkoholisches Getränk;
2. falscher Weg;
3. griechischer Gott;
4. Überbleibsel

1	2	3	4
2			
3			
4			

Magische Figur

1	2		3		4	5
2						
3				6		
			6			
4						
5						

1.höchstens, 2.Untersuchung (chem.), 3.Nbfl. des Rheins, 4.Bewohner eines Erdteils (Mz.), 5.dt.Dichter, 6.luftiger Körper

schlechte-Laune-Rätsel

17 20 9
...macht böse

20 4 10 17 5
verdirbt die Laune über Funk

23 13 21 20 9
Frustauslöser vor allem bei Teenagern

1 15 4 17 20
schlechte Laune, die durch den Magen geht

24 15 9 9 4
schnittlauchartiger Haßbringer

2 10 20 23 2
Auseinandersetzung

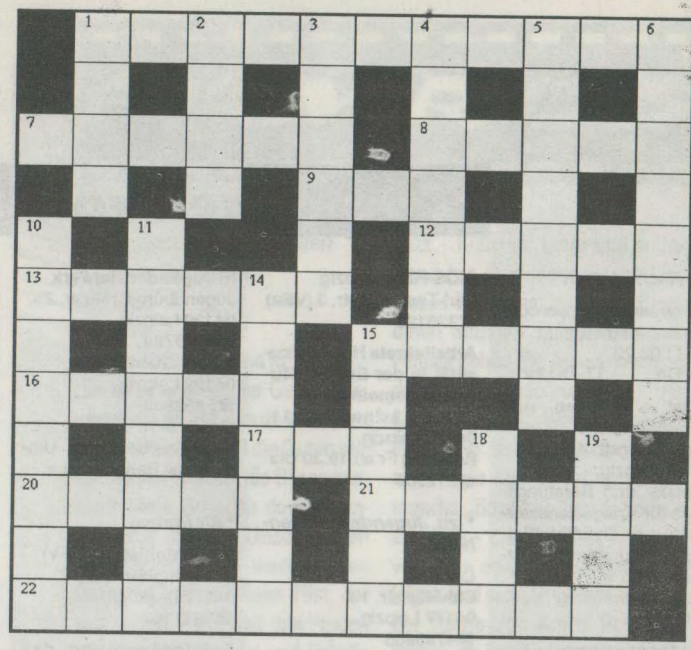
13 1 12 6 10 26
Depressionsfarbe

8 9 20 17 20
Tier, das beim Schlafen schlechte Laune macht

2 3
beendet endgültig jeden Frust

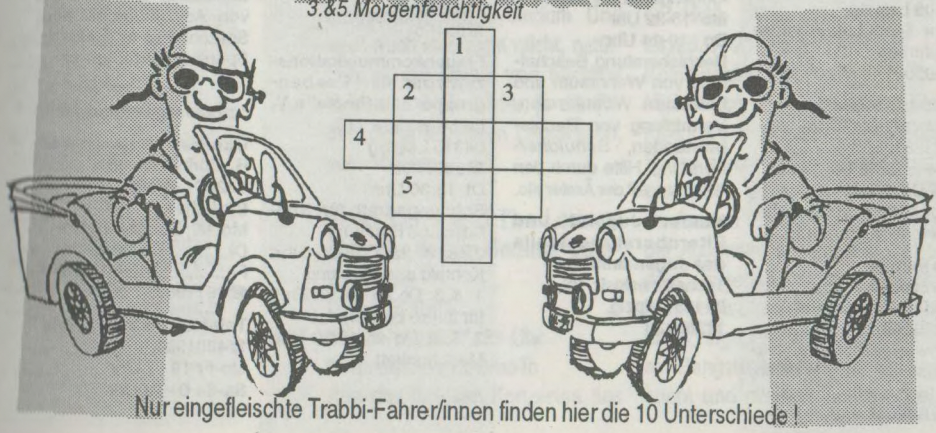
10 20 17 20
Schlechtlaunewetter

waagerecht: 1.verliert oft viel Blut, lebt aber munter weiter, 7.das dicke Ende, 8.Winkelemente, die ihren Anfang verloren haben, 9.schleimige Substanz, 12.berliner Feinschmeckermuschel, 13.Tierknechter, der alleine keine Goldmedaille gewinnen kann, 15.Staat in der Mitte eines Kontinents, ehemals Britisch-Honduras, 16.das ist falsch (ch=ein Buchstabe), 17.macht Kindermünder klebrig und Flekken auf der Hose, 20.rechter Nebenfluß der Donau in der BRD, 21."der schönste Platz" - ist doch keine Frage, oder?, 22.erhöhte Temperatur zum Urlaubsanfang



senkrecht: 1.früher aus Stein, dann aus Bronze und heute aus Stahl gegen Holz, 2.wenn kein Zar mehr da ist, kann auch keiner mehr erlassen werden, 3.steht auf der Gewinnerseite, 4.Gesamtheit der tollen Sachen in den bunten Schaufenstern, 5.mit Wilhelm II ging eine zu Ende, 6.wenn es Profit abgeworfen hat, 10.niemand sagt so oft wie er: "Nichts geht mehr.", 11.mit diesen zwei Eiern ist alles egal, 14.eine Muse, die Musik und Sangestöne liebt, 15.war sie kämpfend nicht zu erobern, wurde sie ausgehungert, 18.früher gebräuchlich, heute schon fast ein Schimpfwort für Nichtmänner, 19.wo nichts ist, ist das

1.&4.Stadtregierung;
2.&2.Getränk der alten Germanen;
3.&5.Morgenfeuchtigkeit



Nur eingefleischte Trabbi-Fahrer/innen finden hier die 10 Unterschiede !

Adressen von Interesse

**zu Rechtsfragen*

Koordinierungsgruppenbüro
Petrsteinweg 13,
☎211 93 22
Mo, Do ..... 17-19 Uhr

Initiative Frieden und Menschenrechte
Demmeringstr. 40,
04177 Leipzig,
Kontakt- und Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer, Zivildienstleistende und Kriegsdienst-totalverweigerer,
Sozialhilfeberatung
☎4411795

Friedenszentrum
Antonienstrasse 33, 04229 Leipzig,
in den Räumen von Pro Plagwitz.
Di.....14-18 Uhr. ☎/ Fax:4795318.

** zu AIDS und Sexualität*

AIDS-Beratung und Betreuung
(Gesundheitsamt)
Tschaikowskistr. 24,
04105 Leipzig,
"sehr liebe Leute, ist zu empfehlen"
☎295021

AIDS-Hilfe Leipzig
Ossietzkystraße 18,
☎2323126
Mo-Fr: 10-18 Uhr: Büro
Di & Do, 15-21 Uhr:
Begegnung, Gespräche, Information, Beratung.

Pro Familia
Wurzener Str. 95,
04315 Leipzig,
☎2300027
Schwangerschaftsberatungsstelle, soziale Hilfen, Partnerschafts-, Familien- und Sexualberatung

AIDS-Hilfe Leipzig
Karl-Tauchnitzstr. 3 (Villa)
☎326120

Arbeitskreis Homosexualität in der Evang. Studentengemeinde
Alfred-Kästner-Str. 11,
04275 Leipzig,
Beratung Fr ab 19.30 Uhr
☎312966

** zu Jugendangelegenheiten*

Calle 13
Calvisiusstr. 13,
04177 Leipzig,
☎4785805
Beratungs- und Notschlafstelle für Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene

Villa
Karl-Tauchnitz-Str. 3,
04107 Leipzig,
-Familienzentrum Kiebitz e.V.
☎2114 597
-Kinder- und Jugendbüro
☎2114 566
-Jugendberatungstelle
Mo 18-22 Uhr
Do 10-14 Uhr
Rechtsberatung, Beschaffung von Wohnraum und betreuten Wohnformen, Vermittlung von Rechtsbeiständen, *Schuldnerberatung*, Hilfe durch den "Dschungel" der Ämter etc.

Kinder- Jugend- und Elternberatungsstelle des Jugendamtes
Tschaikowskistr. 28,
04105 Leipzig,
☎283133

IB Jugendsozialwerk
Jugendbüro Gräfestr. 23,
04129 Leipzig,
☎4779789
An der Querbreite 4
04129 Leipzig
☎5852988
täglich 9-16 Uhr
Schuldnerberatung, Umgang mit Behörden u.a.

** für Frauen*

Frauenitiative (UFV)
B.-Göring-Str. 152,
04277 Leipzig,
☎3911162

Telefonberatung des AVALON e.V.
Johannisalle 1,
04317 Leipzig,
Mo.....14-20 Uhr
Schwerpunkte: sexueller Mißbrauch und Mißhandlungen an Mädchen und Frauen
☎65466

Telefonberatung für lesbische Frauen
jeden 2. und 4. Do 19:30-21:30 Uhr
☎65466

Frauenkommunikationszentrum der Lesbengruppe "Lila Pause" e.V.
Ludwigstraße 115,
04315 Leipzig
☎6897903
Di 18:30 Uhr
Schnuppertreff für Kontakte und Beratung
2. & 4. Mi 18-20 Uhr:
Kontakt und Beratung
1. & 3. Do ab 19:30: Treff für ältere Lesben
2. & 4. Do ab 19:30 Uhr:
Mädchentreff

Mädchentreff - M.A.G.D.A.L.E.N.A.
über SHIA e.V.,
Hauptmannstr. 4,
04109 Leipzig,
Treffpunkt für Mädchen und junge Frauen zwischen 13 und 30 Jahren
☎470572

** für AusländerInnen*

Kahina, autonome Flüchtlingshilfe
Petersteinweg 13
Fr.....13-18 Uhr
☎211 93 22
und nach Vereinbarung

Vereinigung der ausländischen Mitbürger
Stöckartstr. 9,
04277 Leipzig,
☎62714

Gesellschaft für Völkerverständigung
Kochstr. 132,
04277 Leipzig,
☎3080123
Betreuung und Beratung von AsylbewerberInnen, Sprachkurse in Arabisch, Spanisch und Englisch

** zu sonstigen Problemen*

Ökolöwe - Umweltbund
B.-Göring-Str. 152,
04277 Leipzig,
Bibliothek:
Mo, Mi, Do ...10-18 Uhr
Di .....14-18 Uhr
Fr .....9-13 Uhr
☎3911067

Telefon des Vertrauens
☎4801999
Mo-Fr 19 - 7 Uhr
Sa-So 0 - 24 Uhr

Beratungsstelle Känguruh
Floßplatz. 35,
04107 Leipzig,
Mo-Do.....8 -19 Uhr
Fr .....8 -14 Uhr
Contactcaffee:
Mo-Fr..... 10 -19 Uhr
Beratung in allgemeinen Lebensfragen Schwerpunkt Familien- und Suchtberatunng Vermittlung zu Therapie und Selbsthilfegruppen
☎312313

'Food 'n'more

Welt-Laden Connewitz
Stöckartstr.11,
04277 Leipzig,
☎3010143

3. Welt Zentrum
Bernhard-Göring-Str.152,
04277 Leipzig
☎3065111
Bibliothek:
Mo-Fr 10 -14 Uhr

3. Welt SHOP
Plagwitzer Kirche
Fröbelstr./Erich Zeigner Allee, 04229 Leipzig

Kulturkostladen
Dresdner Str.54,
04317 Leipzig,
☎6893718

Kulturkost "Lebensart"
Könneritzstraße 84

Reformhäuser
G. Beyer, Holsteinstr. 45
H. Rausch, Endersstr. 5
R. Hempe, Dresdner 68
C. Bucke, Ritterstr. 5
I. Keipke, Linden. Markt 22

FILMRISS

Verschwörung der Frauen

R.: Peter Greenaway
GB 1988
6./7./8./9. 7. 23 Uhr
Kommunales Kino/naTo

„Es ist eine poetische Geschichte, moralisch erzählt, um den Glauben zu unterstützen, daß die Guten selten belohnt werden, die Bösen meistens ohne Schaden davon kommen und daß die Unschuldigen stets mißbraucht werden", so Greenaway über diesen Film, der sich darum dreht, daß drei Frauen - Großmutter, Tochter und Enkelin - die alle drei den Namen Cissy Colpitts tragen, sich von ihren Ehemännern befreien, indem sie sie ertränken. Der Leichenbeschauer Madgett und sein Sohn werden in die Fälle verwickelt. Dumm ist, das Madgett nicht schwimmen kann. Aber eigentlich spielt dies nur eine Nebenrolle, denn die Welt ist ein mathematisches Mysterium. Und wem auch dies nicht reicht, natürlich ist die Musik von Michael Nyman und die Bilder, ja die Bilder, diese barocken Lebewesen, vom Meister.

John Lurie and The Lounge Lizards - live im Berliner Quartier Latin

USA/GB 1991
13./14./15./16. 7. 23 Uhr
Kommunales Kino/naTo

Aus drei furiosen Konzerten des Jazz - Kultstars Lurie und seiner Band hat Regisseur Garret Linn dieses Dokument gestrickt. Durch einen Intuitiv - minimalistischen Filmstil gehört die Aufmerksamkeit des Hörers/Zuschauers voll und ganz der Musik. Wer die passenden Bilder dazu sehen will, sollte sich Ende Juli in der naTo Jarmuschs „Stranger then Paradise" ansehen - die Musik ist nähmlich von Lurie oder den Geheimtip befolgen und sich „Subway Riders" in der Regie von Amos Poe reinziehen, da ist nämlich nicht nur die Musik von Lurie, er spielt auch noch mit. Wobei die Erfolgsaussichten diesen hervorragenden Streifen zu Gesicht zu bekommen nahe Null sind, nie gute **alte** Lichtwirtschaft ist ja nun nicht mehr.

Performance

R.: Nicolas Roeg
GB 1969
24./25. 7. 21 Uhr
Kommunales Kino/naTo

Mick Jagger in seiner ersten Filmrolle - wenn er auftritt, gehört die Szene ganz ihm und seiner faszinierenden Selbstverliebtheit. Er mimt einen Popstar, der völlig von der Außenwelt abgeschirmt dahindöst, umgeben von zwei Playgirl, elektronischen Musikalien und halluzinogenen Pilzen. Bis plötzlich ein Gangster bei ihm Unterschlupf sucht und den psychodelischen

Hausfrieden ins Wanken bringt. Als Schmakerl dazu ist der Soundtrack von Ry Cooder !!!

Nightwatch

R.: Ole Bornedal
Dänemark 1994
8.7. 23.30

Ein klaustrophobischer Psych - Grusler, der in seinen besten Momenten durch eine beklemmende Intensität besticht.

In Kopenhagen wütet ein sadistischer Schlitzer, dessen Opfer in die Gerichtsmedizin eingelifert werden, wo der junge Student Martin als Nachtwächter jobt. Seine regelmäßigen Kontrollgänge führen ihn natürlich in die weißgekachelte Leichenhalle, die er um an den Kontrollschalter zu kommen, der Länge nach durchqueren muß, was ihm und uns die Nerven ruiniert. Noch grausiger ist das rote Licht, das in Martins Kontrollkabine aufleuchtet, wenn einer der vermeintlich entseelten erwacht und zum Alarmknopf greift.

Menschen am Sonntag

R.: Robert Siodmak
D 1929
2.7. 19 Uhr, 3.7. 20 Uhr

Sie hatten noch keine großen Namen: Robert Siodmak, Billy Wilder, Edgar Ulmer und Fred Zinnemann, als sie 1992 einen der bedeutensten Filme der deutschen Stummfilmavantgarde schufen. Mit halbdokumentarischen Mitteln erzählen sie die Geschichte von vier jungen Leuten aus Berlin und ihren Erlebnissen an einem Sonntag.

The lost world

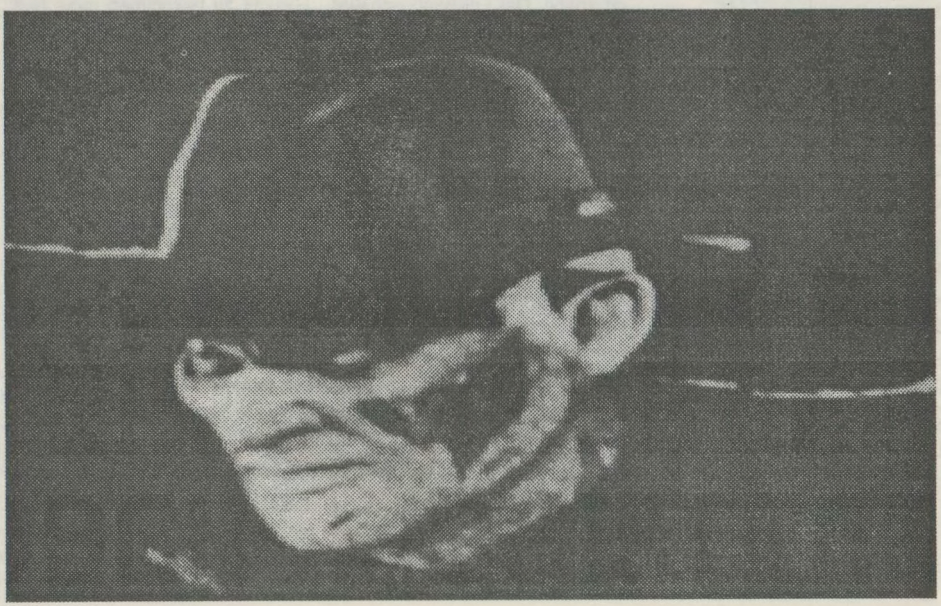
R.: Harry Hoyt
USA 1925
2.7. 21 Uhr, 4.7. 20 Uhr

Arthur Conan Doyles gleichnamige Erzählung bildet die Vorlage zu diesem Frühen Saurierfilm. Viel zu sagen gibts zur Story nicht, es geht halt um Saurier in jeder Menge, Wissenschaftler, Beziehungskisten. Wesentlich ist der Filmtrick, für den Willis O´Brien zeichnet, der später King Kong schuf und hier ganz schön einen raushängen lässt und tief in die Trickkiste mit Neuerervorschlägen greift.

Lawrence von Arabien

R.: David Lean
GB 1962
7.7. 22.30, 9.7. 15.00 + 19.00

Peter O´Toole spielt den britischen Offizier T.E. Lawrence, der im ersten Weltkrieg aufständische Araber gegen die von den Briten unterstützten Türken führt. Mit von der Partie sind Alec Guinness, Anthony Quinnn José Ferrer und rauhe Mengen Sand.



Gut verpackt

ist halb verbrannt.